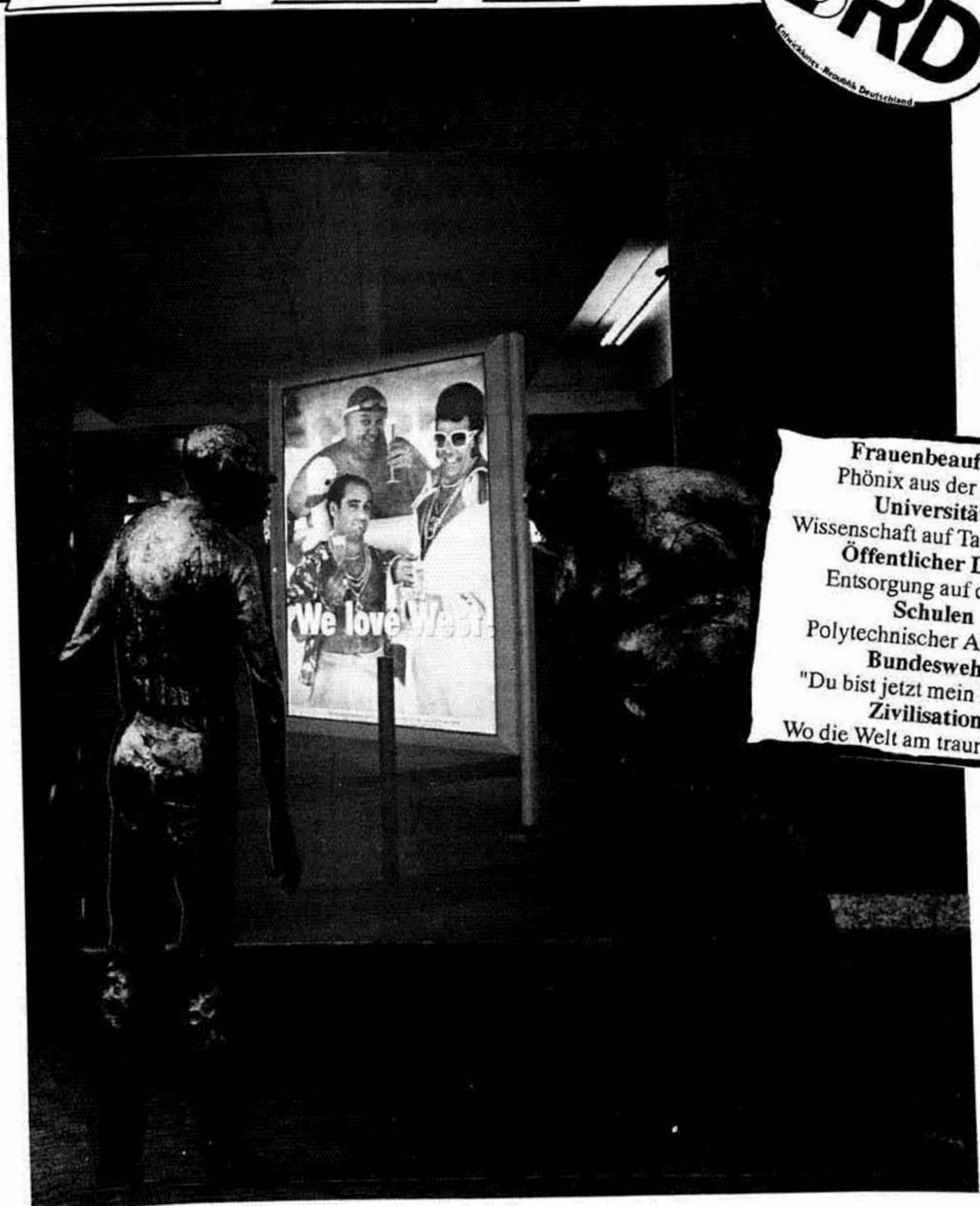


Zeitschrift für Entwicklungspädagogik. Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik. 14. Jahrgang. Oktober 1991. Heft 3. ISSN 0175-0488 D. Preis: 7,- DM.

ZEP

Deutschland
Ost - West



Frauenbeauftragte
 Phönix aus der Asche?
Universitäten
 Wissenschaft auf Tauchstation
Öffentlicher Dienst
 Entsorgung auf deutsch
Schulen
 Polytechnischer Abgang
Bundeswehr
 "Du bist jetzt mein Freund"
Zivilisation
 Wo die Welt am traurigsten ist

Editorial

Betrachtet man das Interesse, das insbesondere Fachzeitschriften derzeit dem Thema "Ostdeutschland" widmen, so fällt

auf, daß die Zeitschrift für Entwicklungspädagogik im Trend liegt. Das Interesse an einer Aufarbeitung der jüngsten Vergangen-

heit scheint hoch. Der Bedarf an Erklärungen für die "friedliche Revolution" und Informationen über ihre Hintergründe und Folgen trifft auf einen immer noch erwartungsvollen Markt. Das vorliegende Heft ist als eine Reaktion auf dieses Interesse im Bereich der Pädagogik konzipiert.

Das Autorenanscheiben für dieses Heft enthielt unter anderem folgenden Passus: "Der zentrale Kristallisationspunkt der ZEP-Berichterstattung (auch zum Thema Ostdeutschland) ist die *pädagogische* Intention. Menschen (und Institutionen) treten in Kontakt zueinander, um Ziele und Interessen zu verfolgen und abzugleichen. Ein solcher Abgleich beinhaltet (im positiven Sinne) die Manipulation des Anderen. Wo Veränderung gefordert ist, ist gleichzeitig Umlernen, Umdenken, Anpassung angestrebt. Dieses gilt es zu dokumentieren."

Die vorliegenden Artikel (im Themenschwerpunkt des Heftes) sind als ein Spiegel diese Anspruches gedacht. Reflektiert werden die Bereiche: Frauen (Jochims), Universitäten (Franke), Schulen (Ahlers), Bundeswehr (v.Kirchbach). Die Autoren wählten vorwiegend die essayistische Form.

Gemessen an der Brisanz und Aktualität des Themas "Ostdeutschland" waren wir allerdings über die Reaktion vieler angeschriebener potentieller Autoren überrascht. Mit einer einzigen Ausnahme wollte aus dem Osten niemand unter den Kollegen der pädagogischen Zunft ein Statement abgeben. Die meisten antworteten nicht einmal. Arbeitsüberlastung? Mutlosigkeit? Resignation? Es bleibt Raum zur Spekulation. Die westlichen Kollegen reagierten auffallend oft mit dem ablehnenden Argument, alles sei derzeit im Fluß, man müsse abwarten. Hieran bestätigt sich eben die Binsenweisheit, daß dergleichen Pädagogen keine Schmiede sind, denn letztere wissen: "Man muß das Eisen schmieden solange es heiß ist"

Der entwicklungspädagogische bzw. -politische Anteil, dies sei hier kurz angemerkt, fällt aufgrund der Aktualität der Themenbeiträge etwas geringer aus als sonst. Dafür wird das Dezemberheft diesen Belangen ein umso größeres Augenmerk einräumen. Nach aller Voraussicht, das ZEP-Treffen in Anhausen wird es zeigen, tendiert das Jahresprogramm 1992 wieder stärker zu entwicklungspädagogischen Themen.

Arno Schöppe (11.9.1991)

PÄDAGOGISCHE RUNDSCHAU

Heft 5 / September - Oktober

45. Jahrgang 1991

Inhalt

Beiträge

- Rudolf Lassahn*: Über das Lesen als Kulturphänomen
Heinz-Gerd Rackow/Klaus Westphalen: Leitziele schulischer Erziehung im vereinigten Deutschland – Folgerungen für die Lehrerbildung
Udo von der Burg: Untersuchungen zum "Schulschlendrian"
Wolfgang Brezinka: Erziehungsziele heute. Problematik und Leitlinien
Lothar R. Martin: Beratung als pädagogische Disziplin

Buchbesprechungen

- Peter Menck*: Benner, Dietrich/Kemper, Herwart: Einleitung zur Neuherausgabe des Kleinen Jena-Plans
Dieter P. J. Wynands: Pöggeler, Franz: Der Lehrer Julius Streicher. Zur Personalgeschichte des Nationalsozialismus
Werner Keil: Wolf, Volkrad: Lerninhalte als Kommunikationsprozesse in Kleingruppen. Grundlegung einer nominalistischen Didaktik auf wahrnehmungs- und sozialpsychologischer Basis im Zusammenhang mit Unterrichtsbeobachtungen und -analysen
Jürgen Bennack: Keck, Rudolf W./Köhnlein, Walter/Sandfuchs, Uwe (Hrsg.): Fachdidaktik zwischen Allgemeiner Didaktik und Fachwissenschaft – Bestandsaufnahme und Analyse
Lothar R. Martin: Hofmann, Cornelia: Jugendberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Situationsanalysen – Alternative Konzepte – Modellvorstellungen

Selbstanzeigen

- Günter Henner*: Die Pädagogik im Denken Romano Guardinis
Walter Bender: Subjekt und Erkenntnis – Über den Zusammenhang von Bildung und Lernen in der Erwachsenenbildung
Walter Kutz: Der Erziehungsgedanke in der marxistischen Individualpsychologie. Pädagogik bei Manès Sperber, Otto Rühle und Alice Rühle-Gerstel als Beitrag zur Historiographie tiefenpsychologisch geprägter Erziehungswissenschaft

Die Pädagogische Rundschau erscheint zweimonatlich

Bezugspreise:

Einzelheft (DM 22,50) sFR. 19.-- zuzüglich Porto / Jahresabonnement DM 118.--/sFr. 98.-- zzgl. Porto
 Ermäßigtes Abonnement für Studenten, Assistenten und Referendare DM 78.50/sFr. 65.-- zzgl. Porto
 Preisänderungen vorbehalten

Bestellungen an:

Verlag Peter Lang GmbH, Abt. WP
 Eschborner Landstr. 42-50, 6000 Frankfurt/Main 90



VERLAG PETER LANG

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik

Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik

14.Jahrgang

Oktober

3

1991

ISSN 0175-0488D

Inhalt:

Louise Jochims	2	Mehr gestellt als Gleich Eindrücke einer frauenpolitischen Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meißen und Leipzig
Albert Franke	10	Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin?
	13	Nicht geeignete Personen für öffentlichen Dienst
	14	".. Berufswechsel ist nahezulegen"
	15	"Entlassung ist vordringlich.."
Frank Ahlers	17	DDR-Schulen im Umbruch Ein Rückblick in Fakten und Zahlen
H.-P. von Kirchbach	20	Zusammenwachsen lernen oder: Über den schwierigen Versuch aus Feinden Freunde zu machen
ZEPpelin	26	Es fährt ein Zug nach irgendwo...
	27	Entwicklungspädagogische Initiative in Ostdeutschland
United Nations	28	Auszüge aus dem "Human Development Report" 1991
Kommentar	34	Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik?
	35	Leserbrief
	36	Rezensionen
	40	Informationen

Impressum: ZEP - Zeitschrift für Entwicklungspädagogik. Sozialer Wandel als Herausforderung für Philosophie und Pädagogik. 14.Jg 1991 Heft 3. Die Zeitschrift erscheint im Verlag Schöppe & Schwarzenbart Tübingen / Hamburg. Herausgeber: Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungspädagogik GFE Geschäftsführender Herausgeber: Alfred K. Tremel Redaktionsanschrift: 2055 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführer: Arno Schöppe, Tel. 040/6541-2921. Redaktion: Prof.Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dipl.Päd. Ulrich Klemm, Ulm; PD Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Klaus Seitz M.A., Nellingenheim; Prof.Dr. Alfred K. Tremel, Hamburg. Kolumne: Barbara Toepfer (ZEPpelin), Amöneburg; Ständige Mitarbeit: Irene Gocht (Lyrik, Kurzprosa), Tübingen; Achim Heinrichs (Fotos), Tübingen. Technische Bearbeitung/EDV: Heike Selinger, Britta Stade, Claudia Stern (incl. Layout) Anzeigenverwaltung: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. Verantwortlich i.S.d.P.: Arno Schöppe für den Themenschwerpunkt; im übrigen der geschäftsführende Herausgeber Titelbild: Achim Heinrichs Fotos: Achim Heinrichs, Tübingen (sowie div. Privatfotos);

Anmerkung: Generische Maskulina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 28,- Einzelheft DM 7,-; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlagsanschrift: Verlag Schöppe & Schwarzenbart, Nonnengasse 1, 74 Tübingen, Tel.: 07071/22801. ISSN 0175-0488 D

Louise Jochims

Mehr gestellt als Gleich

"Eine Frau, die an die Gleichstellung ihres Geschlechts mit den Männern denkt, muß bereits sehr viele confuse Bücher gelesen haben."

Wilhelm Heinrich Riehl

Eindrücke einer frauenpolitischen Begegnungswoche mit Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meissen und Leipzig:

"Wir sind das Volk"

Sind die Frauen im Osten tatsächlich die Verliererinnen der Vereinigung der beiden Deutschlands östlich und westlich der Elbe? Die Autorin zeigt, daß eine Antwort auf diese häufig gestellte Frage nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse sondern insbesondere auch die Männer und ebenso die scheinbar unbeteiligten "Wessis" mitumfassen muß. Sie beinhaltet Probleme wie die politische Apathie nach der Wende, eine Wiederbelebung des männlichen Chauvinismus, Arbeitslosigkeit, Frauenbildung, politische Partizipation, den Paragraphen 218, Gewaltzunahme im Osten und die moralische Verantwortung für eine vierzigjährige SED-Herrschaft, die die Frauen in ähnlichem Maße betrifft wie die männlichen "Mandats"-träger. "Wenn Frauen in den neuen Bundesländern Verliererinnen sind - dann sind wir (im Westen) es genauso". (as)

I. Frauen - die Verliererinnen der Wiedervereinigung?

Die Frage nach den "Verliererinnen" stellen - und das ist im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung sehr oft geschehen - heißt, sie wenigstens für möglich zu halten, manche mögens vielleicht auch hoffen. Und sehr vieles spricht auch dafür, daß Frauen mehr als Männer zu verlieren haben. Sie ist aber zuerst und vor allem eine geschlechtsspezifische Fragestellung, in der sich die Position von Frauen in unserer patriarchal geprägten Gesellschaft ausdrückt. Niemand käme auf die Idee danach zu fragen, ob Männer vielleicht die "Verlierer" der Wiedervereinigung sein könnten

- sie scheinen per Definition auf der "Gewinnerseite" zu stehen, die Sieger zu sein, Frauen notgedrungen die Besiegten: Die Beziehungen von Frauen und Männern als Schlachtfeld genommen, auf dem ein von vornherein ungleicher Machtkampf tobt. Daß es so einfach nicht geht, daß diese Einseitigkeit der Fragestellung zu kurz greift, daß sich Ost-Frauen heftig gegen diese Etikettierung wehren, wir endlich aufhören sollten, diese Frage zu stellen, vielmehr dazu beitragen, daß aus dem "Vaterland", das sich vereinigt hat, auch ein "Mutterland" mit einem emanzipatorischen Anspruch für beide Geschlechter wird - das sind wichtige Eindrücke meiner Reise als Journalistin mit Frauenbeauftrag-

ten aus Baden-Württemberg zu Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Meissen und Leipzig. Veranstaltet von der "Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg", Christine Herfel, Referat: Frauen.

II. Panta rhei - alles fließt

Eine Reise in die neuen Bundesländer kann nicht mehr, aber auch nicht weniger sein als eine spannende Momentaufnahme in einer bewegenden und sich bewegenden Phase der deutschen Geschichte, die wie mit einem "Paukenschlag" an jenem alles entscheidenden 9. November einsetzte. Nie zuvor ist mir dabei das "Panta rhei - alles fließt" des Griechen Heraklit, der fließende Charakter von Geschichte so bewußt geworden, als ich am 9. November in Gedanken zwei meiner Töchter mit auf der Mauer tanzen und feiern sah: Dieser Tanz auf dem Symbol 40 Jahre DDR-Geschichte, die nur scheinbar in einer Nacht zusammenbrach, sollten Umbruch, Aufbruch, Zusammenbruch, auch Durchbruch (?) der Wende von nun an markieren. "Wir sind das Volk" - der Freiheitsruf der Frauen und Männer fegte ein Regime hinweg, das versucht

hatte, seine Ideologie einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl zu stützen und damit scheiterte, lange gescheitert war bevor es uns in den alten Bundesländern bewußt geworden war. Die Befreiung von diesem Regime galt also für Frauen und Männer in gleicher Weise - aber es ist die Frage zu stellen, was sie eingetauscht haben und in wie weit Frauen und Männer beide "das Volk" sind.

III. Zwischen Resignation und Hoffnung

Bei meiner Reise eineinhalb Jahre später stellte sich mir daher vor allem die Frage: Was ist aus diesem fröhlichen Aufbruch auch und gerade des Frauenaufbruchs geblieben, ist noch etwas von dieser Stimmung zu spüren? Die Radikalität, die Euphorie, die Begeisterung? Es gibt diese Stimmung noch, aber ich möchte sie als eine zwischen Resignation und Hoffnung bezeichnen. Eine Stimmungslage, die verhalten, nachdenklich ist, die von dem "Himmel-hoch-Jauchzen" der so sehr gewünschten, ersehnten und schließlich erreichten Wiedervereinigung weit entfernt ist. Das kann nicht verwundern. Auf der einen Seite haben 40 Jahre DDR-Geschichte, kollektiv und individuell tiefe Spuren hinterlassen und die Auseinandersetzung mit dieser wird noch eine lange Zeit andauern. Auf der anderen Seite ist das, was seit der Wende geschehen und noch zu erwarten ist, für viele noch wie das Erwachen aus einem Traum oder einer Illusion: Auf die Realität eines real existierenden Kapitalismus westdeutscher Prägung und einer sie tragenden Gesellschaftsordnung, in der keiner und keinem etwas geschenkt wird, waren weder Frauen noch Männer vorbereitet und das läßt nicht (mehr) unbedingt zu stimmungsmäßigen Höhenflügen ein.

Dabei erfahren Frauen und Männer diese Veränderung gleich und doch sehr verschieden. Dies ist in erster Linie an dem Problem der Gleichberechtigung oder der Gleichstellung von Frau und Mann festzumachen. In einer sozialistischen Gesellschaft ist sie Dreh- und Angelpunkt, da diese Staaten die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen zu ihrem staatspolitischen Programm erklären. Zu Beginn der 70er Jahre hatten die DDR-Machthaber die Gleichberechtigung als erfüllt betrachtet, die Frage galt als erledigt, es wurde nicht mehr darüber gesprochen oder Untersuchungen, die zu einer ganz anderen Bewertung gekommen waren, wurden unterdrückt. Hatten Frauen und Männer diese Gleichberechtigung akzeptiert? Lebten sie eine solche, wenigstens in Ansätzen, und aus Überzeugung?

Und wie sieht es in Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland aus? Immer wieder war und ist in den alten Bundesländern zu hören, daß Ost-Frauen wesentlich emanzipierter als ihre westdeutschen Schwestern seien. Nicht zuletzt durch ihre Berufstätigkeit und ökonomische Unabhängigkeit. Im Gegensatz zu uns, wo Frauen noch einen wesentlich niedrigeren Grad erreicht haben, ökonomisch abhängiger sind und wo das Ungleichgewicht in der Beziehung der Geschlechter viel erkennbarer war und ist. Verschiedene Beobachtungen sprechen gegen eine weiter vorangeschrittene Gleichberechtigung und eine damit verbundene Emanzipation der Frauen als bei uns - von Männern ganz abgesehen. Da wäre die aufschlußreiche Feststellung einer Frau aus Leipzig zu nennen, die sagte: "Ihr habt ja gar keine Ahnung, wie sich viele unserer Männer nach der Wende entwickelt haben. Es ist, als ob etwas von ihnen abgefallen wäre, was sie 40 Jahre lang nicht so offen zeigen konnten." Dazu gehören lang unterdrückte Ansprüche von Herrschaft und Macht, es wächst die Gewalt an Frauen, die Weigerung nimmt zu, frauenspezifische Interes-

sen, Forderungen und Notwendigkeiten nach Frauenhäusern, Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten wahrzunehmen, geschweige denn überhaupt anzuerkennen. Sogar, wie Frauen aus Meißen berichteten, was aber auf der gleichen Linie liegt, das Verbot mancher Männer an ihre Frauen, sich an frauenpolitischen Aktivitäten zu beteiligen. Ebenfalls in Meißen wurde eine aktive, feministisch denkende Frau als Gleichstellungsbeauftragte abgelehnt, statt dessen eine sicher bemühte, aber schwache CDU-Frau als "Bürgerbeauftragte" eingesetzt. Nomen ist Omen.

IV. Friedliche Revolution?

Wie sehen in diesem Licht die Veränderungen in der früheren DDR aus? "Wir sind das Volk": Sehr viel wurde bei uns von der "friedlichen Revolution" gesprochen und geschrieben, die sich in der früheren DDR während des Jahres 1989 ereignet habe. Friedlich war sie, wird das Nichtblutvergießen als Maßstab genommen, das diese Revolution von allen uns in der neueren



Abb. 1: Die Nikolai-Kirche in Leipzig, von der, neben den allen anderen Kirchen auch, nach dem Gottesdienst am Montagabend die "Montagsdemonstrationen" ausgingen. Die Kirchen trugen sehr viel mit dazu bei, daß die Wende in der früheren DDR friedlich verlief.

Geschichte bekannten unterscheidet. Aber ich vertrete die These, daß diese auch noch so friedliche Revolution in dem Sinne einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft gewesen ist, von der auch die Stellung der Frau beeinflußt worden wäre: Vorher herrschten Männer und beherrschten Frauen, sie tun es jetzt wieder, Frauen haben höchstens die Herren gewechselt. Ein paar sehr alte Männer sind - nicht freiwillig - abgetreten, etwas weniger alte haben sie ersetzt. Aber auch aus den Mündern von Frauen ertönte der Ruf: "Wir sind das Volk", hatten Frauen nicht nur einen bedeutenden Anteil an der Wende, sondern forderten mit als erste umfassende demokratische Veränderungen für eine Gesellschaft, die frei von Unterdrückung und Ausbeutung für Frauen und Männer sein sollte. Aber als die Wende geschafft war, stockte vielen Frauen gleichsam der Atem: Sie mußten erkennen, daß sie keineswegs "das Volk" waren und bei Neuordnung von Arbeit und Politik nicht wirklich gemeint waren. Lag es vielleicht daran, daß eine Leipzigerin, nach der Geschichte der Montagsdemonstrationen und ihrer persönlichen Erfahrungen befragt, nur sehr zögernd und ausweichend antwortete?

V. Frauen nach der Wende

Scheint dieser Aufbruch zu verpuffen? Ist eben doch ohne Frauen "Staat zu machen?" Eine konservativ-christliche Regierung kann es sich erlauben und dies trotz (oder weil?) erster und zweiter, alter und neuer Frauenbewegung, trotz des Artikels drei des Grundgesetzes, die spezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen fast geringschätzig mit dem Satz abzutun: "Die Interessen von Frauen und Behinderten werden berücksichtigt." Dahinter muß ein mehr als großes Fragezeichen gemacht werden. Nicht nur lehrt die Geschichte, daß Frauen-Interessen von Männern kaum jemals vertreten wurden, im Gegenteil, sondern auch Entwicklung von Frauenerwerbstätigkeit spielten jedenfalls bisher in den politischen Diskussionen kaum eine Rolle. Und das läßt nicht viel Hoffnung auf eine Zukunft zu, in der nicht mehr, nach Ute Gerhard in "Gleichheit ohne Angleichung", unter Gleichberechtigung die Angleichung an die "Mannesstellung" verstanden wird, weibliche Lebens- und Arbeitszusammenhänge an die "Norm", die Männer, angepaßt werden oder Frauen umgekehrt sich anpassen lassen. So sind Frauen überproportional hoch von der Arbeitslosigkeit betroffen, ihre Töchter finden nur schwere Ausbildungsplätze, so daß vielleicht bald wieder der Rat einer Mutter wichtig werden könnte (vgl. Abb.2):

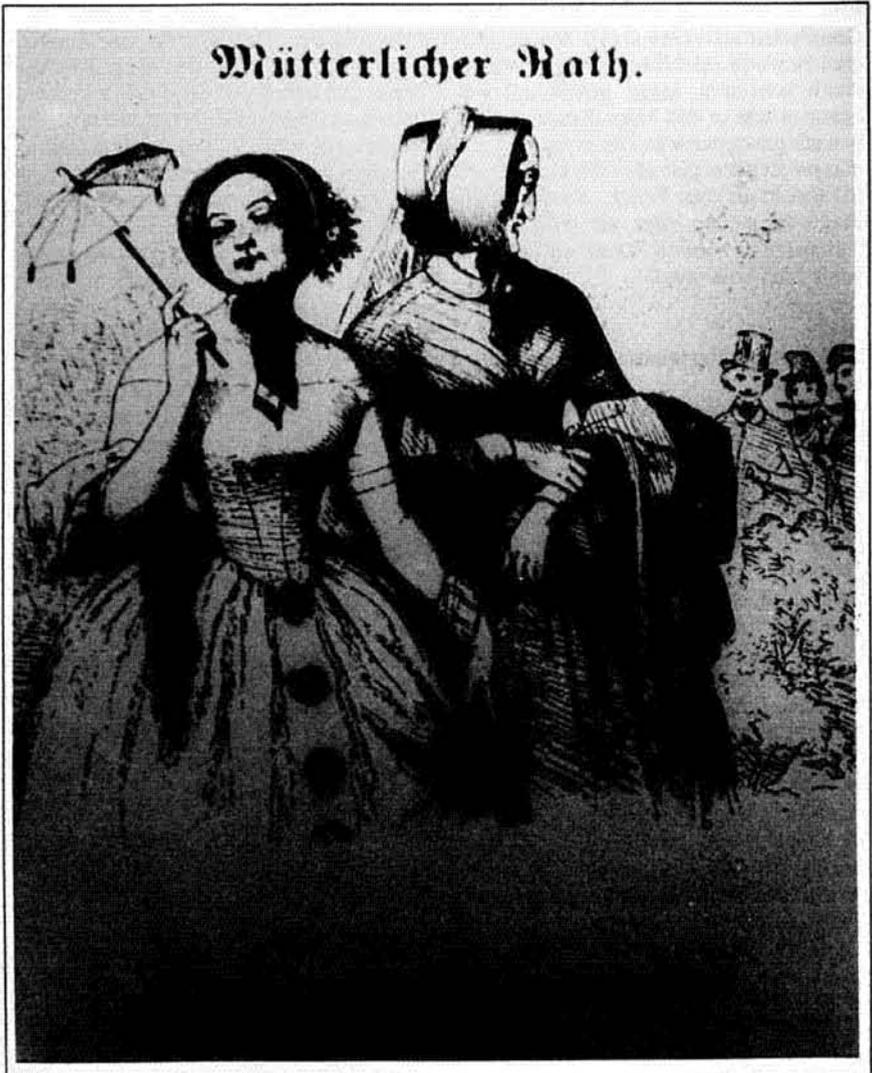


Abb. 2: Mädchen auf eine Heirat vorzubereiten, sie "versorgt" zu wissen, mußten Ziele und Aufgaben von Müttern sein, in einer Zeit, in der Töchtern keine andere Perspektive als die Ehe hatten.

Weiter sind Frauen in den Bereichen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, vor allem in den hohen Entscheidungsgremien höchstens wie "seltene Orchideen" unter vielen Männern vertreten, die dort in ihrer Vielzahl wie "Gänseblümchen" wachsen. Zum Beispiel gibt es unter 47 Mitgliedern des Gemeinderates in der Stadt Meißen nur zwei Frauen. Gesetze entstehen nur unter einer marginalen Einflußmöglichkeit von Frauen. Daran können auch die 150 Gleichstellungsbeauftragten in Sachsen, 75 davon allein im Regierungsbezirk Leipzig, nicht viel ändern, obwohl Frauen dies als einen Erfolg betrachten. Diese sind noch ein Zugeständnis der Modrow-Regierung, daß ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern Gleichstellungsbeauftragte berufen wurden. Und ein Eingeständnis zugleich, daß die Gleichberechtigung der Frauen nicht erreicht worden war. Was nicht heißt, daß diese Einrichtungen gerne akzeptiert würden - im Gegenteil. So sag-

ten uns Frauen aus Leipzig, daß ihnen immer wieder vorgehalten wird: "Frauenhäuser, Frauenbildungszentren - alles überflüssig. Eine Frauenfrage gibt es doch gar nicht." Oder die Klage: "Die Altstadt wird jetzt saniert, für Frauen ist kein Geld da."

Hinzu kommt zum einen das Problem, daß nur sehr wenige der Gleichstellungsbeauftragten hauptberuflich arbeiten, sondern ehrenamtlich, andere Tätigkeiten aber die Kräfte binden. Zum anderen wurden sie berufen, aber nicht gewählt und kamen oft aus ganz anderen Berufen: Eine frühere Agrar-Ingenieurin ist wenig auf die Tätigkeit einer Gleichstellungsbeauftragten vorbereitet. Dennoch identifizierten sich alle, mit denen wir gesprochen haben, mit ihrer neuen Tätigkeit, hatten im Sinne des Heinrich Riehl "viele confuse Bücher gelesen" und knüpfen große Hoffnungen an ihre Aufgaben. So wurden Frauen in

Dresden beispielsweise sehr nachdenklich, als die baden-württembergischen Frauenbeauftragten zugeben mußten, daß sich ihre Einflußmöglichkeiten nur in einem begrenzten Rahmen halten würden. Doch hier zu resignieren, würde im Sinne der Begründerin der deutschen Frauenbewegung, Louise Otto, (1819 bis 1895), bedeuten, sich selbst aufzugeben. Louise Otto hatte 1949 mit der Herausgabe der ersten politischen Frauen-Zeitung Sätze von beachtlicher Aktualität geschrieben: "Mitten in den großen Umwälzungen, in denen wir uns alle befinden, werden sich die Frauen vergessen sehen, wenn sie selbst an sich zu denken vergessen."

Diese Gefahr ist aber gegeben. Gleichstellungsbeauftragte berichteten, daß es sehr schwer sei, Frauen für (frauen-) politische Aktivitäten zu gewinnen, sie wollten von der Politik im Moment nichts mehr hören. Dieser Rückzug ins Private scheint nach 43 Jahren psychischer und physischer Dauerbelastung und Überforderung verlockend zu sein. Aber das Problem liegt darin, daß die Weichen jetzt für die Zukunft gestellt werden. Dieser Gefahr eines politischen Rückzugs sind sich Gleichstellungsbeauftragte oder frauenpolitisch motivierte Frauen sehr wohl bewußt und versuchen gegenzusteuern: Frauenbildungszentren, Frauenrechtsberatungen, das Europa-Zentrum in Meißen oder Frauencafés sind wichtige Ansatzpunkte.

VI: Arbeitslosigkeit - drängendes Frauen-Problem

Mit am meisten Angst vor der Zukunft bereitet Frauen die große Arbeitslosigkeit. Das hat seinen guten Grund: In der früheren DDR waren, laut "Frauen-Report 90", nicht weniger als 91,2 Prozent aller arbeitsfähigen Frauen, Lehrlinge und Studentinnen mitgerechnet, berufstätig. Hierzu äußerte sich Ute Froboeß, Frauenbeauftragte im Regierungsbezirk Leipzig, wobei sie eine Infas-Studie des Bundesministeriums für Frauen und Jugend zitierte, in der es heißt: "In einigen Bereichen wird die Anpassung an westdeutsche Standards zu Friktionen führen." Wörtlich: "Wie selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß sich die Frauen an westdeutsche Standards anpassen haben. Man kann doch eine 40jährige Entwicklung, die ein ganz anderes Selbstverständnis hervorgerufen hat, nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, ihr habt euch anzupassen. Denn aus der Dokumentation geht dort auch hervor, daß vielleicht nur vier Prozent der befragten Frauen bereit sind, allein Familienfrauen sein zu wollen. Für die Frauen bei uns ist es eine Selbstverständlichkeit, Beruf und Familie miteinander zu

vereinbaren. Und das ist eine Sache, dagegen müssen wir uns ganz einfach massiv zur Wehr setzen." Früher hätten sich Frauen über Arbeitskollektive definiert. Ute Froboeß noch einmal: "Diese waren alles. Hier entstanden Freundschaften und soziale Beziehungen, die ihre Forschung durch Kultur-, Freizeit- und Bildungspläne fanden. Sie waren befohlen, gewiß. Aber sie waren nun einmal da. Das bricht jetzt alles zusammen. Gesprochen wird bei uns viel vom Aufbau der wirtschaftlichen Infrastrukturen. Was wir aber auch brauchen, das sind neue Sozialstrukturen. Was fehlt, sind Vereine und Selbsthilfegruppen, wo Frauen zusammenkommen können." Und das heißt: Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes fallen Frauen sehr oft in eine totale Vereinsamung. Sie bleiben im Haus aber fühlen sich allein, es fehlt eine entscheidende Selbstbestätigung. Die Arbeit war wie eine Klammer, die die Persönlichkeit gehalten hat und jetzt bedroht ist. Über den emanzipatorischen Wert von Berufstätigkeit mit Ost-Frauen diskutieren zu wollen, das wäre fast lächerlich, der ist eine Selbstverständlichkeit. So war auch dieser Punkt kein Diskussionsthema, nur die Frage, was gegen die immer größer werdende Arbeitslosigkeit unter den Frauen getan werden könne.

Eine Ausbildung der jungen Frauen in den alten Bundesländern wird nur mit sehr gemischten Gefühlen befürwortet, die Hauptsorge ist, daß diese nicht wiederkommen: "Monatlich wandern aus Sachsen", so eine Feststellung, "10 000 Menschen in die neuen Bundesländer. Wenn dieser Auszug nicht gestoppt wird, ist Sachsen nach dem Jahr 2000 ein Altersheim." So gab es die eine Überlegung, sogenannte "Übungsfirmen" damit zu betrauen, die eine überbetriebliche Ausbildung insbesondere für Mädchen schaffen sollen. Arbeitslose Lehrausbilderrinnen stünden zur Verfügung. Negative Erfahrungen mit solchen Ausbildungen ließ von den baden-württembergischen Frauenbeauftragten Zweifel an der Effizienz der Firmen aufkommen. Aber dem Gegenargument, daß solche Übungsfirmen immer noch besser seien, als die Töchter ganz wegzugeben, konnten sich die West-Frauen nicht verschließen. Daß es keine fertigen Rezepte gab, ist nicht verwunderlich, aber: Mit dem Abbau von Frauenarbeitsplätzen und der ihnen direkt oder indirekt angebotenen "Wahlfreiheit" von Beruf oder Familie wird ganz eindeutig gegen die Interessen von Frauen entschieden, die Minister Schäuble zu berücksichtigen versprochen hatte.

Hinzu kommt der Abbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Mit dem 2. Juli droht der Verlust von nicht weniger als 500.000 Plätzen. Sie waren und sind für

Frauen existenziell, denn nur so konnten und können sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren, oder haben die Möglichkeit, sich jetzt umschulen zu lassen. Aber ohne den Nachweis einer Kinderbetreuungsmöglichkeit erhalten sie diese Chance nicht, was umgekehrt Männern nie abverlangt wird. Karin, eine evangelische Theologin, die jetzt in Dresden ein Frauenbildungszentrum betreut, sagte dazu: "Kindergärten sind nicht nur ein Frauenproblem, sondern ein gesellschaftliches. Das haben aber die wenigsten bisher kapiert." So sehr sie mit dem "gesellschaftlichen Problem" auch Recht hat - ich würde den

"Wie selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß sich die Frauen an westdeutsche Standards anzupassen haben"

Akzent etwas anders setzen. Männer und auch Frauen haben das sogar sehr genau kapiert. Denn wenn Frauen durch Kinderhorte und Kindergärten gleichberechtigt am öffentlich-politischen Leben teilnehmen können - eine andere Lösung zeichnet sich zur Zeit nicht ab - würde dies die Gesellschaft wirklich revolutionieren, in ihren Grundstrukturen massiv verändern. Damit aber sind erhebliche Ängste verbunden. Insbesondere mußten Männer einen Teil ihrer Privilegien, ihrer Macht abgeben, die sie stets für "natürlich" gehalten haben. Daß sie dafür an anderer Stelle gewinnen würden - haben die wenigsten bisher verstanden. So ist es auch zu erklären, daß trotz proklamierter Gleichberechtigung Frauen zu mehr als zwei Drittel die Hausarbeit allein erledigen, ihre Männer zum größten Teil nicht daran dachten, sich die lästige und bei der schwierigen ökonomischen Versorgungslage der früheren DDR sehr zeitraubenden Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen: Alte Rollenvorgaben hatten sich erhalten und waren nie in Frage gestellt worden. Aber wie sehr auch Frauen alte Rollenbilder akzeptiert haben müssen, fiel uns auf: Die Frauen beklagten dies Verhalten ihrer Männer - aber sie nahmen es hin. Daß auch Männer gefordert seien - das kam nicht ins Bewußtsein oder wurde nicht ausgesprochen.



Abb. 3: Dieses Denkmal der legendären "Trümmerfrau" steht vor dem alten Rathaus in Dresden. Es symbolisiert die Leistungen von Frauen nach dem Krieg, ihren Mut und ihre Kräfte, worauf viele Männer aufbauen konnten. Alles vergessen?

VII. Belastende SED-Vergangenheit

Frauen als Mittäterinnen einer SED-Herrschaft? Sollen, müssen sie, die in der Öffentlichkeit gestanden haben, ausscheiden? die Problematik wurde uns bewußt, als wir unmittelbar Zeuginnen wurden, wie eine Frau von ihrer Vergangenheit eingeholt wurde: 1990 zur Gleichstellungsbeauftragten berufen, wurde sie bei der Ausschreibung und Neubesetzung ihrer Stelle abgelöst, ohne daß mit ihr darüber gesprochen wurde. Ihre Abwahl war am Abend des 7. Mai gerade erfolgt. Sie gab mir folgendes (gekürztes) Interview, ausdrücklich mit der Erlaubnis, es zu veröffentlichen. An ihrem Beispiel wird zum einen exemplarisch die quälende Auseinandersetzung mit dem SED-Regime und der eigenen Rolle darin deutlich und zum anderen das, was als "Wendehälse" bezeichnet wurde, die Fähigkeit nämlich, sich fast nahtlos auf neue, entgegengesetzte Bedingungen einzustellen:

L.J.: Könntest Du mir sagen, mit welchen Problemen Du konfrontiert wirst, wie Dein

Lebenslauf aussah, bevor Du diese Stellung übernommen hast?

Christine: Ich habe einen ganz normalen Lebenslauf, wie jeder andere DDR-Bürger auch. In der Form, daß ich eine zehnjährige Schulbildung habe, habe dann einen Beruf gelernt, den ich lernen wollte: Kindergärtnerin. Ich habe 20 Jahre als Kindergartenleiterin gearbeitet, was ich sehr gerne gemacht habe, mußte aber leider dann aus gesundheitlichen Gründen den Beruf wechseln. Schon immer habe ich mich während meines Berufes gesellschaftlich betätigt und zwar als Frauenbeauftragte im DFD (Demokrat. Frauenbund Deutschlands, 1947 gegründet, L.J.), habe dort viele Dinge organisiert, Seminare, Juristen, Ärzte, Lehrerinnen zu Vorträgen geholt. Dann in meinem Wohngebiet, wo ich mich für andere Menschen einsetzen, ihnen helfen konnte. Wir haben innerhalb unseres Wohngebietes auch eine kleinere Frauengruppe gehabt, die Arbeit war eine Befriedigung. Als ich den Beruf wechseln mußte, hatte mich der Bürgermeister der Stadt angesprochen, ob ich nicht die ehrenamtliche Tätigkeit in eine hauptamtliche umwandeln wollte. Ich habe sehr gerne zugesagt. Ich wollte sehr gerne im sozialen Sektor arbeiten, was ja auch mein Beruf war. Das war nicht möglich, weil in der Stadtverwaltung die einzelnen Fachbereiche parteigebunden waren. Ich gehörte der SED an.

L.J.: Wie lange?

Christine: Acht Jahre, von 1980 bis 1988. Bin also relativ spät in die SED hineingekommen. Ich sag' es ehrlich, ich bin mit Überzeugung reingegangen, weil ich der Meinung war, daß ich dort auf sozialem Gebiet viel erreichen kann. Im Herbst 1989 bin ich aus der SED ausgetreten.

L.J.: Warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, das war doch sehr auffallend?

Christine: Ich habe erstmalig mit offenen Augen gesehen, welche Machenschaften durch die SED sich negativ ausgewirkt haben. Ich hatte mich vorher gar nicht so damit befaßt, weil mich immer nur die soziale Schiene interessiert hat. Die politischen Hintergründe waren mir nebensächlich. Die Kommunalwahlen 1989 waren die ersten, auf die ich mich vorbereitet habe. Von den Wahlmachenschaften, die da gelaufen sind, habe ich nichts mitbekommen. Erst hinterher. Nach der Wahl wäre ich arbeitslos geworden, weil meine Aufgabe erfüllt war. Der neue Bürgermeister hat uns gebeten, weiterzumachen, weil er unsere Erfahrungen nutzen wollte. Ich war auch sehr gerne bereit dazu, weil ich noch heute meine, daß ich nichts Schlechtes getan habe. Denn wenn man jemandem hilft und sich einsetzt - das kann nichts Schlechtes sein, egal, welcher Partei man angehört. Ich habe dann erstmal in meiner alten Tätigkeit weitergearbeitet und habe im vergangenen Jahr wieder die Wahlen geleitet. Danach wurde mir durch den Bürgermeister angetragen, die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten anzunehmen. Er hat es so begründet, daß wir einmal nach der Umstruktuiierung ein anderes Aufgabengebiet bekommen und zum anderen war es auch eine finanzielle Frage, denn es war keine andere Stelle möglich. Ich habe mir Bedenkzeit ausgebeten, habe mich erkundigt, was zu machen ist und im Dezember zugesagt, weil mir die Frauenarbeit weiterhin am Herzen lag, obwohl auch ein bißchen Abstand hinzugekommen war, denn es ist vorwiegend bei den Frauen eine Resignation eingetreten, sie wollen zur Zeit nichts hören und nichts wissen. Ich kann's ja auch verstehen.

L.J.: Wie ging es weiter?

Christine: Anfang Januar wurde mir eröffnet, daß Beschwerden eingegangen seien, aber nicht konkret, vom wem oder woher, daß ich doch mit meiner politischen Vergangenheit - SED-Mitgliedschaft wurde mit politischer Vergangenheit gleichgesetzt - eine solche Tätigkeit nicht ausüben dürfe und die Stelle müsse ausgeschrieben werden. Ich habe das auch von der einen Seite her verstanden, habe aber darauf hingewiesen, daß ich arbeitsrechtlich eine andere Tätigkeit annehmen müßte. Ich habe meine Arbeit danach normal weiter ausgeführt. Dann wurde die Stelle ausgeschrieben. Arbeitsrechtlich muß der Personalrat die Zustimmung geben, was er nicht getan hat, trotzdem ist sie ausgeschrieben worden. Es gingen auch Stellenbewerbungen ein, ich habe mich auch noch einmal beworben, obwohl es im Grunde ja sinnlos war, denn ich kann mich ja nicht auf eine Stelle bewerben, die ich bereits inne habe. Es wurden Stellenbewerberinnen gesammelt, durch den Hauptausschuß wurden sie geprüft und dann ist mir durch den Bürgermeister in der vergangenen Woche vermittelt worden, daß am heutigen Tag, 7. Mai, über die

Stelle in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden soll. Auch das ist ein Widerspruch, denn die Abgeordneten sind nur berechtigt, über Dezernentenfragen zu bestimmen. Es ist offensichtlich, daß es nur gegen mich als Person geht. Arbeitsrechtlich ist es so, daß ich mit Hilfe der ÖTV und des Personalsrates durchkomme, daß ich mein Recht durchsetze und die Stelle weiter besetze, wenn mir keine andere geboten wird. Aber befriedigen würde mich das nicht, ich möchte auch Vertrauen haben. Ich stehe jetzt in einer Zwickmühle, denn mir kann nicht gekündigt werden, ich würde gern weitermachen, aber ich werde wahrscheinlich nicht weitermachen können. Am heutigen Tag wird ja eine neue gewählt.

L.J.: Ist den Bewerberinnen bekannt, daß Du auf dieser Stelle sitzt?

Christine: Das weiß ich nicht.

L.J.: Meinst Du nicht auch, daß für Dich zutreffen könnte, was von Ute Froboeß gesagt worden ist, daß die Leute, die schon einmal in der Öffentlichkeit gestanden haben, nicht mehr beschäftigt werden sollen, damit andere nicht sagen: "Was hat sich eigentlich geändert?"

Christine: Für mich persönlich ja. Aber der Widerspruch dazu ist der, daß andere Leute, die auch in der Öffentlichkeit gearbeitet haben, die aber einer anderen Partei angehört haben, jetzt weiterhin Leitungsposten haben. Wonicht einer fragt oder sagt, daß dies nicht gut sei. Ich kann das einerseits verstehen, weil wirklich das SED-Regime Schuld daran ist, daß diese Mißwirtschaft entstanden ist, aber ich kann nicht verstehen, daß man alles pauschalisiert.

L.J.: Was heißt das "pauschalisiert?"

Christine: Indem gesagt wird, alle, die in der SED waren, haben sich schuldig gemacht,

haben Ungesetzlichkeiten begangen, haben sich unmenschlich verhalten, und müssen daher alle in einen Topf getan und weggetragen werden. Und das kann man nicht machen. Aber es gibt auch Beispiele, daß viele das eben nicht mehr sagen, weil es ihnen nur Schwierigkeiten macht. Ich bin aber der Meinung, man muß doch zu seiner Haltung stehen und kann nicht sein Fähnchen nach dem Wind drehen.

L.J.: Wie soll es jetzt weitergehen?

Christine: Ich möchte eine andere Stelle annehmen, obwohl mir diese Tätigkeit sehr viel Freude bereitet. Aber ich hätte im "Hinterstübchen" keine Befriedigung, weil ich wüßte, daß ich sie nur mit Recht und Gesetz durchgesetzt habe. Dann habe ich auch nach außen keine Wirksamkeit, haben viele nicht das Vertrauen, das ich eigentlich bräuchte. Ich kann es mir nur so vorstellen, daß ich eine andere Tätigkeit aufnehme und baue mir langsam wieder Vertrauen auf. Ich werde mich auch dieser Regierung gegenüber wieder loyal verhalten, was ich früher auch gemacht habe. Es geht doch gar nicht anders, wenn man in der Verwaltung arbeitet.

L.J.: Wie ist denn die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber dieser Situation?

Christine: Was mir konkret bewußt wird, ist, daß die Leute gegen alles, was SED war, eingestellt sind. Einzelne, die mich persönlich kennen, reagieren anders: "Sie waren in der SED, aber Sie haben uns geholfen." Die Allgemeinheit läßt sich aber doch beeinflussen. Ich kann's ja auch verstehen.

L.J.: Wie lange meinst Du, daß diese Stimmung anhalten wird?

Christine: Die Stimmung wird erst dann anders, wenn sich den Leuten spürbar zeigt, es geht uns besser, wir haben Erfolge. Aber so

lange es noch bergab geht, wird auch die Arbeitslosigkeit auf die SED geschoben. Es mag in vieler Hinsicht berechtigt sein, aber man kann nicht alles auf die SED schieben. Es waren viele Parteien, die mit der SED zusammengear-

"Ich werde mich auch dieser Regierung gegenüber wieder loyal verhalten, was ich früher auch gemacht habe. Es geht doch gar nicht anders, wenn man in der Verwaltung arbeitet"

beitet haben und gerade die CDU hat in der früheren Verfassung mit unterschrieben, daß sie die führende Rolle der SED anerkennt. Und sie kann sich jetzt nicht aus der Verantwortung stehlen ...

(Einen Tag später hatte sich die Situation vollständig gewandelt: Christine hatte, offensichtlich nach Gesprächen mit Freunden und/oder der zuständigen Gewerk-



Abb. 4: Diskussion im Bildungszentrum Dresden. Links Karin, Leiterin des Zentrums, rechts Frauen aus Baden-Württemberg.

schaft beschlossen, ihre Stellung als Frauenbeauftragte mit allen Mitteln zu verteidigen, wobei bezeichnenderweise das Argument: Recht und Gesetz als Vorwand angeführt wurde).

VIII. Damoklesschwert: der Paragraph 218

Seit 1972 galt in der DDR die Fristenlösung: Frauen erhielten das Recht, in den ersten drei Monaten einer Schwangerschaft über einen Abbruch allein zu entscheiden. Noch im Vorfeld der Wiedervereinigung wurde klar, daß hier ein großer "Sprengsatz" in dem Zustandekommen des Einigungsvertrags liegen würde. Und tatsächlich ist diese Frage ja auch verschoben worden: Bis Ende 1992 soll ein einheitliches Recht geschaffen werden, wobei die christlich-konservative Regierung in Bonn von Anfang an klargestellt hat, daß sie die Fristenlösung in der DDR nicht akzeptieren würde. Diese Frage hängt wie ein "Damoklesschwert" über den Frauen in der früheren DDR, aber nicht minder über den West-Frauen. Denn, wie uns Frauen sagten: "Alles Sprechen über Arbeit, Emanzipation und Gleichberechtigung wird sinnlos, wenn dieser Paragraph nicht verschwindet", gilt für West-Frauen uneingeschränkt. Wie kann eine Frau, so die Überlegung, je von Selbstbestimmung reden, wenn sie nicht einmal ihren eigenen Körper bestimmen darf? Vor allem ist den Frauen klar geworden: Wenn sie sich nicht in dieser Frage massiv zu Wort melden, dann rollt die Entwicklung über sie hinweg. "Unsere Männer", so sagte eine Frau aus Leipzig, "reden viel zu viel über den Paragraphen, Frauen viel zu wenig. Viele Männer sind jetzt plötzlich für ihn und gegen die Fristenregelung." So entstand aus diesen Überlegungen heraus ein interessantes Projekt in Chemnitz: Dort haben sich Frauen unterschiedlicher politischer Richtungen zu einem "runden Tisch" zusammengefunden, an dem gerade Fragen zum Paragraphen 218 und darüber hinaus zur Gewaltproblematik an Frauen eine wichtige Rolle spielen. Hier, an diesem runden Tisch entstand die Idee, den 218 in einem Frauen-Volksentscheid zur Abstimmung vorzulegen. Was der Name sagt: Nur Frauen sollen abstimmen. Hiermit wollen die Frauen nachdrücklich klarmachen, daß das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper allen anderen Rechten vorausgeht oder sie einschließt. Dazu wurde während der Tagung eine gemeinsame Resolution der sächsischen und baden-württembergischen Frauenbeauftragten verfaßt, die auf der einen Seite den Paragraphen 218 ablehnt und auf der anderen genügend Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Hilfen für Schwangere fordert.

Keine Zwangsberatung, sondern wenn, dann eine auf freiwilliger Basis. Allerdings wird aus rechtlichen Gründen ein Frau-

Ansatzpunkt in der Diskussion um den Paragraphen 218, der nichts mit dem Slogan: "Mein Bauch gehört mir" zu tun hat, sondern es geht um das verantwortungsbewußte Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper.



Abb. 5

en-Volksentscheid nicht möglich sein. Einmal aufgrund der Verfassung nicht: Das Grundgesetz sagt im Artikel 20, Absatz 2: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmung und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." Das Grundgesetz kennt nur wenige Möglichkeiten eines plebitären Volksentscheids: Vor allem bei Länderneuregelungen oder in Landesverfassungen. Und selbst wenn diese Hürde genommen werden sollte: Es wird kaum möglich sein, einen Volksentscheid auf Frauen allein zu begrenzen. Dennoch halte ich diese Überlegung der Chemnitzer Frauen für einen wichtigen

Abtreibungen, wurde weiter berichtet, sind seit der Wende auffallend angestiegen. Unsicherheit und Angst über die Zukunft drücken sich darin aus. Junge Frauen äußerten: "Wer jetzt noch Kinder in die Welt setzt, hat selber Schuld. Der Paragraph 218 ist doch nur ein Instrument, Arbeitsmarktprobleme lösen zu helfen, indem Frauen ins Haus abgedrängt werden." Daß sich Ost- und West-CDU in der Beurteilung des Paragraphen 218 nicht einig sind, sagte eine Frau aus Leipzig, Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes. Jedenfalls in Leipzig vertrete die Ost-CDU eine andere Meinung als die West-CDU: Hier sind sehr viel mehr Frauen und Männer gemeinsam der Auffassung, daß die Fristenregelung bleiben müsse. Wobei sie das - richtige - Argument anführte: "Es hat sich doch gerade bei euch immer wieder gezeigt, daß die Strafandrohung nichts bewirkt hat." Und, vor allem: "Niemand kann und darf uns die Entscheidung abnehmen, wir müssen diese alleine treffen. Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Wir haben uns die Entscheidung, trotz Fristenlösung, niemals einfach gemacht. Wir sind doch keine Mörderinnen." Diese Frau wußte, wovon sie sprach: Sie hatte vor vielen Jahren eine Abtreibung hinter sich: "Ich habe Nächte vorher und Nächte hinterher nicht geschlafen. Aber ich war in einer solchen Notsituation, daß ich heute immer noch glaube, daß die Entscheidung damals richtig war. Und sie weiß es nicht nur aus eigener Erfahrung, sondern auch aus ihrer beruflichen: "Ich arbeite in der Jugendhilfe bei der Stadtverwaltung und kenne das Elend, wenn Kinder geboren werden, um die sich dann niemand kümmert. Wir haben immer wieder Fälle, wo ungewollte Kinder schlimm mißhandelt wurden. Und gerade dann fehlen komplett alle diejenigen Organisationen, die sich vorher so sehr gegen den Schwangerschaftsabbruch gestellt haben." Dazu auch die Meinung einer anderen: "Um das ungeborene Leben wird so viel gesprochen, so viel getan, um das geborene dann nicht mehr, da erlischt der Schutz des Staates."

Zum Paragraphen 218 gehört das Problem der (sexuellen) Gewalt an Frauen und der sexuelle Mißbrauch an Mädchen. Frauenhäuser oder Schutzwohnungen, wie sie bezeichnet werden, gab es vor der Wende nicht: Weil es nicht sein durfte, wurden Gewalt und sexueller Mißbrauch in der Öffentlichkeit verschwiegen. Es gab also keinen Ausweg. Im schlimmsten Fall wur-

den Männer, wie eine Frau es schilderte, für eine Nacht inhaftiert und "dann mit frischer Kraft auf die Frauen losgelassen." Nicht selten trug die Wohnungsnot zu einer Eskalation der Gewalt bei: Wohin hätten Frauen mit ihren Kindern auch gehen sollen? Nicht selten kam es vor, daß geschiedene Ehepartner noch für eine längere Zeit zusammenleben mußten - Nährboden für

"Im schlimmsten Fall wurden Männer, die sexuellen Mißbrauch begangen hatten, für eine Nacht inhaftiert und dann mit frischer Kraft wieder auf die Frauen losgelassen"

weitere Gewalt. Und das auch in den alten Bundesländern zu beobachtende Phänomen, daß Frauen die Schuld für das Scheitern ihrer Beziehung, für Gewalt, bei sich suchten: Sie gingen damit nicht an die Öffentlichkeit. Wozu auch - niemand hätte ihr geholfen. Es gab keine Möglichkeit, sich im Vorfeld beraten lassen zu können. So sehr im Schutzraum der Kirchen gewisse Freiheitsräume entstanden waren, in denen Frauen die Möglichkeit hatten, sich zu treffen - das Thema Gewalt gegenüber Frauen wurde auch hier heruntergespielt. Vehement sprachen sich die Frauen dafür aus, daß es eigentlich Männerhäuser geben müsse und Therapien für Männer: "Nicht das Opfer gehört in die Therapie, sondern der Täter." Daß dies vorläufig Utopie bleiben muß, lenkte den Blick auf die praktischen Fragen zurück, wie jetzt Frauen und ihren Kindern geholfen werden könne: So sollen in dem Bezirk Chemnitz dezentrale Wohnungen für mißhandelte Frauen entstehen. Ähnlich sieht es in Dresden aus. Jetzt wird offen über die Gewaltproblematik gesprochen, was vorher nicht möglich war. Das ist auf der einen Seite eine Befreiung. Was aber nichts an der Tatsache ändert, daß die jetzt offen zutage tretende Gewalt als schwere Bedrohung empfunden wird: "Wir sind fassungslos, wie das bei uns mit der Öffnung der Grenzen rückwärts gegangen ist. Auch bei uns gab es vorher Gewalt. Aber das war alles harmlos im Vergleich zu jetzt. Wir werden von einer Welle der Gewalt überrollt, wenigstens davor waren wir 40 Jahre bewahrt. Wir sind sehr, sehr ratlos", so die bittere Aussage von Mitarbeiterinnen aus dem Frauenbildungszentrum in Dresden. Eine Vergewaltigung wurde, wie sie sagten, in

der Zeitung als "ungewollte Sexualität" bezeichnet, Adressen von Puffs werden frei veröffentlicht. Ratlosigkeit herrscht auch in bezug auf die möglichen Formen des Widerstandes. So ist eine Strategie, die uns gesagt wurde: "Wir versuchen nicht mehr dagegen etws zu tun, sondern was für uns, zum Beispiel in der Mädchenbildung. Sie müssen lernen, damit umzugehen, weil wir die Gewalt nicht wegdiskutieren können."

Es sei sehr schwierig, gerade in dieser Frage an Mädchen heranzukommen: Wichtig sei, daß Mädchen lernen, auch darüber miteinander zu sprechen. Aber das würde erst langsam wachsen, sei eine Vertrauenssache.

In diesem Zusammenhang gehört auch das Thema der sexistischen Werbung. Reklamen, wie sie neuerdings auf Litfaßsäulen und Plakatwänden (vgl. Abb. 5) anzutreffen sind, treten mehr und mehr im Straßenbild auf, vor denen Frauen ziemlich rat- und machtlos stehen. Das kann doch nicht die Freiheit sein, die Frauen sich erhofft und für die sie mit gekämpft hatten?

IX. Frauen - Verliererinnen?

Sind Frauen also doch die "Verliererinnen?" Als Fazit unserer Reise möchte ich festhalten: Wir Frauen sind uns zuerst mit einigen Berührungsängsten begegnet, weil gegenseitige Be- und Empfindlichkeiten nicht immer voll eingeschätzt werden konnten. Empfindlichkeiten wurden jedoch schnell abgebaut und machten einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Austausch gegenseitiger Erfahrungen und dem Willen Platz, eine noch lange nicht erreichte Gleichberechtigung gemeinsam zu erkämpfen, für die ein langer Atem nötig sein wird. Wenn aber Frauen in den neuen Bundesländern "Verliererinnen" sind - dann sind wir es genauso. Aber nicht nur Frauen können "verlieren", materielles ebenso wie die Illusion, gleichgestellt zu sein, wie eine Frau es auf den Punkt brachte: "Wir dachten schon, wir wären gleichgestellt, mußten aber lernen, daß wir es nicht sind." Auch Männer verlieren etwas sehr Wertvolles: Das ist die Utopie einer Gesellschaft, in der Frauen in dem Sinn gleichgestellt sind, daß sie selbstverständlich gleiche Chancen der Beteiligung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben: Noch mehr "Männer" brauchen wir nicht, wohl aber Frauen, die sich zu dazu entwickeln, ein Bewußtsein ihrer selbst, ihrer Kräfte und Fähigkeiten aufzubauen und von denen Männer profitieren könnten. Nach dem schönen Wort von Hedwig Dohm (1831 bis 1919) "Die Menschenrechte haben kein Geschlecht."

Literatur:

Infas Studie, Hrsg.: Bundesministerium für Frauen und Jugend: Frauen in den neuen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einigung, 11/1991. (Materialien zur Frauenpolitik)
Otto, Louise, zit. in: **Gelger, Ruth Ester / Weigel, Sigrid**: Sind das noch Damen? Vom gelehrten Frauenzimmerjournal zum feministischen Journalismus. München 1981, S. 48.
Riehl, Wilhelm Heinrich, zit. in: **Möhrmann, Renate**: Frauenemanzipation im deutschen Vormärz. Texte und Dokumente. Stuttgart 1978, S. 253.

Literaturempfehlungen:

Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch. Frauenbewegung in der DDR, Frauenoffensive, München 1990.
Glisnde Schwarz/Zenner, Christine (Hg.): Wir wollen mehr als ein "Vaterland". Hamburg, Dezember 1990.
Gerhard, Ute: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg, August 1990.
Gunnar, Winkler (Hg.): Frauenreport '90. Im Auftrag des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer, Verlag: Die Wirtschaft Berlin GmbH, 1990.
Brandt, Helke: Die Menschenrechte haben kein Geschlecht. Die Lebensgeschichte der Hedwig Dohm, Weinheim 1989.

Bildnachweis:

Abbildung 2, aus: Möhrmann, Renate: Die andere Frau, Emanzipationsansätze deutscher Schriftstellerinnen im Vorfeld der Achtundvierziger-Revolution, Stuttgart 1977.



Louise Jochims, Jahrgang 1939, Ausbildung zur Kinderkrankenschwester (Hamburg) und Krankenschwester (Heidelberg). 1970 bis 1975 Abitur auf dem zweiten Bildungsweg. 1976 bis 1981 Studium an der PH-Weingarten: Deutsch, Geschichte, Politik. Abschluß Realschullehrerin. Weiterbildung zur Journalistin. Wohnhaft in Konstanz. Freie Mitarbeiterin bei verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen im Bodenseeraum. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die Berichterstattung zu Frauenfragen in Geschichte und Gegenwart. Mutter dreier erwachsener Töchter.

Albert Franke

Wo kommen wir her? Wo treibt man uns hin?

In den Universitäten der ehemaligen DDR ist die "Abwicklung" in vollem Gange. Hinter dem Begriff "Abwicklung" verbirgt sich ein Vorgang, der Wissenschaftler Ostdeutschlands von der "Begutachtung" westlicher Kollegen abhängig macht. Eine solche Prozedur bietet, so der Autor dieses Artikels, keinerlei Chance der gestaltenden Mitwirkung der Betroffenen. Die erhoffte Entpolitisierung der SED-Hypothesen schlägt um in einen wiederum politisch eingefärbten Karrierismus. Die Konsequenzen: Abneigung gegen Deutschland, Rassismus, politische Radikalisierung. (as)

Das Bildungs- und Kultursystem Ostdeutschlands war streng hierarchisch gegliedert. "Das Ministerium" war die Schaltstelle der Macht. Es koordinierte die Tätigkeit der unterstellten Ebenen und Bereiche. Jede Abstimmung erfolgte durch verbindliche Anweisungen - im Sinne militanter Prinzipien des Befehls. Die Abstimmung war dementsprechend einseitig orientiert.

Auf den Ebenen und in den Bereichen reproduzierte sich diese Form der Koordinierung. Die interpersonalen Verhältnisse waren objektiv durch Überordnung und Unterordnung geprägt. Die Sprache des Alltags hatte dafür den treffenden Begriff des "Radfahrer-Verhaltens" gefunden; nach oben "buckeln" und nach unten "treten".

War auf einer untergeordneten Ebene bzw. in einem untergeordneten Bereich (z.B. einer Hochschule) das Management bewußt an einer hohen Effizienz interessiert und vertrat humanistische Prinzipien, dann bestand eine gewaltige Anstrengung in der Organisation gegenläufiger Prinzipien der Koordinierung. Der Betriebszweck erforderte den Versuch der Gestaltung von Demokratie, um die Inhalte mit den Beschäftigten am besten zu erreichen. So seltsam dieser Hinweis in den Ohren eines demokratisch geschulten Lesers auch klingen mag, der Beispiele gab es viele.

Im direkten Verstoß gegen das hierarchische Grundprinzip der Leitungstätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Volksbildung unter Frau Honecker erfolgte während des Aufbaus der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg,

abgestuft durch die Leitungen der Ebenen und Bereiche, die Führungstätigkeit der Institutionen im Sinne eines komplexen Gebildes mit vielen Beschäftigten und verschiedenen inhaltlichen Funktionen. Mit dieser inhaltlich orientierten Auffassung von Koordinierung hochschulinterner Aktivitäten war a priori die Hochschulleitung durch eine Person nicht möglich. Die Führungstätigkeit an der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg entfaltete sich in der sehr kurzen Zeit ihres Aufbaus, gegen den massiven Widerstand des Ministeriums in Ostberlin und der zahlreich vorhandenen Vertreter der hierarchischen Führungsauffassung anderer Institutionen, als Koordinierung durch Personengruppen mit abgestuften Befugnissen.

Die autoritäre Koordination ist über einen Zeitraum in der minderen Qualität, die mit zur Zerstörung des Systems geführt hat, gelungen, weil im ostdeutschen Bildungs- und Kultursystem eine umfangreiche und alles beherrschende Bürokratie entwickelt wurde. Diese Bürokratie mußte sich eine außerordentlich große Fülle von Informationen beschaffen und auswerten. Der "Apparat" wurde durch das Zentralkomitee mit seinen Büros und Abteilungen geführt und bestand mit dem Zentralkomitee der SED an der Spitze aus Institutionen des Staates und der Parteien auf zentraler, Bezirks- und Kreisebene. Für die autoritäre Koordinierung des ostdeutschen Bildungs- und Kultursystems waren also nicht nur ein Ministerium und die SED verantwortlich. Eine Hochschule war vom Prinzip der autoritär-hierarchischen Koordinierung her allen Ministerien, allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen untergeordnet

und das auf jeder Ebene ihrer Existenz. Dem autoritären Charakter der Koordinierung entsprechend, hatte man sich unterzuordnen.

Zur Koordinierung der inhaltlichen Aufgaben versuchte die Bürokratie, Pläne zu entwerfen. Deren Abstimmung aufeinander war letztlich unmöglich. Gegenpläne wurden zeitweilig provoziert, Pläne meistens am Ende des gegebenen Zeitraums revidiert. Die Einhaltung der Pläne wurde kontrolliert. Das war sachlich möglich durch das Verfügungsrecht über die Institutionen und Personen. Die Durchsetzung der Pläne war aber letztlich dadurch auch nicht möglich. Die Anreizinstrumente gestatteten dem System quantitativ und qualitativ keine Souveränität. Lohn, Prämie, öffentliche Auszeichnungen, berufliche und soziale Aufstiegschancen, leistungsabhängige Sozialleistungen und auch Sanktionen reproduzierten Autorität und begrenzten letztlich immer die Individualität.

Die Hochschulen und alle anderen Institutionen waren in ihren ureigenen Entscheidungsmöglichkeiten absolut begrenzt. Alle grundlegenden Entscheidungen wurden zentral getroffen. Vor Ort konnte nur ausgeführt, interpretiert, kommentiert oder gegen die Autorität verstoßen werden. Die zentral getroffene Entscheidung hatte a priori politischen Charakter. Ob eine zentrale Entscheidung individuelle Ziele berücksichtigte, hing von der Bereitschaft und Fähigkeit der politischen Führung ab, auf den untergeordneten Ebenen und Bereichen individuelle Entfaltungsspielräume zu gestatten. Die Institutionen nutzten ihre Nähe zur politischen Führung, ihren Anteil an der politischen Macht, damit individuelle bzw. institutionenspezifische Zielstellungen bei zentralen Entscheidungen berücksichtigt werden konnten. Schwierig war es für Personen und Institutionen, die sich einer solchen Stellung in der Transformation der politischen Macht verweigerten. Sie konnten letztlich nur mit ihrer fachlichen Souveränität durch organisatorische

Möglichkeiten oder durch die Demonstration eines Mehrheitswillens an der Basis den Versuch unternehmen, Einfluß auf grundlegende Entscheidungen zu gewinnen.

Der autoritäre Charakter der Koordinierung wurde ideologisch getarnt durch den vorgetäuschten Willen bzw. Glauben der Machthabenden des alles beherrschenden Parteien- und Staatsapparates, im Interesse des "Volkes", der "Klassen und Schichten", der "Menschen" bzw. der "friedliebenden Menschheit" zu handeln. Autorität stellte sich als Handeln einer Elite über Unmündige dar. Mit dem Apparat verfügte die Elite über die erforderlichen Informationen. Ihre Ideen wurden als Gemeinwohl ausgegeben und als moralisch wertvoller gegenüber allen sich davon unterscheidenden Ideen bewertet. Die nicht an der Elite Orientierten oder Teilhabenden unterlagen einer ständigen Propaganda und konnten sich nur schwer davor schützen.

Im System des patriarchalischen Sozialismus - ob in der Volksrepublik China, der UdSSR, der DDR oder in Cuba - bestimmte die autoritär-hierarchische Koordinierung Denk- und Verhaltensweisen, die mit der Revolution 1989 nicht "über Nacht" aus der Welt geschaffen werden konnten. Auch der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vermag das nicht sofort. Es bedarf da einiger Zeit, die kompliziert sein wird, weil alte Traditionen des Denkens und Verhaltens bei den "gelernten DDR-Bürgern" nur in der tatsächlichen Praxis von Recht und Demokratie überwunden werden können und alte wie neue (!) Seilschaften sich mit der autoritär-hierarchischen Koordinierung auch heute noch bzw. schon wieder gut auskennen.

Der patriarchalische Sozialismus hatte Vorgehensweisen genutzt, vor denen auch heute noch zu warnen ist, weil sie parat sind und gegen die Interessen der Bürger an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebraucht werden. Als Beispiele seien aufgeführt:

- die Ungeduld der Massen, bestimmter sozialer Gruppen (Jugendliche),
- die jeder Massenbewegung immanenten utopischen und gleichmacherischen Tendenzen,
- das Streben der politischen Führung nach dem schnellstmöglichen Erreichen des Ziels,
- die Gleichschaltung sozialer Gruppen einschließlich ihrer politischen Ziele,
- das Auslassen von Möglichkeiten zur demokratischen Mitsprache,
- die Ignoranz gegenüber Alternativen (Gruppen und Ideen),
- die Vergrößerung des Widerspruchs bzw. der Kluft zwischen Ideal und Wirklich-

keit, zwischen politischen Bekenntnissen und ausbleibenden Erfolgen,

- die Nutzung der Medien zur Verzerrung oder Verfälschung von Tatsachen,
- die Ignoranz der Gesetzlichkeit im Interesse politischer Zweckmäßigkeit (was der Politik ihrer moralischen Grundlage beraubt),
- die Reproduktion der Machtpyramide mit dem Verteilen von Ideen, Anweisungen etc. an die Ausführenden.

Diese Verhaltensweisen erfahren bei der deutschen Vereinigung eine Restauration.

Die Mehrzahl der in Bildung und Kultur der DDR Tätigen arbeiteten, um sich für die Menschen im Lande, besonders für die Jugend, nützlich zu machen. Nur wenige ordneten sich der herrschenden Elite unter und versuchten so, sich zur Elite aufzuschwingen. Die meisten Menschen fügten sich ein. Die übergroße Mehrheit unter den Ostdeutschen hoffte auf einen menschenwürdigen Sozialismus und hatte dabei Vorstellungen von einem Leben in ihrem Teil Deutschlands mit einem gesichert guten Lebensniveau.

Wohl alle in Bildung, Kultur und Wissenschaft wußten um die engen, systembedingten Grenzen, um die absolute Integration der DDR in das sowjetische System und waren enttäuscht von den Lippenbekenntnissen der westdeutschen und europäischen Politik bezüglich eines geeinten Europas oder der Einheit aller Deutschen. Die Niederlage des Prager Frühlings 1968 brachte es deutlicher denn je an den Tag. Erst Helsinki und die polnische "Solidarität" ließen neue Hoffnungen keimen; der Staatsbesuch Honeckers in Westeuropa ließ sie wieder schwinden.

Einigen in den genannten Bereichen blieb nicht verborgen, daß der Realsozialismus des sowjetischen Systems national wie international nicht in der Lage war, durch eine erforderliche hohe Entwicklung der Produktion den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg des Volkes zu gewährleisten. Dem Realsozialismus war nur ein zeitlich bemessenes Auftreten in der Geschichte des XX. Jahrhunderts gestattet. Er hatte nicht nur gravierende Existenzprobleme, sondern auch fehlende Entwicklungspotenzen in der Haltung der Menschen zum System. Diese Haltung entwickelte sich aus anfänglichem systembejahenden Ausnutzen wieder zur Ablehnung des autoritär-hierarchischen Systems.

Die DDR ist zusammengebrochen und diskreditiert. Ist damit auch das Ende für die Zukunftsaussichten der Menschen gekommen oder nur für die in Bildung, Kultur

und Wissenschaft Beschäftigten? Forderungen sind nicht zu überhören: Die West-Hochschulen sollen an die Stelle der Ost-Hochschulen treten. Die West-Professoren sollen an die Ost-Hochschulen übersiedeln, weil sie die Traditionen des wissenschaftlichen Pluralismus fortgesetzt haben. Man sollte die Ost-Hochschulen bereinigen und den Palast der Republik in Berlin abreißen. "Zur historischen Reinigung gehören immer auch symbolische Akte. Wenn wir mit ängstlicher Denkungsart einer würdigen, überzeugenden Sanierung der früheren DDR ausweichen, werden wir erneut bei der Vergangenheitsbewältigung versagen."¹¹

Besatzermentalität. Die neuen Bundesländer als "Beitrittsgebiet". Menschen, Deutsche - solche "1. Klasse" und solche "2. Klasse"! Oder kann man sich vorstellen, daß ein fachlich versierter Ost-Professor an einer West-Hochschule lehren darf? Und so schließt man messerscharf, das nicht sein kann, was nicht sein darf.

"Das Elend im Beitrittsgebiet der Ostdeutschen ist groß, größer aber ist das Elend in den Köpfen der selbsternannten Obergutachter"

Der Herr Innenminister Schäuble sprach es vor den Schriftstellern aus, was im neu vereinigten Deutschland aus seiner Sicht wünschenswert wäre.

- Es wird erwartet, daß der Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland die ostdeutsche Revolution vollendet und nachholt, was zuvor unterblieben ist, was unterblieben mußte.

- Man kann nicht mit den Mitteln des Rechtsstaates versuchen, einen Umsturz nachzuholen, Köpfe rollen zu lassen, Strafen zu verhängen, für die es keine justiziablen Strafbestände gibt.

Nicht zu übersehen war, daß alle unter dem Eindruck lebten, in eine bestimmte Rolle gedrängt worden zu sein. Sie sollten nicht Ideenproduzenten, sondern Kopisten sein, die einmal Gelerntes ein Leben lang wiederholten. Eine verschwindende Minderheit hatte Ideen. Sie wurde früher unterdrückt und wird heute abgewickelt. Ähnlich wie andere Beschäftigte in Industrie

und Landwirtschaft empfanden die wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht, Lohn für Leistung zu empfangen. Sie wurden erzogen, einen Anspruch auf Versorgung zu haben. Nur wenige wollten Leistung und nahmen als Äquivalent ihre moralische Einstellung. Der Wert eines Menschen war ihnen bestimmt durch den Nutzen, den sie ihren Mitmenschen brachten. Die Wenigen, die Leistung wollten und brachten, werden heute bereinigt.

Das Streben, sich im Beruf zu profilieren, hatte in der DDR keine ausgeprägte Tradition. Politische Bekenntnisse wurden vorrangig gefördert. Leider hat diese Tradition ihre Fortsetzung gefunden. Hoch leben die Politikkarrieristen und ihre Vorreiter in den Parteien. Die Abwicklung ist eindeutig orientiert. Egal, ob sich ein Hochschullehrer reformieren kann oder nicht - die künftige Dozentenschaft wird westlich durchmischt sein. Im Osten werden über drei Viertel ihren Job verlieren. Im Westen wird man denen aus dem Osten keine Chance lassen. Solidarität? Ungleichere Wettbewerb! Viele im Osten werden aus den Hochschulen gewiesen! "Und vielen von ihnen wird niemand irgendeine persönliche Schuld zurechnen können und wollen".² Abwicklung bedeutet für jeden Betroffenen: kein Gespräch. Keine echte Begründung, warum überhaupt und warum gerade sie. Das ist von billigster politischer Moral. Nach dem 3. Januar 1991 hätte man individuell kündigen müssen. Jeder Betroffene hätte sich so zur Wehr setzen können mit den Mitteln des Rechtsstaates. Doch die praktizierte Abwicklung pauschalisiert. Die Auswahl der Einrichtungen war oberflächlich. Alle Institute waren ideologisch infiziert, nur manche trugen als äußeres Zeichen einen eigens dafür geschaffenen Begriff. Die mit "Marxismus-Leninismus", "Wissenschaftlicher Kommunismus" bedacht waren, müssen sterben, die in "marxistisch-leninistischer Literaturtheorie" oder "marxistisch-leninistischer Pädagogik" lehrten, dürfen gnädigerweise überleben.

Mit Hilfe der westdeutschen Presse wird die Forderung erhoben, "belastete" Hochschullehrer und Studenten auszugrenzen. Als Gründe werden dafür angeführt, daß z.B. noch im Februar 1990 70% der Leipziger Studenten gegen die Wiedervereinigung stimmten, 80% der Professoren in der SED waren, viele Funktionen hatten. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage: Was wird mit den Funktionären ("Abgeordneten") der Bundestagsparteien oder Länderparlamente? Ministerpräsidenten der neuen Länder, Minister von CDU und FDP, alle schworen noch zu dieser Zeit auf den Sozialismus, auf die Entwicklung der DDR. Wann beginnt die Hatz auf jene

"untadeligen" Demokraten? Hat die SPD die Gunst der Stunde schon genutzt? Ist sich diese Partei sicher, in ihren Reihen keine Altstalinisten zu besitzen? Sind in der CDU die Selbstreiner am Werke? Dem Herrn Bundesminister Prof. Krause hat der SPD-Verkehrspolitiker Kretkowski vorgeworfen, eine "stalinistische Personalpolitik" zu betreiben. Er setze sich "in stalinistischer Weise über Bedenken und Anregungen seiner Mitarbeiter hinweg" und sei als Minister "in unserem Staat untragbar".³ Zuerst werden die kreativen Teile aus Bildung, Kultur und Wissenschaft vernichtet, dann kommen die Politiker dran. Alles, was aus dem Osten kommt, erfährt sein Schicksal. Ob offen oder verdeckt, heute gegen Hochschullehrer und morgen gegen Politiker, die Aktionen werden von Leuten vorgetragen, denen die sozialen Komponenten in den westlichen Ländern ein Dorn im Auge sind. Sie schlagen den östlichen Ländern vor, was sie in ihren eigenen Ländern nicht erreicht haben. Dazu gehören der wahre Sozialstaat, Hilfe für die Armen, Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, gerechte Einkommensverteilung, Verantwortung des Staates für Bildung, Kultur und Wissenschaft, für Arbeitsplätze. Die heutigen Zeichen sprechen eine deutliche Sprache. Die großen Ratgeber und Nutznießer der deutschen Vereinigung akzeptieren Arbeitslosigkeit, Inflation, den Rückgang des Lebensniveaus und neue Gräben in Deutschland. Das Wirken als Therapie in ihrem Sinne. Eine neue Arbeitsmoral würde entstehen. Was allerdings sicher ist, muß hier ebenfalls angemerkt werden. Es entsteht eine neue Abneigung gegen Deutschland, gegen Ausländer und eine neue Quelle für politische Radikalisierung.

Gefördert wird diese Situation vom neuen "deutsch-deutschen" Elend. Millionen Menschen haben den Realsozialismus erlebt; wenige haben ihn bewußt studiert, um ihn zu verändern. Bei der kritischen Wertung dessen sind die Deutschen aus dem Osten in historischen Vorteilen. Die Urteile über den Realsozialismus sind allerdings noch in der Minderheit, weil urteilen heißt, mit Sachkenntnis Entscheidungen treffen. In Mode ist, sich zu den Siegern der Geschichte zu zählen und immer schon alles besser gewußt und dagegen angekämpft zu haben. Es empfiehlt sich, sachlich und kritisch zu urteilen und sich damit wohlthuend von den parasitären Auswüchsen in der gegenwärtigen deutschen Politik zu unterscheiden - wie auch von den alten und zunehmenden neuen Bewunderern der "Vorzüge des real existierenden Sozialismus". Das Elend im Beitrittsgebiet der Ostdeutschen ist groß, größer aber ist das Elend in den Köpfen der selbsternannten Obergutachter. Bei der

Aufarbeitung der Stärken und Schwächen unserer eigenen Geschichte stellt sich für uns Deutsche die Frage: Wann gelingt es den Deutschen, sich von selbst ernannten Göttern zu befreien?

Die makabre Situation wird durch die Ängste verstärkt, unter denen die Menschen im Osten leben. Das betrifft auch Politiker und Mitarbeiter an Hochschulen. Ängste verhindern, daß Tatsachenentscheidungen zur Begründung der Urteile herangezogen werden. Gerüchte werden über Personen verbreitet, die im Wege stehen. Für die neuen Karrieristen. Im Kampf um die simple berufliche Existenz stehen viele im Wege. Deshalb sind und werden in Ostdeutschland viele Gerüchte verbreitet, weil Gerüchte Sachverhalte betreffen, derer die Menschen sich Sorgen machen. Die Gerüchte über die Hochschullehrer aus der ehemaligen DDR sind für viele Zeitgenossen angenehm, da sie Spekulationen darstellen, mit denen man sich in der chaotischen Realität zurechtzufinden sucht. Sie sollen helfen, einer bedrohlichen Situation etwas Sinn zu geben. Das betrifft auch solche Verbreiter von Gerüchten, die von einer angeblichen Nachricht am stärksten in Unruhe versetzt werden. Gerade jene stark Betroffenen versuchen mit einer Strategie "Angriff ist die beste Verteidigung" die Verbreitung von Gerüchten gegen andere "erfolgreich" anzugehen. Je mehr Angst - ob schon vorhanden oder erst ausgelöst -, desto stärker sind die Verbreitungschancen in Medien und Politik. Es soll nicht nur das verschwinden, was ideologisch negativ durchsetzbar war, ökonomisch gescheitert ist bzw. politisch demoralisierend gewirkt hat. Die Revolution hat den Stalinismus überwunden und in ihrer nachrevolutionären Phase den Neostalinismus gezeugt. Jener ist auf dem Vormarsch. Bewährtes, Gewünschtes, Diskutables werden verwünscht, wenn die Betroffenen z.B. Mitglieder der SED waren.

Aus der "Sowjetzone" wurde die DDR, später wurden es fünf neue Länder. Der Volksmund nennt die BBZ, die bundesdeutsch besetzte Zone. Kein Lebensbereich in Stadt und Land, in den Betrieben und an den Hochschulen, der sich nicht bevormundet fühlt, an die Wand gedrückt ist. Gerade an den Hochschulen wird spürbar, daß die alten Bundesländer Deutschland waren und jenseits der Elbe nur die DDR zeitweilig existierte. Die Vereinigung der Hochschullandschaften ist weniger, als der Artikel 23 des Grundgesetzes erahnen läßt. Das "Beitrittsgebiet" wird bereinigt.

Ulbricht und Honecker waren abscheuliche Menschen. Jene, die im Lande blieben, konnten sie besser sein? Haben sie es besser verdient? Ausgenommen sind die

"Neu-Revolutionäre". Die Abwicklung an den ostdeutschen Hochschulen ist ein makabres politisches Geschäft. Es fehlt in Deutschland ein Nationalgefühl. Die Politiker vor Ort haben nur die Macht im Auge, ihre Abgesandten sehen, ob ein Geschäft zu machen ist. Die Regierung wickelt ab, die Opposition will wie immer viel mehr. Der Regierung geht alles zu langsam vonstatten und zu wenig automatisch. Der Opposition kostet die Vereinigung zu viel Geld. Alle wollen die Freiheit zum Null-Tarif, alle reden von Solidarität, keiner sieht einen Grund, sie auch einzufordern. Die Westdeutschen waren und sind die Freien und Reichen, die Ostdeutschen sind wieder zweite Klasse. An den Hochschulen wirken Kommissionen, um diesen Zustand landesweit zu verbreiten. Abwicklung, Evaluierung sind die Kategorien der erneuerten Zweitklassigkeit.

Quellen:

- (1) Arnulf Baring. In: "Die Zeit" vom 11.05.1991, S. 27
 (2) "Die Zeit" vom 01.02.1991, S. 9
 (3) "FAZ" vom 31.05.1991, S. 4



Prof. Dr. Albert Franke wurde am 15. Februar 1945 in Aken/Eibe geboren. Schulzeit von 1951 bis 1963 (Abitur an der Erweiterten Oberschule in Köthen). Lehrerstudium am Pädagogischen Institut in Köthen/Anhalt. Lehrer für Biologie und Chemie. Versuch einer individuellen Reaktion auf die Breschnew-Doktrin seit dem Prager Frühling 1968. Studium der Philosophie 1969 bis 1974 an der Universität Halle. Interesse für Soziologie. Forschung zu Lebensweise und Sozialstruktur im Realsozialismus mit Studium marktwirtschaftlicher Theorien. Dissertation A und B (1978, 1982) zu soziologischen Themen; angewiesene Zuordnung zum Bereich "Wissenschaftlicher Kommunismus". Hochschullehrer seit 1983, Ordentlicher Professor seit 1986. Aufbau einer Lehrerbildungseinrichtung in Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern von 1987 bis 1989. Gründungsrektor (03. Oktober 1989) mit ersten Schritten zur Demokratisierung der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg. Übergabe des Amtes zum 01. September 1990. Durch den letzten Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR als Hochschullehrer nicht abberufen. Mit dem Einigungsvertrag "abgewickelt" Angebote für freiberufliche Tätigkeit in der Privatwirtschaft. Bewerbung um eine ABM. Die Bewerbungen in alten Bundesländern chancenlos ("Östliche Geburt" mit Spätfolgen). Seit 25 Jahren verheiratet. Eine Tochter. Mutter und Tochter - Lehrerinnen für die Klassen 1 bis 4.

Nicht geeignete Personen für Öffentlichen Dienst

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Drucksache 1/395 (1/139) "Ausschluss der Verantwortungsträger des vergangenen SED-Regimes vom Öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen als nicht geeignete Personen" (...), hat folgenden Wortlaut: "Der Landtag wolle beschließen:

1. Insbesondere die nachstehend genannten exponierten Funktionsträger des ehemaligen SED-Regimes, die vor dem 18.10.1989 solche Funktionen ausübten, können in der Regel im Öffentlichen Dienst nicht beschäftigt werden; jeder Fall muß dabei im einzelnen geprüft werden:

Ehemalige

- Politbüromitglieder
- ZK-Mitglieder (auch Kandidaten und leitende Mitarbeiter)
- Minister und Stellvertreter Staatssekretäre
- Hauptabteilungsleiter in den Ministerien
- Abgeordnete der Volkskammer vor dem 18.3.1990
- Mitglieder des Staatsrates
- Mitglieder der SED-Bezirksleitungen
- hauptamtliche Mitarbeiter von SED-Kreis- und Bezirksleitungen
- Mitglieder der Sekretariate der gleichen Leitungsebene
- Vorsitzende der Räte der Bezirke und Kreise und deren 1. Stellvertreter
- Mitarbeiter und Leiter der Abteilungen Inneres
- Direktoren für Kader und Bildung sowie Kaderleiter
- Kommandeure der Kampfgruppen und Politstellvertreter
- Leiter der Abteilungen Sicherheit
- Bezirksschulräte und deren 1. Stellvertreter
- Kreisschulräte und deren 1. Stellvertreter sowie Schulinspektoren
- Rektoren und Prorektoren von staatlichen Hochschulen
- Dozenten für Marxismus/Leninismus
- hauptamtliche Mitarbeiter in den Stäben der Zivilverteidigung
- für MfS/AFNS der DDR Tätige
- Leiter der Abteilungen Internationale Beziehungen
- Oberbürgermeister und ihre 1. Stellvertreter
- hauptamtliche Parteifunktionäre im Staats- und Wirtschaftsapparat
- Leiter von militärischen Abteilungen
- hauptamtliche Vorsitzende und Sekretäre von Massenorganisationen
- hauptamtliche Mitglieder des Zentralrates der FDJ
- hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre
- Kombinatdirektoren und deren Stellvertreter
- Direktoren und deren Stellvertreter von zentral geleiteten Betrieben
- Politoffiziere
- leitende Mitarbeiter im Justizapparat und Strafvollzug
- leitende Mitarbeiter in Außenhandelsbetrieben
- leitende Mitarbeiter der Abteilung Kommerzielle Kooperation
- Botschaftspersonal und Personal anderer diplomatischer Vertretungen und Handelsvertretungen
- Richter und Staatsanwälte, die in die Überprüfung nicht einbezogen oder diese nicht bestanden haben
- Mitarbeiter aller Ebenen der KI und KII
- Mitglieder und Beauftragte der B-Struktur (Kader) des MfS
- hauptamtliche Mitarbeiter der ABI
- Armee- und Polizeioffiziere, die in die Überprüfung nicht einbezogen oder diese nicht bestanden haben

2. Darüber hinaus ist bei der nachstehenden Personengruppe jeweils besonders gründlich zu klären, ob sie sich durch ihr dienstliches oder berufliches Verhalten für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst disqualifiziert haben:

- Bezirksärzte
- Kreisärzte
- hauptamtliche Sportfunktionäre
- Zollbedienstete
- Mitarbeiter der Grenzkontrolle
- Leiter von VS-Stellen
- Funktionäre der Zivilverteidigung, Fachschuldirektoren, Direktoren der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften
- hauptamtliche Funktionäre der Nationalen Front

Über diesen Antrag wird (...) im Landtag abgestimmt. Wie Dr. Dieter Reinfried dazu erklärte, handelt es sich bei der Aufstellung um keine "schwarze Liste", die Regelung hätte auch keine Gesetzeskraft, sondern sie als "Orientierung" für diejenigen gedacht, die auf verschiedenen Ebenen des öffentlichen Dienstes für Personaleinstellungen verantwortlich sind. Gegen gültige Arbeitsverträge könne daher nicht vorgegangen werden.

Leipziger Volkszeitung vom 24.06.1991

".. Berufswechsel ist nahezulegen"

Es ist hinlänglich bekannt, daß nun das große Wehgeschrei unter den ostdeutschen Professoren und wissenschaftlichen Universitätsangehörigen angehoben hat. Seine anhaltende Monotonie geht inzwischen sogar den Klagenden selbst auf die Nerven (was sie allerdings längst nicht verstummen läßt). Emotional scheint dieses Jammern erklärlich zu sein. Da sind vornehmlich die menschlich sehr gut nachvollziehbaren Ängste vor dem Verlust an Sicherheit angesichts drohender Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt eine unterschwellige Abneigung gegen die Aufgabe altgewohnter Privilegien und Gewohnheiten. Auffällig ist auch eine unangemessen überhöhte Anspruchshaltung bezüglich des als zu langsam empfundenen Fortschritts bei der Erhöhung des Lebensstandards. Mancher "Wessi" streckte da schon einmal, angesichts dieser Situation, mit besten Absichten die helfende Hand von West nach Ost. Neu zu sein scheint, daß diese Hand zunehmend verschmäht wird. Angenommen, die Zurückweisung wäre gerechtfertigt, läßt dies dann nicht auf westliche Arroganz oder gar Besatzergehabe gegenüber dem Osten schließen?

Fast möchte man sich dieser Ansicht anschließen, wenn man Aussagen wie die folgende liest: "Wer heute soziales Verhalten zugunsten der derzeitigen Kollegen in der ehemaligen DDR fordert und damit ihr Verbleiben im Amt meint, muß sich darüber im klaren sein, daß man sich damit unsozial gegenüber den zukünftigen Studentengenerationen verhält, ja die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände auf Generationen festschreibt". Zu diesem Teil-Résumé kommen zwei westdeutsche Professoren nach einer Gastprofessur vom September bis Dezember 1990 an der Universität Jena. Die beiden Giessener Volkswirtschaftler, Helga Luckenbach und Hans-Georg Petersen berichten in einem Artikel der Februar-Ausgabe der "Mitteilungen des Hochschulverbandes" über ihr einsemestriges Lehr-Engagement. Zunächst war ihre Vorlesung "Einführung in die Volkswirtschaftslehre" von Studienanfängern (180) und höhersemestrigen Studenten (60) sowie einer stattlichen Anzahl von Professoren und Assistenten besucht. Dies änderte sich sehr stark ab der dritten Vorlesungswoche, die Kollegen blieben weg. Nicht etwa weil das Niveau der Anfängerveranstaltung zu niedrig angesetzt worden wäre, so vermuten die Autoren, sondern geradezu das Gegenteil traf zu. Ein ostdeutscher Kollege: "Wir hatten schon mit gewissen Niveauunterschieden gerechnet, aber daß diese so enorm sind, das haben wir uns nicht vorstellen können". Während insbesondere die Studienanfänger ausharrten, an der Schlußklausur nahmen immerhin 168 Studenten teil (71,5% bestanden die Leistungsanforderung), schlug die anfängliche Euphorie der wissenschaftlichen Gehaltsempfänger/Ost in Reserviertheit um. Dies mochte verschiedene Gründe haben. "Vor allem die Art des freien Vortrags der Lehrenden und das methodische und didaktische Vorgehen löste Erstaunen aus, was angesichts des bisher üblichen Rezitierens und überaus vorsichtigen Interpretierens von Partei-

tagsbeschlüssen und Honecker-Reden sowie der Verwendung eines einzigen Lehrbuchs der Sozialistischen Volkswirtschaftslehre nicht verwundern kann." Manchen Hörern bereitete es "erhebliche Schwierigkeiten, theoretischen Ableitungen zu folgen, sobald dabei elementare graphische oder mathematische Verfahren verwendet wurden." Hinzu kam eine "Furcht vor einem Gesichtverlust gegenüber den Studenten. Statt dessen führen mehrere Assistenten wöchentlich zu Veranstaltungen an der Universität Bayreuth, um sich eben da inhaltlich gleiche Lehrveranstaltungen anzuhören!"

Eine "menschlich oft ans Herz gehende Hilflosigkeit", totaler Selbstvertrauensverlust, Abschottungs- und Rückzugsstrategien waren die Folge. Ebenso wurde in Einzelfällen versucht, durch Umbenennung der Fächer eine Veränderung der Lehrinhalte vorzutauschen, die Bezeichnung "Etikettenschwindel" trifft hier genau zu. Andere zeigten "offene Ablehnung und nicht die geringste Bereitschaft, neue Lehrinhalte zu übernehmen". Informiert über die Ansprüche, denen sich die Ost-Assistenten bezüglich einer Habilitation gegenübergestellt sahen, "wanderten die flexibelsten und aktivsten in die neue Privatwirtschaft ab".

Es bleibt nicht aus, daß angesichts eines solchen Verhaltens die Studenten aufmucken. Umsomehr als die Lehrenden/Ost "Angst haben, sich mit ihrem derzeitigen Wissen den Studenten zu stellen. An Universitäten, die keine Unterstützung aus Westdeutschland erhalten, ist es schon zu harten Auseinandersetzungen zwischen Lehrpersonal und Studenten gekommen, da diese Angst durch überkommenes autoritäres Gehabe einiger Professoren zu kaschieren versucht wird. Überhaupt wirken die meisten Kollegen im Umgang mit den Studenten stark gehemmt; sie scheuen vor klaren Festlegungen zurück und woll-

ten uns am liebsten auch noch die gesamte Prüfungstätigkeit übertragen, wohl in erster Linie deshalb, um den studentischen Druck bei hohen Durchfallzahlen auf uns ableiten zu können".

Es ist leicht zu überschauen, so läßt sich einwerfen, daß diese Situationsanalyse vermutlich nicht nur das Fach Volkswirtschaftslehre betrifft. In besonderem Maße sind auch diejenigen universitären Disziplinen betroffen, die SED-staatlicherseits mit der ideologischen Schulung des sozialistischen Menschen betraut waren. Dies sind ausnahmslos all jene Fächer, die sich unter dem Dach der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften versammeln: Pädagogik, Philosophie, Politologie, Geschichtswissenschaft, Soziologie u.s.w.

Zurück zum Erfahrungsbericht der Jenerer Gastprofessoren. Angesichts solch niederschmetternder Erfahrungen, vermag es kaum noch zu verwundern, daß die beiden Volkswirtschaftler zu dem Schluß gelangen, daß es "nur einer verschwindenden Minderheit der ostdeutschen Professoren gelingen wird, die mehrheitlich geäußerte Absicht zu realisieren, die neuen Lehrinhalte aufzunehmen. Diese benötigen dazu mindestens eine Vorlaufzeit von zwei bis drei Jahren". Deshalb ist allen ostdeutschen Kollegen "der Wechsel in einen anderen Beruf nahezulegen oder eine großzügige Vorruhestandsregelung anzubieten." Den Studenten wird im persönlichen Gespräch der Ratschlag erteilt, ein Studium an einer westdeutschen Universität aufzunehmen, da auf kurze Sicht die "akademische Ausbildung in Ostdeutschland mit dem derzeitigen Lehrpersonal (...) nicht möglich" ist. Hochschulpolitisch wird es mittelfristig angeraten sein, das wissenschaftliche Innenleben ostdeutscher Hochschulen unter der Leitung von westdeutschen "Gründungsbeauftragten" und enger Kooperation mit dem Wissenschaftsministerium neu zu errichten.

Man mag sich gegenüber diesen Vorschlägen reserviert verhalten, den Zukunftsaussichten der Autoren wird man sich nicht so leicht verschließen können: "Allein die zunehmenden Informationen und die daraus folgende Mobilität der Studenten würden 'Geisterfakultäten' in Ostdeutschland schaffen, während die westlichen Fakultäten unter den Studentenlasten drohten zusammenzubrechen." (as)

Luckenbach, Helga / Petersen, Hans-Georg: Als Gastprofessoren an der Universität Jena. Ein Erfahrungsbericht. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes, 39(1991)1, S.7-10.

"Entlassung ist vordringlich.."

An den Hochschulen Dresdens kursierte vor kurzem folgendes "Flugblatt", das wir in vollem Wortlaut wiedergeben wollen. Der Absender soll angeblich das "Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst" sein. Der Initiator des Umlaufes ist nicht ermittelbar. Es kann sich dabei sowohl um Betroffene aus der "konservativen Ecke" handeln, die eine Stimmungsmache in eigener Sache beabsichtigen, als auch um Leute mit aufklärerischem Impuls. Da der Inhalt des Schreibens bereits durch zahlreiche Veröffentlichungen bestätigt wurde, drucken wir das Schriftstück als (bereits) historischen Beleg einer hochschulöffentlichen Diskussionsgrundlage des Sommers 1991 ab.

Richtlinien zur Prüfung der persönlichen Integrität von Angehörigen der Universitäten und Hochschulen

Einzelfallentscheidungen

0. Grundlagen

a) Erklärung der Menschenrechte (vom 10.12.1948, Anlage 1')

b) Auszüge aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten (8.11.90)

"In den Universitäten und Schulen werden wir mit Hilfe geeigneter Maßnahmen dafür Sorge tragen, daß nur solche Hochschul-lehrer und Lehrer unsere Jugend unterrichten, die in der Lage sind, ihnen das Wissen zu vermitteln, das sie brauchen, um sich zu freiheitlichen und verantwortungsfähigen Bürgern zu entwickeln und mit ihrem Wissen in ganz Europa konkurrenzfähig zu sein. Hochschullehrer, die in der überwundenen Zeit hauptamtliche Parteifunktionäre waren oder vergleichbare Funktionen ausgeübt haben, sind in der modernen freiheitlichen Universität fehl am Platze".

"Eine wirklich einmalige Herausforderung schließlich bedeutet für uns die Überwindung der politischen Alllast, die uns das SED-Regime überlassen hat. Wenn es für die Menschen im Land eine Frage besonderer Dringlichkeit gibt, dann die nach der Ablösung der alten Seilschaften, der ehemaligen hauptamtlichen Funktionäre der SED, der Mitglieder der Nomenklatura und damit des alten Herrschaftssystems aus Funktionen der Verantwortung und des Einflusses in unserem Land".

1. Abberufungen oder Entlassungen von wissenschaftlichen Personal

a) Bei den nachfolgenden Personengrup-

pen besteht hinreichender Verdacht, daß die in §70a (Hochschulernerneuerungsgesetz) genannten Tatbestände (Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit, Tätigkeit für MfS/AfNS) vorliegen:

- frühere Mitgliedschaft (auch Kandidat) im ZK der SED (auch zeitweise),
- frühere Mitgliedschaft in SED-Bezirksleitung (auch zeitweise),
- frühere Mitgliedschaft in der SED-Fraktion (oder als SED-Mitglied in anderen Fraktionen z.B. FDJ, Kulturbund, FDGB) der Volkskammer der DDR (vor 17.03.90),
- frühere hauptamtliche Tätigkeit in SED-Bezirks- und Kreisleitungen,
- frühere hauptamtliche Tätigkeit als Instituts-, Sektions-, Fakultäts- oder HochschulparteiSekretär (auch, falls "Planstelle" bei der Universität oder Hochschule geführt wurde),
- frühere hauptamtliche Tätigkeit als FDF-Sekretär (einschließlich Stellvertreter) an Universitäten oder Hochschulen.

Daher wird der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst in diesen Fällen bei den Personalkommissionen ein Verfahren beantragen, um festzustellen, ob eine Abberufung bzw. Entlassung zu empfehlen ist oder ob eine weitere Zugehörigkeit zum wissenschaftlichen Personal gerechtfertigt werden kann.

b) Von den Fachkommissionen ist in jedem Falle festzustellen, ob eine Berufung auf Grund von Tätigkeit in der Lehre und Forschung erfolgte. Ist dies nicht der Fall - so vor allem, weil zum Zeitpunkt der Berufung mehrjährige Staats-, Partei- oder Organisationsfunktionen wahrgenommen wurden - so ist in der Regel die Abberufung zu empfehlen (z.B. Kaderdirektor, Direktor für Internationale Beziehungen, Sekretär der SED-Hochschulleitung, Vorsitzender der Hochschulgewerkschaftsleitung).

c) Die Empfehlung zur sofortigen Abberufung oder Entlassung ist vordringlich dann gerechtfertigt, falls Personen, auf die

folgenden Tatbestände zutreffen, zum Zeitpunkt des Tätigwerdens der Personal- oder Fachkommission noch Angehörige der Hochschule sein sollten:

- Tätigkeit für das MfS/AfNS
- zwölf- oder mehrjähriger Dienst in der NVA als Offizier, Fähnrich, Feldwebel, Unteroffizier oder Dipl.-Militärwissenschaftler, -historiker u.ä. ohne anderweitige weitere wissenschaftliche oder fachliche Qualifikation,
- langjährige hauptamtliche Tätigkeit im Staatsapparat, im Apparat der SED, FDJ, FDGB, Nationale Front ohne anderweitige einsatzspezifische Qualifikation für Hochschule und Universitäten.

2. Entlassung von Mitarbeitern in Leistungsstrukturen und Studentenwerken

a) Die unter 1. genannten Grundsätze sind auf Mitarbeiter in Leistungsstrukturen (einschließlich Studentenwerke) bez. möglicher Entlassung sinngemäß anzuwenden.

b) Unmittelbare Entlassungen sind in der Regel vorzuschlagen für Mitarbeiter, die - nach zwölf- und mehrjährigem Dienst in der NVA als Offizier, Fähnrich, Feldwebel, Unteroffizier oder Dipl.-Militärwissenschaftler, -historiker o.ä. ohne anderweitige weitere wissenschaftliche oder fachliche Qualifikation, - nach langjähriger hauptamtlicher Tätigkeit im Staatsapparat, im Apparat von SED, FDJ, FDGB, Nationale Front ohne anderweitige einsatzspezifische Qualifikation an Hochschulen und Universitäten eingestellt wurden.

3. Sachverhalte, die bei der Bewertung der persönlichen Integrität zu berücksichtigen sind

Auf der Grundlage der im Fragebogen unter 2. ermittelten Sachverhalte, die den Personalkommissionen der Universitäten und Hochschulen vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zur Verfügung gestellt werden, ist das tatsächliche Verhalten anhand nachfolgender früherer Tätigkeiten und Mitgliedschaften zur Grundlage der Kommissionsbeschlüsse bei Einzelfallentscheidungen zu machen.

Dabei sind in besonderer Weise öffentliche oder in amtlicher Eigenschaft abgegebene Erklärungen zu berücksichtigen, die Menschen- und Bürgerrechte einzelner oder

ganzer Personengruppen aufgrund ihrer politischen Haltung, weltanschaulichen Überzeugung oder sozialen Herkunft verweigerten oder zu beeinträchtigen geeignet waren.

a) Mitgliedschaft in der SED und Mitarbeit in SED-Leitungen sowie in "Gesellschaftlichen Organisationen" (bei "Beauftragungen" durch SED)

a1) Mitgliedschaft in der SED: Zeitraum, Parteifunktionen (Parteigruppenorganisator, Parteisekretär (Stufe), Mitglied in Leitungen), Parteilehrgänge, Parteschulen (Stufe).

a2) Mitarbeit auf Leitungsebenen, die durch die SED bestimmt wurden (Bezirkstag, FDJ, FDGB, Nationale Front, DSF, DFD, Kulturbund, u.ä.).

b) Verhalten gegenüber Studenten

b1) Leitende Mitwirkung bei der Erzielung eines "verordneten Wahlverhaltens" bei Wahlen (offene, kollektive und terminierte Stimmabgabe),

b2) Mitwirkung bei der Erzielung von ROA-Bereitschaften,



Universitäten und Hochschulen in der DDR

b3) Mitwirkung bei Entscheidungen, die Bausoldaten vom Studium ausschlossen,

b4) Mitwirkung bei Entscheidungen gegen Studenten, die Schußwaffen-Ausbildung verweigerten,

b5) Mitwirkung bei Entscheidungen, die zur Benachteiligung religiös gebundener Studenten (Mitglieder von Studentengemeinschaften) führten (Zulassungen, Immatrikulation, Leistungsstipendium, Stellenvergabe, Zulassung zum Forschungsstudium).

b6) Mitwirkung bei disziplinarischen Maßnahmen gegen Studenten, die einen politischen Hintergrund hatten (wegen mündlicher oder schriftlicher "mißliebiger" Äußerungen, Einfuhr von Schriftgut aus der ehemaligen BRD, nichtautorisierte Wandzeitungen (z.B. "Sputnik"), Nicht-

-Teilnahme an Demonstrationen, Verweigerungen in Zivilverteidigungs- und Militärlagern, Nichteinhaltung von Verboten zur freien Meinungsäußerung (z.B. "Schwerter zu Pflugscharen").

c) Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kollegen

c1) Aktive Mitwirkung bei der Herbeiführung von Verpflichtung zum "Abbruch persönlicher Kontakte" (im privaten Bereich).



c2) Aktive Mitwirkung bei der Ablehnung von Reisen zu wissenschaftlichen Zwecken oder von Reisen "in dringenden Familienangelegenheiten" sowie bei der Ablehnung von wissenschaftlichen Publikationen im Ausland und dem Verbot, ausländischen wissenschaftlichen Vereinigungen beizutreten oder persönliche Daten an Personalverzeichnisse (z.B. Who-is-who) weiterzugeben.

c3) Mitwirkung bei diskriminierenden Entscheidungen gegenüber Mitarbeitern, die "Ausreiseanträge" stellten.

c4) Mitwirkung bei der Militarisierung der Universitäten und Hochschulen (Leitung von "Reservistenkollektiven", Organisation von Schießübungen - auch für Frauen, Aufbau und Mitgliedschaft von Kampfgruppen (im Extremfall auch Einbeziehung von Frauen)).

c5) Mitwirkung bei "kaderpolitischen Entscheidungen", die

- Vorentscheidung der entsprechenden SED-Gremien bzw. SED-Beschlüssen beruhten,
- "Nichtgenossen" von Berufungen, Anstellungen oder Promotionen ausschlossen oder wesentlich benachteiligten,
- Mitarbeiter benachteiligten, deren Kinder nicht an der Jugendweihe teilnahmen, konfirmiert wurden oder überhaupt christlich erzogen wurden.

c6) Mitwirkung bei der Berichterstattung, Analyse und Festlegung von Konsequenzen bez. der Nichtteilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen u.a.

c7) Persönliche Verwirklichung der sog. "Berichtspflicht" von Mitgliedern der SED (politische Analysen in Struktureinheiten und über das Denken und Handeln zu beobachtender Kollegen (Umfang, Personenkreis, Inhalt, Häufigkeit)).

4. Besetzung akademischer Leitungämter

In den folgenden Fällen wird eine Bestätigung der Wahl in ein akademisches Leitungsamt (einschließlich Leiter/Dekane von Fachbereichen) durch das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst in der Regel nicht erteilt, falls vor dem 9.10.1989 eine der folgenden Funktionen wahrgenommen wurde:

1. Rektor (bzw. Direktor) einer Universität/Hochschule
2. Prorektor (bzw. stellv. Direktor) einer Universität/Hochschule
3. Dekan (auch Prodekan)
4. Sektionsdirektor/Institutsdirektor
5. stellv. Sektionsdirektor EAW.

5. Abschließende Bemerkungen

1. Im Fall, daß den Personalkommissionen besonders schwerwiegende Verletzungen von Menschenrechten durch Hochschul-lehrer bekannt werden, sollte geprüft werden, ob eine Aberkennung des Titels (Professor, Dozent) zu beantragen ist.

2. Alle hier genannten Maßnahmen berühren in keiner Weise die Festlegungen, die bez. früherer Mitarbeiter beim MfS/AfNS durch die Sächsische Staatsregierung getroffen wurden.

Anmerkungen:

¹ Der Punkt a) wurde hier der Vollständigkeit halber ausgeführt, obwohl die angegebene "Anlage 1" dem Flugblatt nicht beigelegt war.

Frank Ahlers

DDR-Schulen im Umbruch

Ein Rückblick in Fakten und Zahlen

Das Bildungssystem im Osten Deutschlands hat einen rasanten Umgestaltungsprozeß hinter sich gebracht. Übersichtsartig und im Schnelldurchgang sollen im folgenden die Veränderungen im allgemeinerbildenden, öffentlichen Bildungssystem der ehemaligen DDR markiert werden. Im ersten Teil wird kurz an die Periode der Schulpolitik der DDR erinnert. Der zweite Teil befaßt sich mit den institutionellen Umwälzungen ab dem Zeitpunkt der "friedlichen Revolution".

I. Schule und Bildung nach dem Kriegsende

Die bildungspolitische Entwicklung in der vierzigjährigen Geschichte der DDR gipfelte im "einheitlichen sozialistischen Bildungssystem". Dieses stellte die Erbmasse dar, welche die DDR in den Vereinigungsprozeß mit einbrachte.

Die Entwicklung des Bildungssystems läßt sich, in Anlehnung an Oskar Anweiler (1990), durch sechs Phasen charakterisieren:

- 1. Phase, von 1945 bis 1948
- 2. Phase, nach 1948
- 3. Phase, nach 1959
- 4. Phase, nach 1963
- 5. Phase, nach 1970
- 6. Phase, nach 1980

1. Phase

Die parteioffiziell als *antifaschistisch-demokratische* Reform bezeichnete Periode von 1945-1948 in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone).

2. Phase

Die Phase der ideologischen Durchdringung der Schulen und Hochschulen, die nach 1948 im Zuge der stalinistischen Herrschaftspraxis erfolgte; im Westen häufig als "Sowjetisierung" bezeichnet.

3. Phase

Eine besonders das Schulwesen betreffende Reformpolitik der *Polytechnisierung*

seit 1959, mit Auswirkungen auch auf andere Bereiche.

4. Phase

Die Periode einer Systemfindung, d.h. der organisatorischen Gestaltung des *einheitlichen sozialistischen Bildungssystems* zwischen 1963 und 1970.

5. Phase

Die auf dieser Grundlage in den siebziger Jahren auf *Stabilität und Kontinuität* ausgerichtete Bildungspolitik.

6. Phase

Die mit Beginn der achtziger Jahre einsetzende *Dynamisierung* der Bildungspolitik mit Innovationen in verschiedenen Bereichen.

Zu bemerken ist an dieser Stelle, daß diese Entwicklungsetappen, oder auch Periodisierungen, jeweils direkten Bezug zu Beschlüssen/Parteitaggen der SED hatten.

Das *einheitliche sozialistische Bildungssystem* der DDR war ein zentralistisch gelenktes System, welches keine freien Schulträger zuließ. Die Orientierung der Pädagogik erfolgte an der Pädagogik der Sowjetunion. Durch seine Ausrichtung als einheitliches, sozialistisches Konzept fand nur eine geringe Differenzierung statt. Ausnahmen bildeten hier die Maßnahmen zur Begabtenförderung (Spezialschulen, Spezialklassen u.ä.) sowie die Rolle der Sonderschulen und deren interne Stufung. Im Gegensatz zur BRD mit seiner vertikalen

Struktur stellte das DDR-System eine horizontale Stufung dar.

Zentrale Einrichtung in diesem System war seit 1965 die *Polytechnische Oberschule* (POS) mit den angeschlossenen *Erweiterten Oberschulen* (EOS). Kennzeichnend für die Lehr- und Lerninhalte waren das polytechnische Prinzip und die Ideologisierung des Unterrichts in nahezu allen Fächern, hauptsächlich in Staatsbürgerkunde, Geschichte, Deutsch und natürlich in der Wehrerziehung (eingeführt 1978). Bezeichnend war der hohe Anteil des obligatorischen Unterrichts gegenüber dem fakultativen Wahl- oder Wahlpflichtunterricht (vgl. Abbildung 1).

Bisherige wöchentliche Studententafel für die POS

Fach/Gebiet	1. Halbj.		2. Halbj.		3. Halbj.		4. Halbj.		5. Halbj.		6. Halbj.	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Deutsche Sprache und Literatur	11	10	12	14	14	7	8	5	5	4	3	3
Russisch						8	5	3	3	3	3	3
Mathematik	5	5	5	5	5	5	5	5	4	4	4	4
Physik							3	2	2	2	2	2
Astronomie												1
Chemie								2	2	2	2	2
Biologie						2	2	1	2	2	2	2
Geographie								2	2	2	1	2
Werktätigkeit	1	1	1	1	2	2	2					
Schulgartenunterricht		1	1	1	1							
Polytechn. Unterricht								4	4	5	5	
davon:												
Einführung in die sozial. Produktion									(1)	(1)	(2)	(2)
Technisches Zeichnen									(1)	(1)		
Produktive Arbeit									(2)	(2)	(2)	(2)
Geschichte						1	2	2	2	2	2	2
Staatsbürgerkunde									1	1	1	2
Zeichnen	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1
Musik	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Sport	2	2	2	2	3	3	3	2	2	2	2	2
Wochenstunden	21	21	24	27	29	31	33	32	32	32	32	32
Schulischer Unterricht												
Nacharbeit							1	1				
3. Fremdsprache									3	3	3	2
fakultative Kurse											2	2
Wochenstunden	21	21	24	27	30	32	33	35	35	37	36	

Abbildung 1

Weitere bedeutsame Merkmale des DDR-Bildungssystems waren die, auf den ersten Blick im Widerspruch zum Prinzip der Einheitlichkeit stehende, Extensivierung der *Begabtenförderung* ("Olympiade jun-

ger Mathematiker", "Messen der Meister von morgen", "Spartakiaden", Spezialschulen/klassen, oder die Institution der "Pionier-Urania"), der *Schutz von Minderheiten*, manifestiert an den sorbischen Schulen, sowie der starke *Einfluß von SED* und Jugendorganisationen im Schulalltag.

Eine abschließende Übersicht über das Bildungssystem der DDR soll die Abbildung 2 vermitteln. Diese Darstellung schließt aus Vollständigkeitsgründen die Strukturen der Berufs- und Hochschulbildung mit ein.

II. Schule und Bildung nach der 'friedlichen Revolution'?

Das bisher Erläuterte beschreibt die Strukturen des DDR-Bildungswesens bis zum Herbst 1989. In der Folge sollen die Veränderungen dargestellt werden, die sich im

Rahmen der friedlichen Revolution in der DDR bis zur Vereinigung beider Staaten und darüber hinaus ergeben haben. Um die Entwicklungsschritte zu unterstreichen ist auch hier eine Differenzierung in Phasen nötig, welche sich folgendermaßen definieren lassen:

1. Phase, bis zum Herbst 1989
2. Phase, Oktober 1989 bis zum April 1990
3. Phase, vom April 1990 bis zum Beitritt der DDR am 03.10.1990
4. Phase, Entwicklung nach der Vereinigung bis zum Frühjahr/Sommer 1991

1. Phase

Ursprünglich sollte für das Schuljahr 1990/1991 eine Lehrplanreform innerhalb des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems abgeschlossen sein. Diese, aufgrund der Kritik vor allem aus der jungen Bevölkerung und den steigenden Problemen in der Wirtschaft, als notwendig betrachtete Reform wurde allerdings von den Ereignissen überholt. So läßt sich die Situ-

ation in den POS/EOS zum Herbst vielleicht mit dem Begriff *Identifikations- und Ideologiekrisis* bei Lehrer- und Schülerschaft beschreiben. Merkmale dieser Krise waren u.a. folgende Konflikte:

- Anpassung vs. Individualität
- Anleitung/Kontrolle vs. selbständigen Handelns
- Einheitlichkeit des Bildungssystems vs. Leistungsprinzip, Differenzierung und Begabtenförderung

2. Phase

Der Wechsel in der Staatsführung, erst von Honecker zu Krenz und dann von Krenz auf Modrow, bedeutete auch eine geplante Reformierung der Bildungsgesetzgebung. Richtlinien dieses neuen Konzepts bestimmt Modrow u.a. in seiner *Regierungserklärung am 17.11.1989*:

- Bildung für einen menschlichen und produktiven Sozialismus
- Leistungsprinzip im Bildungswesen
- Bewahrung des "Positiven" im Bildungswesen
- Förderung von Individualität
- Verwirklichte Chancengleichheit, für alle
- Neuorientierung der Gesellschaftswissenschaften
- Differenzierte Bildungsabschlüsse

Das *Bewahren des Positiven* wird zur Leitlinie dieser Periode. In diesem Sinne wird der Bildungsminister im Kabinett Modrow, Hans-Heinz Emons, beauftragt einen Vorschlag für ein reformiertes Bildungssystem bis zum Schuljahr 1990/91 zu entwickeln. Auf ministerieller Ebene werden die bisher getrennten Ressorts für Schule, Berufsbildung und Hoch- und Fachschulwesen im Ministerium für Bildung integriert.

Die erste praktische Konsequenz der Wende für das Bildungssystem ergibt sich allerdings aus dem *Bürgerverhalten*. Seit der Grenzöffnung ist an geregelten Unterricht an Samstagen nicht mehr zu denken. So wird im März 1990 offiziell die 5-Tage-Schulwoche eingeführt. Weitere Reformen dieser Phase in kurzer Aufzählung:

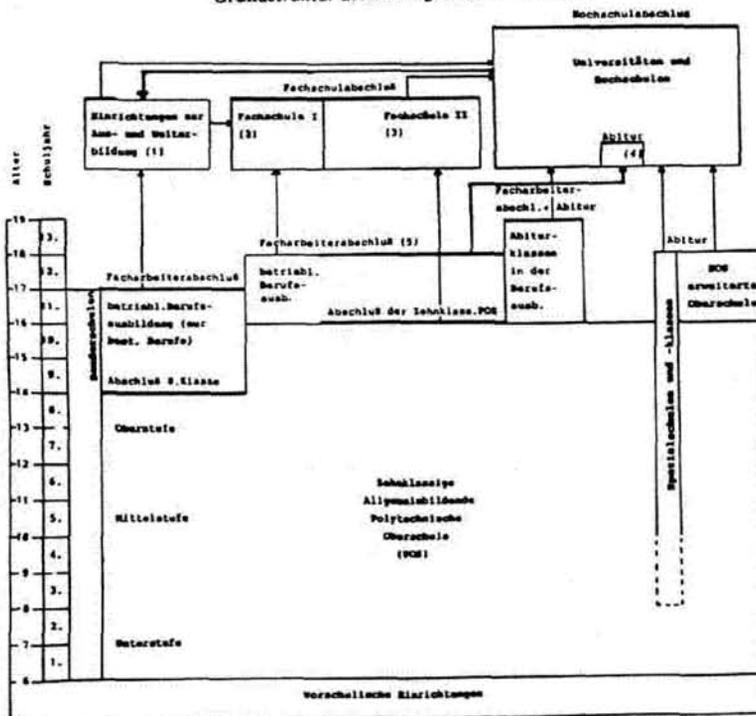
- Abschaffung der Wehrerziehung
- Aufhebung der Lehrplanbindung in Staatsbürgerkunde und Geschichte

Hier wird der Trend zur *Entideologisierung* und *Entmilitarisierung* der Schule deutlich. Im Rahmen des Wahlkampfes im Frühjahr 1990 äußern sich Bürgerrechtsbewegungen und Parteien bezüglich ihrer Standpunkte in Bezug auf eine zukünftige Bildungspolitik.

Im März legt Emons seine *"Thesen zur Bildungsreform"* vor. Darin definiert er folgende Eckdaten einer zukünftigen (DDR-?) Bildungspolitik:

- Humanisierung und Demokratisierung als Bildungsziel

Grundstruktur des Bildungswesens in der DDR



(1) Betriebsakademien und Volkshochschulen

(2) Fachschule I (technischer und ökonomischer Bereich; bisher im Anschluß an abgeschlossene Berufsausbildung)

(3) Fachschule II (paramedizinischer und sozialer Bereich und neue Techniker-/Wirtschaftlerausbildung) direkt im Anschluß an die POS

(4) Vorkurs zur Erlangung der fachrichtungsgebundenen Hochschulreife

(5) Schließt auch „Angestellterqualifikationen“ des tertiären Bereiches ein

Quelle: Hörner: Bildung und Wissenschaft in der DDR, 1990, S.40

- Internationalisierung, d.h. Angleichung an internationale Standards
 - Verbindung von freier Wirtschaft und dem Bildungssystem
- Ergebnis dieser Bildungspolitik soll ein Bildungswesen sein, das:
- Die Entfaltung der Individualität garantiert
 - Staatliche und freie Träger zuläßt
 - Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller vorsieht
 - Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit der Lehrer anstrebt
- Ort dieses Bildungsgeschehens soll weiterhin die zehnklassige allgemeinbildende Schule des eingliedrigen Systems sein, mit Veränderungen hauptsächlich in der Abiturbildung und im Bezug auf die Erhöhung des Anteils des fakultativen Unterrichts.

In einer weiteren Veröffentlichung des Ministeriums werden die *Rahmenlehrpläne für den Gesellschaftsunterricht* erlassen. Das Fach Gesellschaftskunde soll ab dem Schuljahr 1990/91 die Staatsbürgerkunde ablösen. Letzte, aber sehr bedeutsame, Maßnahme ist der Beginn der Entlassungen von (vorbelastetem ?) Personal im Bildungswesen zum Ende dieser Phase.

3. Phase

Mit dem Antritt der Regierung de Maiziere übernimmt H.-H. Meyer das Ressort Bildung und Wissenschaft. Richtlinien innerhalb der *Koalitionsvereinbarungen* der großen Koalition sind:

- Gleichberechtigung von staatlichen, konfessionellen und Schulen in freier Trägerschaft bei der Zuweisung von Finanzmitteln und bei der Anerkennung von Schulabschlüssen
- Chancengleichheit und Leistungsprinzip im Bildungswesen
- Existenz verschiedener Schultypen nebeneinander, und zwar
 - integrierte Gesamtschule und
 - ein dreigliedriges Schulsystem
- hohe Durchlässigkeit zwischen diesen Schultypen
- freie Schulwahl
- Mitspracherecht der Eltern in der Schule
- Überprüfung und Entlassung von ehemaligen MfS-Mitarbeitern im Bildungswesen (Ministerium für Staatssicherheit, oder STASI)

Gekennzeichnet ist diese Periode auch durch die Intensivierung der *Kooperation zwischen Bildungsbehörden* und Institutionen in Ost und West. So wird z.B. im Mai eine gemeinsame Bildungscommission geschaffen, die Entwicklung und Anpassung des DDR-Bildungssystems koordinieren soll. Der in dieser Phase häufig geäußerte Vorwurf der Opposition, daß eher von Bonn als von Berlin aus regiert

werde, erscheint im Bezug auf das Bildungswesen nicht abwegig.

Weitere Reformen die in diese Phase fallen:

- Wahlfreiheit im Fremdsprachenbereich zum Schuljahr 1990/91; die Folge war die Entscheidung von ca. 80% der Schüler für Englisch als erste Fremdsprache, was schwerwiegende Probleme in Bezug auf das vorhandene Lehrpersonal- und Material nach sich zog
- Lehrplanreform, verbunden mit einer Lehrplankürzung
- Planung, die Spezialschulen in ein künftiges Gymnasialsystem zu integrieren

4. Phase

Mit dem *Einigungsvertrag* (Artikel 37 und 38) beginnt für das Bildungswesen Ostdeutschlands eine neue Ära. Mit der Wiederherstellung der Länder hält auch das *föderale Prinzip* im Bildungswesen Einzug. Außerdem soll die Angleichung der Standards und Erfordernisse an westdeutsche Bedingungen vorangetrieben werden. Dies wird u.a. deutlich, wenn man z.B. die Entwürfe für Schulgesetze der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen betrachtet. Die Ähnlichkeit mit westdeutschen Ländergesetzen ist augenfällig, deshalb möchte ich nur kurz besonders wichtige Punkte ansprechen:

Mecklenburg-Vorpommern

- Einrichtung eines dreigliedrigen Schulsystems. Gesamtschulen werden nur auf Antrag eingeführt (§1).
- Neunjährige Schulpflicht (§9).
- Lernmittelfreiheit an öffentlichen Schulen (§13).
- Ganztagsbetreuung und Schulspeisung werden angestrebt (§14).

Sachsen

- Betonung nicht nur des Humanismus und der Demokratie, sondern auch der Tradition des Christentums (§1, Abs. 2).
- Unterrichtung in sorbischer Sprache für die sorbische Minderheit (§5).
- Keine Hauptschule, sondern eine Werkrealschule mit der Möglichkeit des Abschlusses nach Klasse 9 (§5 und 7).
- Die Gesamtschule kann eingeführt werden, darf aber die Regelschulen in ihrem Bestand nicht gefährden (§11).
- Neunjährige Schulpflicht (§61).
- Einführung des Religionsunterrichts in allen Schulen (§§76 und 77).

Brandenburg

- In der Sekundarstufe I werden Ganztagschulen angestrebt (§4).
- Die Sekundarstufe II soll in Oberstufenzentren organisiert werden (§5).
- Die Grundschule umfaßt wie in Berlin die Klassen 1 bis 6 (§6).

- Gesamtschulen sind neben Gymnasium und Realschule gleichberechtigt (§7 bis 10).
- Die Hauptschule findet keine Berücksichtigung. Die Schulpflicht beträgt zehn Jahre (§30).

Im konkreten Vergleich zwischen diesen drei Entwürfen und westdeutschen Schulgesetzen überwiegen die Gemeinsamkeiten. Deutlich wird hier der schnelle und konsequente Versuch der Verwirklichung des föderalen Prinzips, aber auch die im Westen schon bekannten *Probleme*:

- Uneinheitlichkeit der Bildungspolitik durch Partei/Länderinteressen.
- Der relativ geringe Einfluß eines Bundesbildungsministers auf die Schulpolitik.
- Forcierung des Disputs über die Schuldauer bis zum Abitur; alte Bundesländer in der Regel 13 Jahre, neue Bundesländer 12 Jahre.

Zusätzlich zu den Problemen im strukturellen Bereich ergaben sich durch die Reformen auch *inhaltliche* und vor allem *menschliche Probleme*, z.B.:

- Besetzung von Spitzenpositionen in der Verwaltung mit westdeutschen Beamten
- Verlust von Ganztagsbetreuung und Schulspeisung
- Mangel an geeignetem Lehrpersonal, Material und finanzieller Ausstattung der Schulen
- Lösung von vorbelastetem Personal im Bildungssystem

Daß die Schwierigkeiten des ostdeutschen Bildungssystems bis 1994, diesen Zeitraum veranschlagt z.B. die Kultusministerkonferenz (KMK), überwunden sein werden, muß ernsthaft bezweifelt werden. Zu vielschichtig und komplex erscheinen die zu bewältigenden Probleme. Nur starke Unterstützung im finanziellen und materiellen Bereich, sowie eine sorgfältige, weitsichtige personelle Unterstützung durch den Bund und die alten Bundesländer können dafür sorgen, daß Unterschiede und Gegensätze im (ost-/west-) deutschen Bildungssystem abgebaut werden und kein Bildungsgefälle zwischen ihnen entsteht, bzw. sich verfestigt

Literatur:

- Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik* (Hrsg.): Das Bildungswesen der DDR. Berlin (Ost) 1989 (3. Aufl.)
- Anweller, Oskar et al.: Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln 1990.
- Hörner, Wolfgang: Bildung und Wissenschaft in der DDR. Bonn 1990.
- Reuter, Lutz R. (Hrsg.): Die bildungspolitische Entwicklung in der DDR vom November 1989 bis zum August 1990. Eine Dokumentation. Hamburg 1990.

Hans-Peter von Kirchbach

Zusammenwachsen lernen

oder: Über den schwierigen Versuch, aus Feinden Freunde zu machen

Die Nationale Volksarmee (NVA) der ehemaligen DDR und die Bundeswehr haben bzw. hatten eines gemeinsam: Sie haben einen Krieg weder verloren, noch gewonnen, und - was noch viel wichtiger ist - sie haben keinen Krieg angefangen. Jetzt wurde, wohl einmalig in der Geschichte, friedlich und ohne einen einzigen Schuß die eine der ursprünglich verfeindeten Armeen in die andere aufgelöst. Daß dies eine Fülle von Problemen mit sich brachte und bringt, ist unmittelbar einleuchtend. Der vorliegende Beitrag eines westdeutschen Offiziers über seine Erfahrungen bei der Eingliederung der NVA in die Bundeswehr zeichnet nicht nur ein eindrückliches Stimmungsbild von dieser Situation, sondern macht auch deutlich, wie viel an neuen Lernprozessen von allen daran Beteiligten hier erwartet wird.

(akt)

Erwartungen und Befürchtungen

Mein Wissen um die Menschen in der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) war sehr beschränkt. Sicher hatte man vieles gehört,

- die Nationale Volksarmee als Armee einer Partei,
- die Offiziere dieser Armee als Mitglieder der SED,
- die Tätigkeit von Politoffizieren mit einer eigenen Organisation innerhalb der Streitkräfte,
- die Tätigkeit des Ministeriums für Staatensicherheit in die Streitkräfte hinein,
- eine Armee mit einem eindeutigen Feindbild,
- wir selbst als Teil dieses Feindbildes,
- militärische Leistungsfähigkeit bei großen Übungen, hin und wieder im Fernsehen zu sehen,
- das disziplinierte Auftreten im Rahmen von Paraden,
- der hohe Grad der Einsatzbereitschaft.

Von diesem allen hatte ich gehört und selbstverständlich wußte ich Bescheid über die Leistungsfähigkeit der Waffensysteme und hatte einen Eindruck über Gliederung und Organisation. Im menschlichen Bereich jedoch gab es nur Sprachlosigkeit zwischen den in beiden Armeen dienenden Soldaten.

Vorspiel in Dresden

Ab November 1989, der Maueröffnung, wurden erste vorsichtige Kontakte möglich. Ich selbst drang auf einer Urlaubsreise nach Dresden im Mai 1990 bis zum stellvertretenden Divisionskommandeur der 7. Panzerdivision vor und knüpfte erste Kontakte. An der Wache wartend bemerkten einige junge Soldaten den in Jeans und Lederjacke vor dem Tor stehenden Oberst der Bundeswehr. Sofort bildete sich ein Pulk und ich wurde intensivst ausgefragt. "Wie ist es im Westen?", "Wie funktioniert der Dienst?", "Kann man Soldat der Bundeswehr werden?", "Ist es möglich, eine Einheit der Bundeswehr zu besuchen?"

Die jungen Leute, von der Wache mißtrauisch bebüßt, berichteten auch über ihren Dienst. Sie erzählten vom Wachdienst und von Leerlauf, auch von ihren Vorgesetzten. Im Zuge dieses Gesprächs lud ich die Soldaten nach Koblenz ein. Dieser Besuch kam in September 1990 zustande. Im gleichen Monat fuhren junge Offiziere meiner Koblenzer Brigade nach Dresden. Ich selbst wurde ebenfalls im September eingeladen, vor den Staboffizieren der 7. Panzerdivision einen Vortrag zum Thema: "Innere Führung" zu halten und diskutierte mit dem Kommandeur und seinen Stellvertretern bis tief in die Nacht. Die vorherr-

schende Stimmung war Skepsis. Ich antwortete damals noch, daß ich dies nicht beurteilen könne.

Wir haben aber im Zusammenhang mit den gegenseitigen Besuchen erlebt, wie schnell, vor allem bei den jungen Soldaten, Sprachlosigkeit überwunden werden konnte. Schon bei diesen ersten Kontakten gab es, nachdem die erste Scheu überwunden war, intensive Gespräche über Vergangenheit und Zukunft. So festigte sich die Überzeugung, daß der Versuch der Gemeinsamkeit gemacht werden mußte, und Aussicht auf Erfolg hatte.

Ein Erlebnis im Rahmen eines Grillabends mit den Leutnanten aus Dresden prägte sich besonders ein und machte mir deutlich, worum es im menschlichen Bereich vor allem gehen mußte. Ich wurde gefragt, ob man mich, als ich gerade im Gespräch mit den Dresdner Offizieren war, fotografieren dürfe. Ich war über die Frage überrascht und stimmte selbstverständlich zu. "Ich brauche dieses Foto," erklärte mir einer der jungen Offiziere, "als Beleg für zu Hause, daß Leutnante im Westen ganz normal und intensiv mit dem Brigadekommandeur, im Dienstgrad eines Oberst, auf kameradschaftlicher Basis sprechen und diskutieren können."

Entschlossenheit zum Dialog mit allen Dienstgradgruppen, Unsicherheit, Spannung und Skepsis, so kann ich die Gefühle zusammenfassen, mit denen ich am 03. Oktober 1990, dem Tag der Einheit, meinen Dienst in Eggesin antrat.

Erste Eindrücke

Die ersten Eindrücke waren widersprüchlich. Viele Soldaten fühlten sich beim Tragen der am Vortrag empfangenen neuen

Uniform sichtlich unwohl. Ich hatte das Gefühl, daß die meisten froh waren, wenn sie nicht angesprochen wurden. Ich bemerkte Blicke, die den meinen auswichen. Bei einem Rundgang durch den Stab stellte ich fest, daß nahezu alle Dienstzimmer abgeschlossen und zu einem Teil mit Klängen versehen waren. Wir beseitigen sie sehr schnell. Kommunikation über die Grenzen des eigenen Aufgabenbereiches hinweg gab es kaum. 18 verschiedene Fachdienste arbeiteten streng voneinander abgeschottet.

Ich sah Bilder überraschender Disziplinosigkeit, entdeckte aber auch bei vielen Offizieren und älteren Unteroffizieren eine Form disziplinierten Auftretens, die mir starr und fast marionettenhaft vorkam. "Gestatten Sie, daß ich eintrete?", "Gestatten Sie, daß ich spreche?", "Gestatten Sie, daß ich wegtrete?", waren Formeln, die ich nicht kannte. Sie waren in der NVA gefordert und sind uns fremd. Mir fiel ein nahezu absurdes System der Geheimhaltung von Banalitäten auf. Bei einem Besuch in der Stabskompanie hatte ich große Probleme, mit den Soldaten ins Gespräch zu kommen. Sie waren es sichtlich nicht gewohnt, frei und offen mit Dienstgraden zu reden. "Ein Oberst redet mit uns", sagt mir staunend ein Gefreiter, der etwas Zutrauen gefaßt hatte.

Alles, was der Einsatzbereitschaft diente, war auch im Oktober 1990 noch in einem hervorragenden Zustand. Die Fahrzeuge waren gepflegt, viele Panzer standen in geheizten Hallen, das Ausbildungsmaterial war beeindruckend gut. Demgegenüber sah ich demoliertes Gerät und erbärmliche sanitäre Anlagen in fast allen Mannschaftsunterkünften und Küchen, die eine solche Bezeichnung nicht verdienten. Ich sah ein Alarmierungssystem, das wie ein leerlaufender Motor noch immer getestet wurde, bis ich die Abschaltung befahl, mit dem von zentraler Stelle, und letztlich von Moskau aus, die NVA alarmiert werden konnte, bis hinein in die Wohnsiedlungen. Ich hörte von der über viele Jahre aufrechterhaltenen Forderung nach einer 85%igen personellen Einsatzbereitschaft, die die Soldaten viele Wochen bis zu Monaten von ihren Familien fernhielt.

Ich wurde gefragt, wer künftig im Leitungsspeisesaal essen darf, der bis dahin dem Kommandeur und seinen Stellvertretern vorbehalten war, und erntete zunächst tiefes Unverständnis, als ich diesen Raum auflösen ließ und dafür sorgte, daß auch die Mannschaftsdienstgrade beim Essen auf Stühlen sitzen konnten.

Wie gesagt, die ersten Eindrücke waren verwirrend. Sie bestätigten, die wichtigsten

Aufgaben: Vertrauen gewinnen, Dialog führen und Disziplin verbessern.

Die Wehrpflichtigen

Die Wehrpflichtigen gaben sich zunächst zurückhaltend. Dennoch, sie hatten hohe Erwartungen an die Bundeswehr und unterschieden am Anfang sehr genau zwischen Vorgesetzten Ost und Vorgesetzten West. In einer Führungseinrichtung, die von Soldaten der 9. Panzerdivision bewacht wurde, kam es wegen Problemen mit der Unterbringung, Verpflegung und Freizeit zu Protesten, deren die Vorgesetzten am Ort nicht Herr wurden. Die Soldaten verlangten einen Vorgesetzten "West" zu sprechen, nur ihm trauten sie das notwendige Verständnis und die Durchsetzungskraft zu, Dinge zu ändern. Traf man die Soldaten im kleinen Kreis, öffneten sie sich leichter.

"Viele Panzer standen in geheizten Hallen, demgegenüber sah ich erbärmliche sanitäre Anlagen in fast allen Mannschaftsunterkünften und Küchen"

Soldaten der Stabskompanie und des Fernmeldebataillons, die elf Monate in der NVA und einen Monat in der Bundeswehr gedient hatten, erzählten von ihren Erlebnissen. Zum ersten mal hörte ich ausführlich, von Leuten die es miterlebt hatten, vom EK-System (EK = Entlassungskandidat), einem System der Drangsalierung der jüngeren durch die älteren Wehrpflichtigen, den Vorgesetzten bekannt und von den meisten stillschweigend geduldet. Ich hörte von Schikanierung der Neueinberufenen durch Reinigungsarbeiten mit Rasierklingen, durch Spiele unter ABC-Schutz im Flur, durch Waffenreinigen bis in die frühen Morgenstunden, durch Dienstleistungen der jüngeren für die älteren Soldaten.

Die Soldaten berichteten übereinstimmend, daß sie im Oktober 1989 in ein noch stabiles und funktionierendes System einberufen wurden. Die Ereignisse zur Maueröffnung wurden intensiv verfolgt. Die Bereitschaftsregelungen waren zunächst unverändert. Nach der Maueröffnung

änderte sich das Bild. Den Vorgesetzten in der NVA war es kaum noch möglich, Disziplin durchzusetzen. Eine Fülle von Erleichterungen (Wegfall des Frühsports, großzügige Freizeitregelung, Ausgleich für Sonderdienste) wurde befohlen. Die Vorgesetzten erfuhren davon allerdings zu meist über Presse oder Radio. Gleichzeitig wurden sich die wehrpflichtigen Soldaten ihrer neuen Rechte bewußt und reizten ihre Freiheiten aus. Soldaten des Fernmeldebataillons 9 weigerten sich, an einer befohlenen Härteübung teilzunehmen. Ähnliches passierte im MotSchützenregiment 9 vor einer Gefechtsübung. Soldaten der Stabskompanie wendeten sich an den Minister für Abrüstung und Verteidigung, um eine großzügigere Freistellung vom Dienst zu erreichen.

So war das Erleben der Bundeswehr nach dem 03. Oktober 1990 durch die Wehrpflichtigen nicht uneingeschränkt positiv. Zwar wird allgemein anerkannt, daß sich der Ton geändert hat und die neuen Vorgesetzten bemüht sind, die Lebensbedingungen (Unterkünfte, sanitäre Anlagen, Küchen, Speiseräume) zu verbessern. Dem steht aus Sicht der Betroffenen eine dienstliche Mehrbelastung und Forderung nach Disziplin, konsequente Durchführung des Dienstes negativ gegenüber. Die Wachbelastung hat sich durch Abschaltung der Hochspannungsanlagen, mit denen die Munitionslager gesichert wurden, enorm erhöht. Gleichzeitig ist das Anspruchsdenken gestiegen, man möchte westliche Verhältnisse und zwar sofort.

Ein Kommandeur wurde befragt, ob es richtig sei, daß im Westen in jeder Mannschaftsstube Mikrowellenherde aufgestellt seien und wann dies für den Osten auch käme. Es fiel nicht leicht, mit Ruhe, Sachlichkeit und konkreten Maßnahmen mit den jungen Leuten zu einem brauchbaren Verhältnis zu finden. Persönliche Probleme belasteten die Situation zusätzlich. Viele junge Soldaten sind verheiratet (dies war die einzige Chance für eine Wohnzuweisung), aber das System der Unterhaltssicherung funktionierte noch nicht. Wir mußten den Behörden klar machen, wie das System funktioniert und die Soldaten ermuntern, ihre Ansprüche zu stellen. In mehreren Fällen stellten wir fest, daß das Arbeitsplatzschutzgesetz mißachtet wurde. Das Zutrauen wuchs, als es in Einzelfällen gelang, zu erreichen, daß ausgesprochene Kündigungen zurückgenommen wurden. Über die Monate festigt sich das innere Gefüge der Einheiten.

Ich machte es mir zur Gewohnheit, immer wieder mit Wehrpflichtigen zu reden und stellte einen langsamen Stimmungsumschwung fest. Die Offenheit wächst, die



Foto: Martin Ahnesorg (Hamburg)

Leistungsbereitschaft nimmt zu, die Soldaten lernen, berechtigte Kritik in der entsprechenden Form offen zu äußern, aber sie sehen und akzeptieren auch erreichte Verbesserungen. Einige (wenn auch nicht genug) entfalten Aktivitäten für die Berufsförderung. Sie machen von Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten Gebrauch. Sie bekommen Kontakt mit gleichaltrigen Kameraden aus dem Westen, lernen westliche Kasernenanlagen kennen. Nicht wenigen werden Berlin- oder Bonn-Fahrten ermöglicht.

In einer Cheftagung - ein Programmpunkt war ein Gespräch Kommandeure mit wehrpflichtigen Soldaten über weitere notwendige Verbesserungen - antwortete ein Rekrut auf die Frage eines aus der NVA kommenden Kompaniechefs, ob er zwischen Vorgesetzten West und Vorgesetzten Ost unterscheidet: "Ich unterscheidet nur, ob mein Vorgesetzter ein anständiger Kerl ist oder nicht!" Dies wäre im Oktober 1990 nicht denkbar gewesen.

Die Lage normalisiert sich bis heute. Soldaten, die ihre Grundausbildung im Westen mitmachen, loben den kameradschaftlichen Zusammenhalt. Möglichst viele Kontakte zwischen den jungen Menschen, gemeinsame Ausbildung und eine gute Mischung der Vorgesetzten scheinen jedenfalls gute Methoden zu sein, zum Zusammenwachsen in dieser untersten Ebene beizutragen.

Die Unteroffiziere

Ein Unteroffizierskorps im Sinne der Bun-

deswehr gab es in der NVA nicht. Viele Funktionen, die in der Bundeswehr von Unteroffizieren wahrgenommen werden, waren in der NVA Sache der Offiziere.

Unbeliebt waren die sogenannten "Komplektkinder" als Vorgesetzte. Unter "Komplekten" versteht die NVA Einsatzverpflegung, "Komplektkinder" werden Söhne von Offizieren genannt, von denen man den Eindruck hatte, daß sie von ihren hochrangigen Vätern protegiert wurden. "Wenn es Probleme in dienstlichen Bereichen gab, weinte man sich beim Vater aus. Saß dieser in einer vorgesetzten Dienststelle, konnte dies Konsequenzen haben", wurde mir berichtet.

Die Unteroffiziere erzählten mir, daß die Anredeform bis zum Stabsfeldwebel fast ausschließlich das "Du" war. Es störte sie, daß man sich jetzt in aller Regel mit "Sie" anredete. Das Vorgesetztenverhältnis innerhalb der Laufbahngruppe Unteroffiziere empfanden und empfinden sie als störend. Sie empfinden keine Angst vor der Rückkehr ins Zivilleben. Viele von ihnen sind bereit, sich neu zu orientieren. Einige haben Stellenangebote aus dem Westen. Andere freuen sich, daß sie ohne Probleme das Fach ihrer Wahl studieren können.

Auch hier änderte sich das Bild nach wenigen Monaten. Nicht wenige Unteroffiziere erkannte, daß die Bundeswehr ein gutes Ausbildungsangebot zu machen hat. Aufenthalt im Westen und gemeinsame Arbeit in der Ausbildung oder im Funktionsdienst mit Unteroffizieren aus dem Westen verstärkten die Neigung, das Angebot der Bundeswehr zumindest zu prüfen. Einige

finden Spaß an der Aufgabe als Vorgesetzter. Am Ende entschloß sich doch noch eine verhältnismäßig große Anzahl, in den Streitkräften zu bleiben und die Berufschance in der Bundeswehr zu nutzen.

Nicht alle machten gute Erfahrungen mit den Vorgesetzten aus dem Westen. Einige fühlten sich als Soldaten zweiter Klasse behandelt. Sie lassen sich gerne sagen, daß sie noch lernen müssen, aber sie sind zu recht empfindlich, wenn ihnen jemand vorwirft, sie könnten nichts.

Hauptproblem der Berufsunteroffiziere ist es, ihre neuen erweiterten Aufgabenbereiche und Kompetenzen zu erkennen und zu beherrschen. Zwar hatten sie eigene Aufgabenbereiche, arbeiteten aber doch in aller Regel wenig selbständig und ohne große Kompetenz, Dinge selbständig zu regeln. In verschiedenen Dienststellungen waren Beförderungen bis zum Stabsfeldwebel möglich, ohne daß sich damit der Aufgaben- und Verantwortungsbereich erweiterte. Von diesen Soldaten wird nun selbständiges Handeln erwartet und dies führt anfänglich zu vielen Friktionen. Es war ein übliches Bild, daß ein Wachhabender im Dienstgrad eines Portepeeunteroffiziers sich weder für die Disziplin der Wachsoldaten verantwortlich fühlte, noch erkannte, daß es seine Aufgabe ist, Unzuträglichkeiten im Bereich der Dienstausübung zu klären oder wenigstens zu melden oder Fürsorge (ausreichender Schlaf, ausreichende Verpflegung) entweder selbst zu veranlassen oder beim Vorgesetzten vorstellig zu werden.

Es war ein verbreitetes Bild, daß ein Sachbearbeiter im Stab auf Anweisungen wartete und nicht erkannte, daß ihn sein Dienstposten dazu verpflichtet, selbst Initiative zu ergreifen.

Es gab auch positive Beispiele einzelner Dienstgrade, die sich über die neue Verantwortung freuten und nach kurzer Zeit mit großem Engagement in der Lage waren, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Unsicherheit dieses Personenkreises beim Warten auf die Personalentscheidungen war weniger groß als bei den Offizieren. Schnell sprach sich herum, daß nahezu alle die Chance haben, zumindest auf zwei Jahre in die Bundeswehr übernommen zu werden. Dies beruhigte.

Zwischen den Unteroffizieren West und Ost entwickelten sich verhältnismäßig schnell kameradschaftliche Bindungen. Man fand sich auf der Basis der gemeinsamen Aufgabe. Dennoch ist die Wegstrecke, vor allem im Bereich der Menschenführung, noch lang. Es wird noch einige Zeit dauern, bis deutlich wird, daß es

nicht um eine organisierte "Maßnahme" Kameradschaft oder um eine organisierte "Maßnahme" Fürsorge, sondern um ein grundsätzlich neues Verhältnis auf der Basis menschlicher Gleichwertigkeit.

Offiziere

Mein Vorgänger, der letzte aus der NVA kommende Kommandeur der 9. Panzerdivision, hat sich bemüht, die Division in einem führungsfähigen Zustand zu übergeben. In einer kurzen Zeremonie wurde er am 04. Oktober 1990 aus dem Kommando entlassen, verblieb aber im Dienst der Bundeswehr.

Trotz vieler vor dem 03. Oktober 1990 durchgeführten Entlassungen fanden wir viel zu viele Offiziere vor. In einem Divisionsstab der NVA, der etwa 10.000 Mann führte, gab es mehr Offiziere als in einem Korpsstab der Bundeswehr, der etwa 70.000 Mann führt.

Ein besonders wichtiger Fachstrang (berufliche Laufbahn) mit ausgeprägten Eigenleben war der "Politoffizier". Er hatte eine Fülle eigener Kompetenzen, die Unterstellung unter die Kommandeure war eher theoretisch. Zu den Ungereimtheiten der Wende gehörte die Behandlung dieses Personenkreises. Auf Befehl des Ministers für Abrüstung und Verteidigung der DDR wurde dieser Fachstrang aufgelöst. Neu gegründet wurde der Bereich staatsbürgerliche Bildung. Ein Teil der alten Politoffiziere war dann in diesem Bereich tätig, aber auch Truppenoffiziere wurden in den Bereich staatsbürgerliche Bildung versetzt. Andere langjährige Politoffiziere bekamen eine Verwendung in der Truppe.

Kurz vor der Vereinigung war der Bereich staatsbürgerliche Bildung aufzulösen, die Dienstposteninhaber waren zu entlassen. Dies führte dazu, daß einige Offiziere, die erst ganz kurze Zeit, oft auch guten Willens, im Bereich staatsbürgerliche Bildung tätig waren, entlassen wurden, während langjährige ausschließliche Politoffiziere, die rechtzeitig in Truppenverwendungen untergebracht waren, vorläufig auf ihren Dienstposten verbleiben konnten. Diese hatten allerdings normalerweise keine Chance auf die zweijährige Verwendung in der Bundeswehr. Diese Ungereimtheiten, für die wir nichts konnten, kosteten uns anfangs dennoch Glaubwürdigkeit.

Alle Offiziere in Führungsverwendungen waren zur Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst verpflichtet. Entsprechende Fragen in Fragebögen führten zu Verunsicherungen. Wir erfuhren über die personelle Organisation der sogenann-

ten "Verwaltung 2000", die mit eigenen Dienststellen bis in die Regimentsebene in den Streitkräften vertreten war. Sie verfügte über ein weitgespanntes Informationsnetz bis in die Kompanien hinein. Sie kümmerten sich um Sicherheitsverstöße, dienstliche Nachlässigkeiten, aber auch um Verwandtenbesuche und Westkontakte. Die Angehörigen dieser Dienststellen waren zu entlassen. Dies geschah auch. In einer Lücke in den Verfahrensanweisungen war nicht verboten, sie mit niedrigerem Dienstgrad wieder einzustellen. So gab es im Bereich der 9. Panzerdivision, an unauffälligen Stellen versteckt, ehemalige Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit als Unteroffiziere. Einer offenbarte sich. Wir fanden diese Leute und entließen sie nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages.

Bei der Bearbeitung der Übernahmeanträge kam ich direkt mit Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit in Berührung. In einigen Fällen wurde die Verstrickung, die Täter und Opfer nur schwer unterscheiden läßt, deutlich sichtbar. Ein Offizier war nach einem Fehlverhalten im Studium erpreßt worden. Man hatte ihn vor die Wahl Mitarbeit oder Aufgabe des Studiums gestellt.

Mit einer Mischung von Versprechungen und Drohungen fanden die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ihre Spitzel, denen sogar oft das Unrechtsbewußtsein fehlte, weil sie zur Überzeugung gebracht wurden, sie leisteten ihren Beitrag für eine saubere Armee.

Ein Höchstmaß von Lethargie war alleror-

ten festzustellen. Nur wenige ergriffen selbstbewußt die Initiative entweder durch Vorschriftenstudium und Suche nach Dialog oder durch konsequente Umschau im zivilen Bereich. Zögernd liefen die ersten Anträge auf eine Übernahme als Soldat auf Zeit ein. Eine Vielzahl von älteren Offizieren wählte den Abschied. Dies fiel vielen auch dadurch leichter, daß es in Zusammenarbeit der Division mit dem Arbeitsamt gelang, die meisten von ihnen in Qualifizierungsmaßnahmen zu vermitteln.

Ungeschicklichkeiten in der Personalführung und immer neue Gerüchte verstärkten die Unsicherheit. Ein Stellenplan der Heimatschutzbrigade kursierte und viele versuchten vergeblich, ihren eigenen Platz in diesem Stellenplan auszumachen. Wir versuchten, dieser Stimmung mit einer Vielzahl von Gesprächen im kleinen und großen Kreis, mit Hilfe bei der Antragsbearbeitung entgegenzuwirken und Gerüchte zu zerstreuen.

Erst gegen Jahresende änderte sich das Bild. Die ersten positiven Entscheidungen über Übernahmeanträge beruhigten. Noch mehr beruhigte, daß sichtbar und von vornherein auch einige ältere Offiziere für zwei Jahre übernommen wurden. Am Ende war das Versprechen der fairen Chance eingelöst. Fast 75% der Antragsteller wurden übernommen. Die anderen können als Weiterverwender bis Ende 1991 im Dienst bleiben. Sie haben also die Chance, fast ein Jahr nach Möglichkeiten der Qualifizierung oder direkt nach einer Stelle zu suchen.

Der Stimmungswechsel im ersten Quartal



Foto: Martin Ahnesorg (Hamburg)

des Jahres 1991 ist fühlbar und wirkt sich auch in der Dienstausbildung weithin sichtbar positiv aus. Im Gespräch mit Offizieren aus dem Westen wird heute auch der Wille zunehmend deutlicher, zum Aufbau und zum Zusammenwachsen beizutragen.

Man versichert mir, daß ich aus meinem Erlebnissen der ersten Monate keine Rückschlüsse auf die Qualität der ehemaligen NVA ziehen dürfe. Ich spüre verhaltenen Stolz auf vergangene Leistungen, erfolgreiche Übungen, den hohen Grad der Einsatzbereitschaft. Ich verspüre häufig so etwas wie Scham über das desolatte Bild einer zerbrochenen Armee im Oktober 1990. In einigen kleinen Vorführungen zeigt man mir, daß Leistungswille und professionelles Können, wenn auch verschüttet, so doch noch vorhanden sind. Ich halte es für erfolgsversprechend, dies wieder zu wecken und fühle mich durch die Verbesserung der Dienstübung in den letzten Wochen bestätigt.

Viele Offiziere erlebten in wenigen Monaten eine ein- oder zweimalige Herabstufung im Dienstgrad. Dies fiel vielen nicht leicht. Ein Oberstleutnant und Regimentskommandeur mußte entscheiden, ob er als Hauptmann weiter dienen wollte. Im allgemeinen überwog allerdings die Erleichterung, überhaupt eine Chance zu haben, in der Bundeswehr zu bleiben.

Anläßlich eines Seminars über Menschenführung im November 1990 diskutiere ich mit Offizieren des Panzeraufklärungsbataillons über zeitgemäße Menschenführung. Dabei versuchte man, mir deutlich zu machen, daß die Grundsätze der Inneren Führung sinngemäß in der NVA auch gegolten haben. Ich versuchte anhand einer Betrachtung über Zusammenhänge zwischen Fürsorge, miserablen Unterkünften, Duldung des EK-Systems und anhand des Bildes vom Staatsbürger in Uniform die Dimension der notwendigen Verhaltensänderung deutlich zu machen. Einige Offiziere fühlten sich in ihrer Ehre verletzt.

Die ersten deutlichen Fortschritte wurden in einer Kompaniecheftagung sichtbar. Zwei Tage diskutieren wir über zeitgemäße Menschenführung anhand einer Fülle praktischer Beispiele aus dem normalen Alltagsdienst einer Kompanie. Eine Gruppe von Rekruten berichtete über ihre sehr unterschiedlichen Erlebnisse aus den ersten Tagen. Die jungen Soldaten nahmen kein Blatt vor den Mund und es entbrannte eine äußerst lebhaft, von gleich zu gleich geführte Diskussion mit den Kompaniechefs. Der Tag und die Nacht waren zu kurz, um auf alle Fragen, die dabei aufkamen, einzugehen. Aber ich ging nach Hause mit dem Gefühl, daß einiges verstanden wurde

und im Eindruck einer intensiv erlebten Kameradschaft.

Rückschläge blieben nicht aus. In einer Einheit gab es Vorkommnisse, die auf ein Wiederaufleben des EK-Systemsschließen ließen. Aber es wurde auch energisch eingeschritten. In einer Ausbildungskompanie waren nach 19.00 Uhr keine Vorgesetzten mehr anzutreffen. Die jungen Rekruten waren am ersten Abend sich selbst überlassen, aber in einer anderen Kompanie traf man auf Runden im intensiven Gespräch und die Vorgesetzten bemühten sich mit Erfolg, Unsicherheit und Befangenheit entgegen zu wirken. Erste kameradschaftliche Bindungen entstehen. Offiziere, die zur Ausbildung im Westen waren oder von Westoffizieren in einer Funktion angeleitet werden, besuchen sich gegenseitig mit ihren Familien. Nach kurzer Zeit entschloß ich mich, keine Besprechungen mehr durchzuführen, an denen ausschließlich Westoffiziere teilnahmen. Immer wieder bin ich in meinem Bungalow mit ganz unterschiedlichen Gesprächsrunden, zu denen aber immer aus dem Osten stammende und aus dem Westen kommende Offiziere gehören, zusammen.

Das Klima wird offener. Mit dienstlichen Erfolgen steigt das Selbstbewußtsein. Es wird wieder gelacht. Kameradschaftsabende nehmen einen guten Verlauf. Erste Veranstaltungen werden durchgeführt, in die auch die Familien einbezogen werden. Wir treffen uns mehr und mehr, nicht nur unter dem Druck der gemeinsamen Aufgabenerfüllung unter schwierigen Verhältnissen, sondern auch in der persönlichen Begegnung. Das Vertrauen wächst.

In der Golfkrise waren wir zurecht harten Anfragen ausgesetzt. Im Fernsehen ausgestrahlte Interviews mit Bundeswehrosoldaten, die unter dem Eindruck der Krise und der erforderlichen Demonstration der Solidarität der Allianz in der Türkei ihren Dienst verweigern oder sich über die Härten weinerlich äußern, hinterließen einen tiefen Eindruck. Man kann ihn in dem Satz zusammenfassen: *Auch im Westen ist nicht alles Gold, was glänzt.*

Es war schwer, deutlich zu machen, daß einerseits Armee nicht jedem Anspruch zur Verfügung stehen darf und andererseits in loyalen Gehorsam bereit sein muß, auf Verlangen der demokratisch zustande gekommenen Regierung und im Einklang mit den Prinzipien der Verfassung ihren Auftrag bis hin zum bewaffneten Einsatz durchzuführen. Auch mich störte, was im Zusammenhang mit dem Golfkrieg in einigen Verbänden der Bundeswehr passiert und ich gab es offen zu.

Manch einem Offizier fiel es schwer zu glauben, daß in der Bundeswehr an den Weihnachtstagen mehr als 70% der Soldaten die Feiertage bei ihren Familien verbrachten, während man hier mit 85% des Personals und in der Bereitschaft, binnen weniger Minuten die Kasernen verlassen zu können, auf den Angriff der NATO wartete. Man erlebt den demokratischen Prozeß im Bundestag in Bonn oder im Landtag in Kiel und stellte sich langsam auf demokratische Spielregeln ein. Dennoch wählten bei der Bundestagswahl in den Siedlungen, in denen aktive und ehemalige Soldaten wohnen, nahezu 50% PDS. Genauer besehen, stellte man allerdings fest, daß auch die Wahlbeteiligung bei etwa 50% lag. Für mich war dies ein Beweis, daß eine Umbesinnung begonnen hatte, die sich zunächst in Wahlenthaltung niederschlug.

Diese Umbesinnung wurde auch in Gesprächen sichtbar. Heute weicht man der Diskussion um Vergangenheit nicht länger aus. Viele Gespräche bei mir zu Hause drehen sich um Vergangenheit. Viele Fragen werden gestellt, Erklärungen für das eigene Verhalten gegeben. Ich glaube den Soldaten, daß die meisten, abgeschnitten von vielen Informationen und in einem System lebend, in dem eine Partei versuchte, auf das Leben von der Wiege bis zur Bahre regelnd einzuwirken, ehrlichen Herzens glaubten, einer guten Sache zu dienen. Fast allen ist klar, daß der Sozialismus als Ideologie abgewirtschaftet hat. Das eigene Weltbild, mit dem man lebte, das System, in dem man arbeitete und Karriere machte, ist zerbrochen, die Trümmer liegen ungeordnet am Boden.

Ich habe nur wenige "Wendehälse" erlebt. Viele bemühen sich, ihr Weltbild neu zu ordnen. Ich denke, daß mit neuen Informationen, mit neuen Freiheiten, mit neuen Gesprächspartnern diese Neuorientierung nicht nur möglich ist, sondern bereits begonnen hat. Wir müssen hier allerdings in längeren Zeiträumen denken. Aber wir haben auch Zeit. Die Aufgabe der aus dem Westen stammenden Soldaten ist es, diesen Prozeß im Gespräch zu unterstützen und zu versuchen, den Dialog in großer Beständigkeit zu führen.

Das Umfeld

Mein Kommandobereich befindet sich in einem besonders problematischen Raum. In der NVA hieß die Gegend das Land der drei Meere: "Waldmeer, Sandmeer, nichts mehr". Ganz unzutreffend erschien mir dies anfangs nicht.

Die Region Ückerküme und Pasewalk

wurde durch die Kommandowirtschaft des Militärbezirkes wesentlich beeinflusst. Die Armee war der Hauptarbeitgeber. Kleine Dörfer wurden durch den Zuzug von Armeangehörigen Ende der 50iger Jahre zu Mittelstädten. Dennoch gab es zwischen Öffentlichkeit und NVA eher Sprachlosigkeit. Soldaten wohnten im wesentlichen geschlossen in eigenen Wohnsiedlungen. Sie hatten eigene Versorgungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten. Die Kinder besuchten häufig eigene Kindergärten. Ein Drittel der Fläche des Kreises Ückermünde war militärisches Sperrgebiet und belegt von militärischen Anlagen.

Am 03. Oktober 1990 waren seit kurzer Zeit die ersten frei gewählten Stadtverordneten, Bürgermeister und Landräte im Amt. Landesregierungen wurden erst in der Folge gebildet. Die Verwaltungen waren nur eingeschränkt arbeitsfähig. Das neue Recht war weithin unbekannt. Vieles funktionierte noch nicht. In den Arbeitsämtern waren lange Schlangen die Regel. Die Arbeitslosigkeit war und ist hier besonders hoch. Wenige Großbetriebe mit einer Vielzahl von Beschäftigten stehen vor dem Konkurs. Die erheblichen Spuren der 40-jährigen Planwirtschaft sind vor allem im Zustand der kleinen Betriebe, in der Umwelt, an Straßen und sonstigen Verkehrsverbindungen, an der Bausubstanz, im Wohnungsbau, in der gesamten Infrastruktur negativ sichtbar. Die Finanzlage der Kommunen war anfänglich schlecht. Sie bessert sich erst durch das Programm "Aufschwung Ost".

Die Entscheidung des Bundesministeriums für Verteidigung, in diesem Bereich auch zukünftig eine große Bundeswehreinheit zu stationieren, beruhigte. Das Interesse an der neuen Bundeswehr war von Anfang an groß. Bemühungen, auf die Bevölkerung zuzugehen, fanden gute Resonanz. Schon an der Kommandoübergabe am 04. Oktober 1990 nahmen fast alle Bürgermeister unserer Garnisonsstädte teil. In kurzer Zeit wurden wir gefragte Ratgeber und viele von uns versuchten, Hilfestellung zu leisten, wo es der Dienst zuließ. Wir wurden gefragt zur Preisentwicklung, zum Schulsystem, zur Jugendarbeit, zu Vereinsgründungen. Wir gestatteten den Zugang in zahlreiche militärische Sperrgebiete. Wir luden Bürger ein, wenn unsere Maßnahmen zur Information über Berufsqualifizierung oder Vorträge von Firmen stattfinden. Wir schenkten den Bürgermeistern bisher geheimgehaltene Karten von ihren Gemeinden und Liegenschaften. Wir bemühen uns, auf dem Gebiet des Umwelt-, Brand- und Katastrophenschutzes konkrete Hilfestellung zu leisten. Diese Bemühungen werden anerkannt. Die Bundeswehr entwickelt sich zu einem Nachbarn, dem

man vertraut und auf den man rechnet. Eine gehörige Portion Neugier kommt dazu. Mehrere tausend Einwohner von Ückermünde waren Gäste bei einem feierlichen Gelöbnis im Stadion. Bürger mit Problemen suchen den direkten Weg zu den Kommandeuren am Standort. Einer Einladung zu Gesprächsrunden mit Soldaten leisteten nahezu 400 Schüler Folge. Mancher verspricht sich auch Hilfe, der sich durch die NVA ungerecht behandelt fühlte. Handwerker suchen den Weg und wollen Aufträge. Ein Bauprogramm im Jahre 1991 von immerhin 50 Millionen DM kommt nahezu ausschließlich dem heimischen Gewerbe zugute.

Aber es gibt auch die andere Seite. Böse Erfahrungen mit der NVA wurden auf die Bundeswehr übertragen. Gerüchte werden verbreitet, daß das Jagdgebiet des ehemaligen Verteidigungsministers Hoffmann, das für die Bevölkerung gesperrt war, nunmehr für die Offiziere der neuen Bundeswehr gesperrt sei. Nichts davon ist wahr und ich hoffe, man glaubt unserer Presseerklärung, daß dies Gebiet an die Bundesforstverwaltung übergeben wurde.

Abträglich im Prozeß des Zusammenwachsens sind auch die unterschiedlichen materiellen Voraussetzungen für die Soldaten Ost und West. Soldaten aus dem Westen bekommen ihr volles Gehalt und einen hohen steuerfreien Zuschlag, wenn sie in den neuen Bundesländern Dienst leisten. Aus der NVA kommende Soldaten erhalten ihr altes, leicht aufgebessertes, Gehalt. Die Aufbesserungen werden aber durch Kostensteigerungen aufgezehrt. Erst mit Einführung der Bundesbesoldungsordnung ab 01.07.1991 erhalten sie wenigstens 60% der Westvergütung. Hier ist es notwendig, deutlich zu machen, daß die Anpassung der Gehälter im öffentlichen Dienst nicht schneller gehen kann als in der Wirtschaft insgesamt. Es bleibt aber ein Ärgernis, wenn für gleiche Arbeit unterschiedliche Gehälter bezahlt werden und alle politischen Anstrengungen sollten darauf gerichtet sein, die notwendige Übergangszeit möglichst kurz zu halten.

Klar ist, daß die Öffentlichkeitsarbeit zur Zeit einen unendlich hohen Stellenwert hat. Wir dürfen uns nicht hinter Kasernenmauern verstecken und bemühen uns, die Bevölkerung, wo nur möglich, in unsere Veranstaltungen einzubeziehen. Ich gestatte die zeitweise Nutzung einer Straße, die quer über den Übungsplatz führt. Dies wird anerkannt.

Wir versuchen, auch auf die Kirchen zuzugehen. Soldaten im Gottesdienst sind die Pfarrer nicht gewohnt. Hier wird deutlich, daß es möglich ist, auch bei unterschiedli-

chen Grundpositionen menschlich zusammen zu kommen, wenn man die Ernsthaftigkeit der jeweiligen Entscheidungsakzeptiert. Wir brauchen die Diskussion und das Gespräch zwischen Soldaten und Seelsorgern. Auch und gerade mit den Soldaten, die der Kirche fern stehen und auch sehr bewußt der Kirche fern gehalten wurden. Es wäre schade, wenn der Prozeß des Suchens nach einer neuen Einstellung zu Staat und Gesellschaft im Bereich des Soldaten ohne die Beteiligung der Kirche vonstatten gehen würde. Es geht bei weitem nicht nur um Seelsorge für die wenigen Soldaten, die kirchlich gebunden sind und Seelsorge wünschen.

Wir haben alle erfahren, daß das Ziel nur gemeinsam zu erreichen ist. Die Zuversicht ist aber auch gewachsen, daß die Lösung der Aufgabe wirklich gelingen kann und wird. Von allen wird über lange Zeit ein Mehr an Leistungen gefordert werden, aber das Ziel lohnt die Mühe. Nicht alles Heil liegt im Westen. Wenn wir zusammen die neuen Streitkräfte aufbauen, gibt es vielleicht auch eine Chance, Fehlentwicklungen, wie zum Beispiel Bequemlichkeit, Wehleidigkeit und Bürokratisierung, zu korrigieren. Wir werden die Kluft überwinden und sind dabei, ein kleines Stück Einheit selbst zu gestalten. Nicht in erster Linie organisatorisch, sondern als Einheit der Menschen im Handeln, im Verstehen und im Vertrauen.



Brigadegeneral Hans-Peter von Kirchbach, geboren am 03.08.1941 in Weimar. 1960 Abitur in Koblenz. 1960 Eintritt in die Bundeswehr. Verwendungen als Zugführer, Batteriechef, Bataillonskommandeur, Chef des Stabes einer Panzergrenadierdivision, Arbeitsbereichsleiter im Planungsstab des Bundesministeriums für Verteidigung. 1988 U.S. Army War College Canislsle. 1989 Kommandeur der Westwaldbrigade Koblenz, seit 03.10.1990 Kommandeur der 9. Panzerdivision / Heimatschutzbrigade 41 Vorpommern Eggesin. Zahlreiche Veröffentlichungen in militärischen Fachzeitschriften zu operativen Fragen und Fragen der Inneren Führung.

ZEPpelin ZEPpelin ZEPpelin ZEPpelin ZEPpelin

Es fährt ein Zug nach irgendwo ...

Der ZEPpelin hat sich, speziell für das Heft 3/191, auf den Boden der Tatsachen (Ost) begeben und fährt gerade, zum Linienzug der Strecke "Irgenwie-Irgendwo" in der BBZ (bundesdeutsch besetzten Zone) umfunktioniert, die Spitzengeschwindigkeit von 1.991 km/Jahr. Wir befinden uns in einem Waggon der Ersten Klasse. Auswendig sind außerdem: ein Schaffner (selbsternannter Gott, aus Deutschland-West); ein Universitätsprofessor (ausgedient, altostdeutsch); ein Soldat der Bundeswehr (neuwestdeutsch, einst NVA); eine Frau (Dauerwelle, geblümtes Kleid).

Schaffner: (öffnet schwungvoll die Abteiltür) Guten Morgen, die Fahrkarten, bitte.

(Soldat springt auf, mit einem Griff den Fahrschein parat)

Das ist ein Fahrschein zweiter Klasse. Bitte verlassen Sie dieses Abteil.

Soldat: Aber schauen Sie doch, hier steht "1. Klasse".

Schaffner: Das kann nicht sein. NVA ist automatisch 2. Klasse, auch wenn wir beide eine Uniform tragen.

Soldat: Woher wissen Sie, daß ich ...

Schaffner: Sie können ja noch nicht einmal westdeutsch grüßen.

Haben Sie denn nichts dazugelernt in den letzten 10 Monaten?

Soldat: Also hören Sie mal! Ich hör' zwar gerne, daß ich noch einiges lernen muß, aber können tu' ich trotzdem so einiges.

Schaffner: Nun ja. Wir müssen uns auf längere Zeiträume einstellen. Es kommt auf Beharrlichkeit und Stehvermögen an.

Soldat: Kann ich denn nun hierbleiben?

Schließlich war ich früher bei Übungen erfolgreich und außerdem stets einsatzbereit.

Schaffner: Da muß ich meinen Vorgesetzten fragen. (Wendet sich dem zweiten Fahrgast zu) Und Ihre Fahrkarte, bitte?

Professor: Ich wurde bereits abgewickelt. (kichert)

Schaffner: Wie meinen Sie das?

Professor: Ich bin Professor, ich habe eine lebenslang gültige Fahrkarte für die 1. Klasse, ausgestellt im Jahre 1983. Sie ist bereits in der Vergangenheit kontrolliert worden.

Schaffner: In diesem Zug wird jeder Fahrgast mindestens einmal kontrolliert.

Professor: Sie schlagen in den östlichen Ländern vor, was Sie in Ihren eigenen Ländern nicht erreicht haben.

Schaffner: Also was ist nun, zeigen Sie mir Ihre Fahrkarte freiwillig oder muß ich meinen

Vorgesetzten rufen?

Professor: (wühlt in seinen Taschen und brummt zu der ihm gegenüber sitzenden Frau) Das Elend im Beitrittsgebiet der Ostdeutschen ist groß, größer aber ist das Elend in den Köpfen der selbsternannten Gutachter. (Findet die Karte und reicht sie dem Schaffner).

Schaffner: Dieser Fahrschein gilt seit dem Einigungsvertrag nicht mehr. Ich muß Sie bitten, nachzulösen.

Soldat: Typisch Professor. Tütelig bis zum Gehnichts mehr.

Wo bleibt da die Disziplin?

Professor: Die Gerüchte über die Hochschullehrer aus der ehemaligen DDR sind für viele Zeitgenossen angenehm, da sie Spekulationen darstellen, mit denen man sich in der chaotischen Realität zurechtzufinden sucht.

Soldat: (zum Schaffner) Herr Kollege - ich darf Sie doch so nennen? - waren Sie in der Bundeswehr?

Schaffner: Natürlich! Was denken Sie denn?!

Soldat: Verzeihung! Sagen Sie, stimmt es, daß es in jeder Mannschaftsstube einen Mikrowellenherd gibt und daß wir auch bald welche kriegen?

Schaffner: (zum Professor) Also einmal einfach Irgendwie - Irgendwo, zweiter Klasse ... Das macht dreiundachtzig Mark fünfzig. Hier Ihr Fahrschein. Haben Sie's passend?

Professor: Aber ich fahre 1. Klasse!

Schaffner: Nein, das geht nicht. Wir Westdeutschen waren und sind die Freien und Reichen, die Ostdeutschen sind wieder 2. Klasse.

Frau: Insbesondere müßten Männer einen Teil ihrer Privilegien, ihrer Macht abgeben, die sie stets für "natürlich" gehalten haben.

Daß sie dafür an anderer Stelle gewinnen würden - haben die wenigsten bisher verstanden.

(Schaffner und Soldat tauschen Blicke aus und grinsen.)

Professor: (erregt) Das ist Besatzermentalität. Durch Leute wie Sie habe ich meine Arbeit verloren.

Frau: Ich auch. Aber ohne Nachweis einer Kinderbetreuungsmöglichkeit erhalte ich keine Chance einer Umschulung, was umgekehrt Männern nie abverlangt wird.

Soldat: Bestimmt sind Sie 'ne rote Socke. Wieviel Kinder ham'se denn?

Frau: Zwei Mädchen.

Soldat: Sehn'se. Konzentrieren'se sich lieber auf Ihre wahren Ziele und Aufgaben. Bereiten'se Ihre Mädchen auf eine Heirat vor! Wie seh'n'se denn aus, die Mäuschen, vielleicht is' ja was für mich dabei!

(Lacht laut und schlägt sich auf die Schenkel.)

Frau: (ungerührt) Auch Männer verlieren etwas sehr Wertvolles: Das ist die Utopie einer

Gesellschaft, in der Frauen in dem Sinn gleichgestellt sind, daß sie selbstverständlich gleiche Chancen der Beteiligung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben. (Soldat und Schaffner brechen in schallendes Gelächter aus.)

Professor: (neigt sich der Frau zu, altväterlich) Alle wollen die Freiheit zum Nulltarif, alle reden von Solidarität, keiner sieht einen Grund, sie auch einzufordern. Tun Sie es wenigstens.

Frau: Immer wieder war und ist es in den alten Bundesländern zu hören, daß Ost-Frauen wesentlich emanzipierter als ihre westdeutschen Schwestern seien.

(seufzt) Da ist für uns nichts zu holen. Gleichzeitig ist es schwer, unsere Frauen für (frauen)politische Aktivitäten zu gewinnen, sie wollen von der Politik im Moment nichts mehr hören. (denkt einen Augenblick nach) Aber uns Frauen hier ist der Satz von Louise Otto bewußt "... die Frauen werden sich vergessen sehen, wenn sie selbst an sich zu denken vergessen".

Soldat: (prustet wieder los) Die hat zu viele confuse Bücher gelesen.

Schaffner: Nun mal halbblang, gute Frau. Jetzt haben wir uns Ihr Geschwätz lange genug angehört. Sie dürfen in diesem Zug ohnehin nicht fahren, wir führen nur Wagen erster und zweiter Klasse.

Frau: Ich zitiere eine Infas-Studie des BuMis für Frauen und Jugend: "In einigen Bereichen wird die Anpassung an westdeutsche Standards zu Friktionen führen." Hören Sie auf, mich auf diese lächerliche Art und Weise zu bevormunden.

Professor: Kein Lebensbereich in Stadt und Land, in den Betrieben und an den Hochschulen, der sich nicht bevormundet fühlt, an die Wand gedrückt ist.

Schaffner: (blaß vor Zorn) Sie halten Ihren Mund. Seien Sie froh, daß wir Sie in der 2. Klasse mitnehmen. (Professor drückt sich in seinen Ecksitz.)

Frau: (sarkastisch) Und ich? Muß ich jetzt aus dem Notausgang springen?

Schaffner: (zu Soldat) Sorgen Sie dafür, daß diese Person am nächsten Haltebahnhof meinen Zug verläßt. (knallt die Abteiltür hinter sich zu.)

Soldat: (zu sich selbst) Mit dienstlichen Erfolgen steigt das Selbstbewußtsein.

Professor: (resigniert) Wann gelingt es uns Deutschen endlich einmal, uns von selbst ernannten Göttern zu befreien?

(Ein langgezogener Pfiff schrillt, der Zug donnert in einen Tunnel und verschwindet.)

Barbara Toepfer

 Deutschland Ost Deutschland Ost Deutschland Ost

Entwicklungspädagogische Initiative in Ostdeutschland

Unterrichtshilfe per Fernleihe

Das Entwicklungspädagogische Informationszentrum "We are the world" an der Dr.-Albert-Schweizer Schule Vetschau (Land Brandenburg) ist ein Projekt von Schülern und Lehrern zur Förderung des entwicklungspolitischen Unterrichts und des "Eine-Welt-Gedankens" in der heutigen Zeit. Dabei sollen Formen der echten Solidarität und des Aufeinanderzugehens Inhalt unserer Arbeit sein.

In Zuge des Einigungsprozesses zog sich der DDR-Bürger immer mehr auf seine Probleme zurück. Wer will es verüben? Die neue Freiheit brachte auch Dinge zu Tage, welche zwar latent vorhanden waren, aber nie Gegenstand öffentlicher Diskussion war. Ich meine z.B. die Ausländerfeindlichkeit. Ein Mensch der nicht gewohnt war selbst Ausländer zu sein, bekam nun plötzlich seine Schwierigkeiten im Umgang mit denselben. Entwicklungspolitik war zumeist staatlich organisiert und NRO's gab es so gut wie keine.

In dieser Situation fanden wir uns zusammen. Schüler und Lehrer als Lernende - eine wunderbare Sache. Worauf wollen wir unsere Arbeit richten:

1. Wir geben allen Interessierten Informationen für die sogenannte 3. Welt. Dabei sind unsere speziellen Zielgruppen Schüler und Lehrer in den neuen Bundesländern. Das Informationsdefizit ist in einigen Punkten besonders groß. Ich denke da an Fragen der weltwirtschaftlichen Vernetzung, ökologische Fragen, die LOMÉ-Problematik, die Grundbedürfnisstrategien, die Rolle der Frauen und der Kinder in der sogenannten Dritten Welt.

2. Aufbereitete Unterrichtsprojekte sollen den Lehrern helfen, sich stärker als bisher mit solchen Fragen auseinanderzusetzen. Das erste von uns erstellte Projekt behan-

delt die Vernichtung des Tropischen Regenwaldes und die möglichen globalen Konsequenzen. Dazu wurden Lesematerialien, Folien, Karikaturen und Karten zusammengestellt, möglichst auf einen Klassensatz erweitert und zum Versand vorbereitet. Wir verleihen diese Materialien auf dem Postweg - kostenlos - gegen Erstattung der Postgebühren.

3. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Förderung des "Eine-Welt-Gedankens". Dabei fühlen wir uns insbesondere den ethischen und christlichen Vorstellungen von Albert Schweitzer verpflichtet.

Horst Siebert/ Martin Beyersdorf fragten in der ZEP 3/90 zu diesem Thema: "Machen wir engagierten Pädagoge/Innen, Dritte-Welt-Gruppen und Journalisten dem "Durchschnittsbürger" Angst? Wirken wir als moralische Instanz? Wecken wir Schuldgefühle? Was machen wir falsch? Selbst wenn ich die ersten Fragen mit "ja" beantworte und die letzte Frage mit "alles" (was nicht stimmt!), dann ist das immer noch besser als "Durchschnittsbürger" zu sein. Ich glaube, gerade wir im Osten müssen uns auf die kleinen Dinge konzentrieren und uns natürlich auch an einem kleinen Erfolg erfreuen.

Was sind kleine Erfolge? Schüler unserer Stadt demonstrierten gegen den Golfkrieg, völlig selbstständig organisiert und durchaus differenziert in ihren Forderungen. Seit über 15 Jahren leben in unserer Stadt ständig ca. 50 Auszubildende aus Mocambique. Nun müssen sie gehen. Zwei Sätze prangen an der Wand ihres Wohnblockes: "Neger raus" und "Nazis raus-Neger bleiben"!

Vielleicht mag der eine oder andere Leser über diese Beispiele lächeln. Aber sich zu

artikulieren, sich zu wehren und vielleicht auch einmal zur Minderheit zu gehören - durchaus nicht alltäglich bei uns - da sind wir noch am Lernen. Beim Aufbau des EPIZ fanden wir in den alten Bundesländern viele Freunde. Uns wurde auch große Unterstützung zuteil. Stellvertretend für viele möchten wir nennen: Misereor, Kindernothilfe e. V., Brot für die Welt, Dienste in Übersee, die Stiftungen "Die Mitarbeit" Bonn und "Umverteilen - Für eine solidarische Welt" sowie die Akademie Klausenhof.

Von letzterer wurde in den Winterferien ein 5-tägiges Seminar zu Problemen der Entwicklungszusammenarbeit organisiert und durchgeführt. 15 Schüler und Lehrer aus den Ländern Brandenburg und Sachsen nahmen daran teil. Beide Seiten haben sehr viel gelernt und wir sehen uns im Juli zur Fortsetzung wieder. Diese Begegnungen sind sehr wichtig. Wir müssen noch viel voneinander lernen. Auch wenn man zur Zeit das Gefühl hat, es ist eine Art "Einbahnstraße" von West nach Ost und wir können (oder sollen) gar nichts einbringen.

Es gibt noch viel Arbeit auf dem Weg nach Deutschland, nach Europa und für "Eine-Welt".
Lothar Kubitz

Für alle Interessierten, die mit uns in Kontakt treten wollen, unsere Adresse

Entwicklungspädagogisches
Informationszentrum
- EPIZ e.V. i.G.
"We are the world"
Dr. Albert-Schweitzer-Schule
August-Bebel-Str. 9
60-7544 Vetschau

Deutschland..

.. und die Dritte Welt. Streiflichter aus dem "Human Development Report" 1991

Deutschland ist das 14te Land in der Weltrangliste gemessen an einem Index allgemeiner Lebensqualität.

Ein Bericht des Entwicklungsprogramms der vereinten Nationen ordnet 160 Länder nach allgemeinen Kriterien menschlicher Lebensqualität und 88 Länder nach einem Index von 40 Freiheitsrechten.

In Deutschland werden 35 der 40 untersuchten Freiheitsrechte garantiert, es ist zusammen mit Belgien, Frankreich und Norwegen das 7te Land nach dem Freiheitsindex.

Heute ist die Welt freier als vor 5 Jahren: In 17 Ländern wurden Demokratien neu eingeführt.

Deutschland hat die niedrigste Inflationsrate in Europa sowie eine der niedrigsten Mordraten.

In industrialisierten Ländern leben 200 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze.

Eine Milliarde Menschen leben in der Welt unter der absoluten Armutsgrenze, 180 Millionen Kinder leiden an Unterernährung, 1,5 Milliarden Menschen sind ohne medizinische Versorgung, eine Milliarde Erwachsener können weder Schreiben noch Lesen.

50 Milliarden Dollar schlecht genutzter Gelder könnten zugunsten sozialer und menschlicher Entwicklung umverteilt werden.

Zu viel Geld wird für die Gehälter von Experten ausgegeben und zu wenig, um lokale Institutionen und technisches Wissen aufzubauen.

Nur 0,026% der Nationaleinkommen von OECD Ländern wird für soziale Aufgaben in Entwicklungsländern bereitgestellt (Ausbildung, Gesundheitswesen, ländliche Wasserversorgung, usw.).

Die Kosten für 10 Tage des Golfkrieges wären genug, um alle Kinder der Dritten Welt über die nächsten 10 Jahre impfen zu können.

Die Militärausgaben der Entwicklungsländer sind dreimal so schnell gestiegen, wie die der industrialisierten Welt.

Würden die Militärausgaben der Entwicklungsländer auf dem heutigen Stand eingefroren werden, könnten 20 Milliarden Dollar jährlich gespart werden.

1990 wurden 90% aller Babies in der Dritten Welt geboren.

Im Jahre 2025 werden 84% aller Menschen in der Dritten Welt leben.

In Zukunft wird die Zahl der Immigranten aus der Dritten Welt die Einwohnerzahl der USA, Kanadas und Australiens übersteigen.

Aus: United Nations "Human Development Report" 1991

Soziale Not in rei-

Hohes Einkommen ist keine Garantie gegen soziale Entbehrungen, sagt der "Bericht der menschlichen Entwicklung 1991". Natürlich haben viele reiche Gesellschaften nicht die gleichen Probleme wie die armen Entwicklungsländer. Die Lebenserwartung liegt im Durchschnitt bei über 70 Jahren, fast jeder hat Zugang zu reinem Wasser und zu elementarer Gesundheitsvorsorge, und niemand muß verhungern.

Trotz des Vorhandenseins der grundlegenden sozialen Leistungen gibt es beträchtliche soziale Not in den reichen Gesellschaften, nur trägt sie andere Züge. Insbesondere die Sozialstruktur erleidet Einbrüche. Auf je 100.000 Einwohner entfallen in Kanada 308 Drogenvergehen, in den USA 114 angezeigte Vergewaltigungen, in Ungarn 46 Selbstmorde und in der UdSSR 6 Mordopfer. Die Familiennormen ändern sich rasch, was oft zu individueller Entfremdung und Not führt. So hat Finnland beispielsweise den höchsten Anteil an Haushalten alleinstehender Eltern (10%) aufzuweisen, Schweden die höchste Rate unehelich geborener Kinder (42%), und die USA die höchste Scheidungsrate aller Industriestaaten (8%).

Paradoxerweise sind einige der sozialen Probleme in diesen Gesellschaften ein direktes Resultat ihres wirtschaftlichen Wohlstandes. Der durchschnittliche Mensch im Norden verbraucht dreimal so viel Energie wie der durchschnittliche Mensch im Süden. Damit produziert der Norden ungefähr die Hälfte der entstehenden sechs Milliarden Tonnen Treibgase pro Jahr, obwohl sein Anteil an der Weltbevölkerung nur bei 20% liegt. Die Lebensqualität ist in vielen industrialisierten Gesellschaften durch die eigenen Konsumgewohnheiten bedroht. Eine positive Nachricht wäre die, daß fast jede Familie im Norden über ein Auto verfügt, die negative Nachricht dazu wäre, daß von je 100.000 Einwohnern jährlich 433 Personen durch Verkehrsunfälle schwer verletzt werden. Der Wohlstand in Norden führt ferner zu jährlichen Ausgaben von mehr als 100 Milliarden Dollar für Narkotika, die wiederum ernsthafte soziale und individuelle Probleme hervorrufen.

Der Wohlstand koexistiert in den industrialisierten Gesellschaften mit einem beträchtlichen Ausmaß an Armut. In den westlichen Industriestaaten leben noch immer circa 100 Millionen Menschen

chen Gesellschaften

unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Diese Zahl vergrößert sich auf 200 Millionen, wenn man die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten hinzurechnet. In den USA beziehen mehr als 13% der Bevölkerung (32 Millionen) ein jährliches Einkommen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Von diesen Armen sind 40% unter 18 Jahre alt, und 31% sind Schwarze.

Eine solche Armut inmitten von Wohlstand fordert ihren eigenen schweren sozialen Tribut. In Großbritannien waren im Jahre 1989 offiziell 400.000 Menschen als obdachlos registriert. Fast die Hälfte davon waren Kinder. In den USA leben die männlichen Schwarzen Harlems (New York) durchschnittlich nur 46 Jahre - das ist weniger als die durchschnittliche Lebenserwartung Bangladeshs. In Japan sind die Löhne der Frauen nur halb so hoch wie die der Männer. Unter vielen derartigen Beispielen führt der Bericht auch die Lage der psychisch Kranken in reichen Gesellschaften an: "Seit 1820 haben in den USA nicht mehr so viele psychisch kranke Menschen unbehindert in öffentlichen Unterkünften, auf der Straße oder in Gefängnissen leben müssen."

Die industriellen Gesellschaften verfügen über genügend Geldmittel, um sich diesen Problemen zu stellen. Der Bericht veranschlagt für die 90er Jahre eine potentielle Friedensdividende von zwei Billionen Dollar, wenn die bereits angekündigten Einschnitte in die Rüstungsausgaben der Industrienationen auch tatsächlich durchgesetzt werden. Der Bericht regt an, daß die Industriestaaten einen Großteil dieser Friedensdividende dazu verwenden sollten, sich sowohl der sozialen Not im eigenen Lande als auch den sozialen Entbehrungen im Rest der Welt zu stellen. Dr. Mahbub Ul Haq, der Hauptautor des Berichts und Sonderberater des Administrators des UNDP, warnt: "Wenn sich die Politiker der reichen Nationen nicht den sozialen Problembereichen im eigenen Lande stellen, dann werden sie nur schwer davon zu überzeugen sein, Mitgefühl für die Armen in weit entfernten Ländern zeigen zu müssen. Die Sorge um die menschliche Entwicklung muß zu Hause beginnen".

Auszug aus dem
"Human Development Report" 1991
United Nations
Development Programme
Palais des Nations
CH-1211 Genève 10
Tel.: 798 58 50

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

Ho-Studien zur Entwicklungsforschung

P. Bartsch
Economic Development and the Human Environment
A study of impacts and repercussions with particulate reference to Kenya
1980, 196 S., DM 49,- ISBN 3-8039-0188-X (Nr. 8)

B. C. Schmidt
Wirtschaftswachstum und Diversifizierung der Produktion
Am Beispiel Ägypten und Iran
1980, VII, 196 S., DM 48,- ISBN 3-8039-0194-4 (Nr. 9)

C. Pollak
Neue Formen internationaler Unternehmenszusammenarbeit ohne Kapitalbeteiligung
1982, V, 161 S., DM 46,- ISBN 3-8039-0224-X (Nr. 10)

Braun/Halbach/Helmshrott u.a.
Direktinvestitionen in Entwicklungsländern
Bedeutung, Probleme und Risiken
1983, II, 257 S., DM 58,- ISBN 3-8039-0262-2 (Nr. 11)

C. Pollak/J. Riedel
Industriekooperation mit Schwellenländern
Bedeutung - Hindernisse - Förderung
1984, XII, 207 S., DM 54,- ISBN 3-8039-0300-9 (Nr. 12)

W. Ochal
Die Investitionsgüterindustrie der asiatischen Schwellenländer
Aufbau, Exporterfolge und Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland
1984, V, 118 S., DM 39,- ISBN 3-8039-0308-4 (Nr. 13)

J. v. Stockhausen
Theorie und Politik der Entwicklungshilfe
Eine Einführung in die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit
1986, 324 S., DM 68,- ISBN 3-8039-0332-1 (Nr. 14)

C. Pollak/J. Riedel
Wirtschaftsrecht im Entwicklungsprozeß der Dritten Welt
1986, 258 S., DM 58,- ISBN 3-8039-0336-X (Nr. 15)

R. Osterkamp
Die Investitionsgüterindustrie: Ein Wachstumsmotor für die Dritte Welt?
1987, V, 199 S., DM 54,- ISBN 3-8039-0334-3 (Nr. 16)

H. Helmshrott
Technologieimport und industrielle Forschung und Entwicklung in der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung von Indien und Südkorea
1987, VIII, 228 S., DM 58,- ISBN 3-8039-0342-4 (Nr. 17)

A. Ferdowsi/P.J. Opitz (Hrsg.)
Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen
Zur Rolle der Weltorganisation in Drittwelt-Konflikten
1987, 243 S., DM 58,- ISBN 3-8039-0353-X (Nr. 18)

D. Gemäßig
Kapitalexport und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern
Empirische und theoretische Analysen vor dem Hintergrund der Verschuldungsproblematik
1989, 275 S., DM 48,- ISBN 3-8039-0370-X (Nr. 19)

R. Osterkamp/A. J. Halbach
Strukturangepassung in Entwicklungsländern und flankierende Maßnahmen der Industrieländer
Empirische und theoretische Analysen vor dem Hintergrund der Verschuldungsproblematik
1990, 246 S., 58,- ISBN 3-8039-0386-6 (Nr. 20)

Matthias Cremer
Privatrechtliche Verträge als Instrument zur Beilegung staatlicher Ineffizienzen
Neue Ansätze in der Entwicklung eines internationalen Staatsinsolvenzrechtes
1990, 210 S., 54,- ISBN 3-8039-0389-0 (Nr. 21)

Ho-Studien-Sonderreihe "Information und Dokumentation"

A. Gälli
Taiwan: Ökonomische Fakten und Trends
196, XXXV, 178 S., DM 48,- ISBN 3-8039-0196-0 (Nr. 1)

Taiwan: Economic Facts and Trends
1990, XXXII, 163 S., DM 48,- ISBN 3-8039-0195-2

A. Gälli
Neue Wachstumsmärkte in Fernost
Acht Länder auf der Schwelle zur Wirtschaftsmacht
1983, XIV, 407 S., DM 100,- ISBN 3-8039-0279-7 (Nr. 2)

H. Laumer (Hrsg.)
Wachstumsmarkt Südostasien
Chancen und Risiken unternehmerischer Kooperation
1984, XI, 805 S., DM 100,- ISBN 3-8039-0292-4 (Nr. 3)
Referate und Diskussionsbeiträge der IFO-Tagung vom 19.-21. Oktober 1983 in München

H. Laumer
Die Direktinvestitionen der japanischen Wirtschaft in den Schwellenländern Ost- und Südostasiens
1983, VI, 82 S., DM 28,- ISBN 3-8039-0280-0 (Nr. 4)

A. Gälli/A. Alkazar
Der arabische Bankensektor
Bd. 1: Entwicklung, organisatorischer Aufbau und Zielsetzung, regionale und internationale Bedeutung
Bd. 2: Einzelanalysen und Anhang
1986, Bd. 1: XV, 384 S., Bd. 2: 211 S., DM 120,- ISBN 3-8039-0322-X (Nr. 5)

A. Gälli
Taiwan R.O.C.: A Chinese Challenge to the World Trade-Up to High-Tech
1987, 189 S., DM 35,- ISBN 3-8039-0350-5 (Nr. 6)

A. Gälli
Taiwan R.O.C.: Eine chinesische Herausforderung
Von der Handelsmacht zum Technologiezentrum
1988, 206 S., DM 35,- ISBN 3-8039-0358-0 (Nr. 6)

A. Gälli
Taiwan R.O.C.: Un défi chinois au monde
De la puissance commerciale au centre de technologie
1988, 200 S., DM 35,- ISBN 3-8039-0362-9 (Nr. 6)

D. Strack/S. Schönherr
Debt Survey of Developing Countries
An Improved Reporting System Approach
1989, 650 S., DM 120,- ISBN 3-8039-0368-8 (Nr. 7)

Weltforum Verlag

Weltforum Verlagsgesellschaft mbH für Politik und Auslandskunde
Marienburger Str. 22 · D-5000 Köln 51 (Marienburg) · Telefon (0221) 3 76 95-0



Wir kämpfen für

STROM OHNE ATOM!

Für Informationen über Greenpeace
bitte 3,60 DM in Briefmarken beilegen!

GREENPEACE

Vorsitzen 53, 2000 Hamburg 11

Wir kämpfen für

WENIGER MÜLL!

Ich möchte mehr über Greenpeace wissen!
Für Ihre Kosten habe ich 3,60 DM in Briefmarken beigelegt:

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort, Zustellpostamt

GREENPEACE

Greenpeace e.V., Vorsitzen 53, 2000 Hamburg 11
Spendenkonto: Nr. 2061-206, PGIroA Hamburg, BLZ 200 100 20

Profil des menschlichen Leids in den Industrieländern

MORD



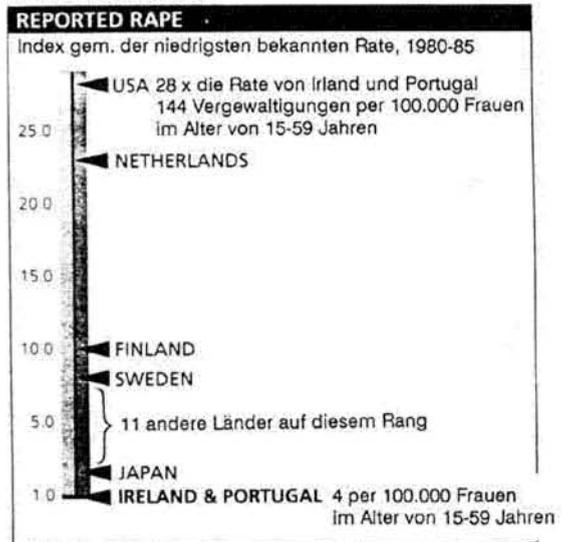
SELBSTMORD



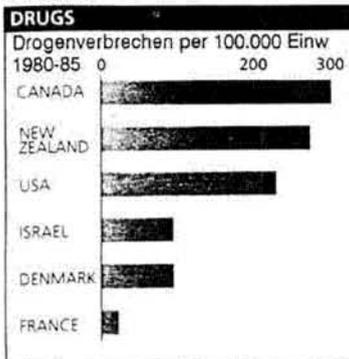
HÄFTLICHE



VERGEWALTIGUNGEN



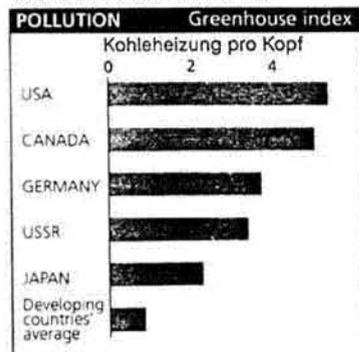
DROGEN



ARBEITSLOSIGKEIT

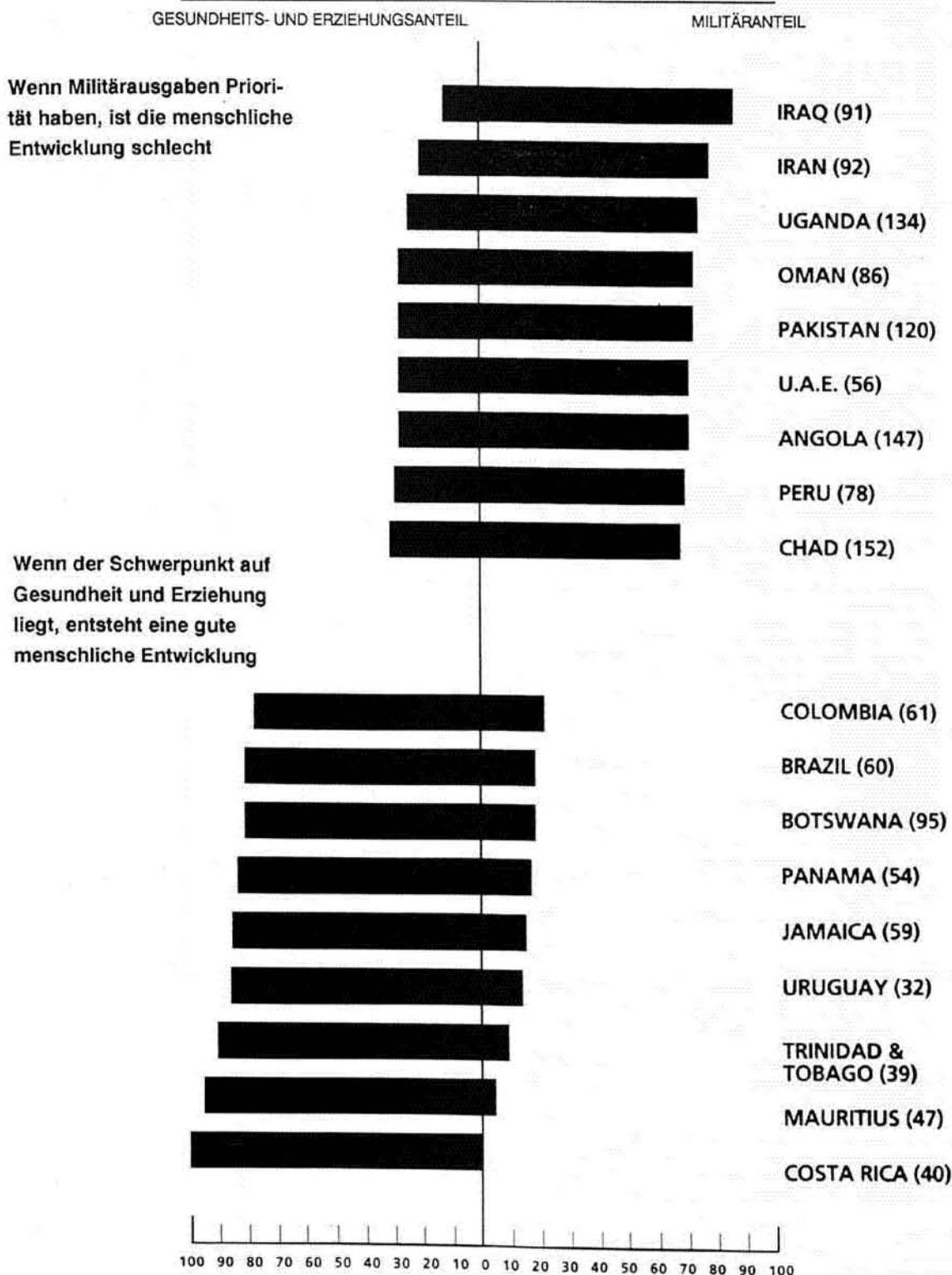


UMWELTVERSCHMUTZUNG



Darstellung von Militärausgaben und menschlicher Entwicklung

Verhältnis von Gesundheit und Erziehung zu Militärausgaben



Schlüsselindikatoren für Freiheit

Das Ziel menschlicher Entwicklung ist es, die Möglichkeiten der Menschen zu verbessern. Damit aber Menschen ihre Wahl treffen können, müssen sie Freiheit haben - kulturell, sozial, wirtschaftlich und politisch.
Der "Welt-Leitfaden für Menschenrechte" von Charles Humana benutzt 40 Indikatoren, um Freiheit zu messen:

Das Recht

- im eigenen Land zu reisen
- ins Ausland zu reisen
- friedlich miteinander zu verkehren und sich zu versammeln
- Ideen zu verbreiten und Informationen zu erhalten
- Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen
- volkseigene Sprache

Nichtvorhandensein von

- Zwangs- oder Kinderarbeit
- obligatorischer Arbeitserlaubnis
- außergesetzlicher Tötung oder "Verschwinden"
- Folter oder Zwang
- Todesstrafe
- körperlicher Züchtigung
- ungesetzlicher Festnahme
- Zwang zur Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation
- Religions- oder Staatsideologiestrang in Schulen
- Kunstzensur
- politischer Pressezensur
- Post- oder Telefonzensur

Freiheit zu

- friedlicher politischer Opposition
- Wahl zwischen mehreren Parteien in geheimer und allgemeiner Abstimmung
- politischer und gesetzlicher Gleichheit für Frauen
- sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit für Frauen
- sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit für ethnische Minderheiten
- unabhängigen Zeitungen
- unabhängigen Buchveröffentlichungen
- unabhängigen Radio- und Fernseh-Sendernetzen
- unabhängigen Gerichten
- unabhängigen Handelsvereinigungen

Das legale Recht

- auf eine Nationalität
- als unschuldig angesehen zu werden, bis einer Schuld erwiesen ist
- auf bei Bedarf freie gesetzliche Hilfe und Beratung nach eigener Wahl
- auf öffentliche Gerichtsverhandlungen
- auf umgehende Gerichtsverhandlung
- auf Schutz vor Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl
- auf Schutz vor willkürlicher Beschlagnahme von persönlichem Eigentum

Das persönliche Recht auf

- Schließung einer Ehe zwischen verschiedenen Rassen oder Religionen bzw. einer Zivilehe
- Gleichheit der Geschlechter während der Ehe und bei Scheidungsverfahren
- Homosexualität zwischen zustimmenden Erwachsenen
- freie Religionsausübung
- Geburtenkontrolle

Wenn man sich auf die Daten von 1985 im "Welt-Leitfaden für Menschenrechte" bezieht und jede geschützte Freiheit eine "Eins" und jede verletzte Freiheit eine "Null" erhalten hat, entsteht die nebenstehende Rangfolge der Länder.

Fußnoten:

1. Länder, in denen seit 1985 Mehrparteienwahlen stattgefunden haben, wurden mit einem Stern gekennzeichnet
2. Länder mit dem gleichen Freiheitsgrad wurden gem. HDI-Rang aufgelistet

Rangfolge der Länder

Hoher Rang der Freiheit
(31-40)

38	Sweden (1)
38	Denmark (2)
37	Netherlands (3)
36	Finland (4)
36	New Zealand (5)
36	Austria (6)
35	Norway (7)
35	France (8)
35	Germany, Fed. Rep. of (9)
35	Belgium (10)
34	Canada (11)
34	Switzerland (12)
33	USA (13)
33	Australia (14)
32	Japan (15)
32	United Kingdom (16)
31	Greece (17)
31	Costa Rica (18)

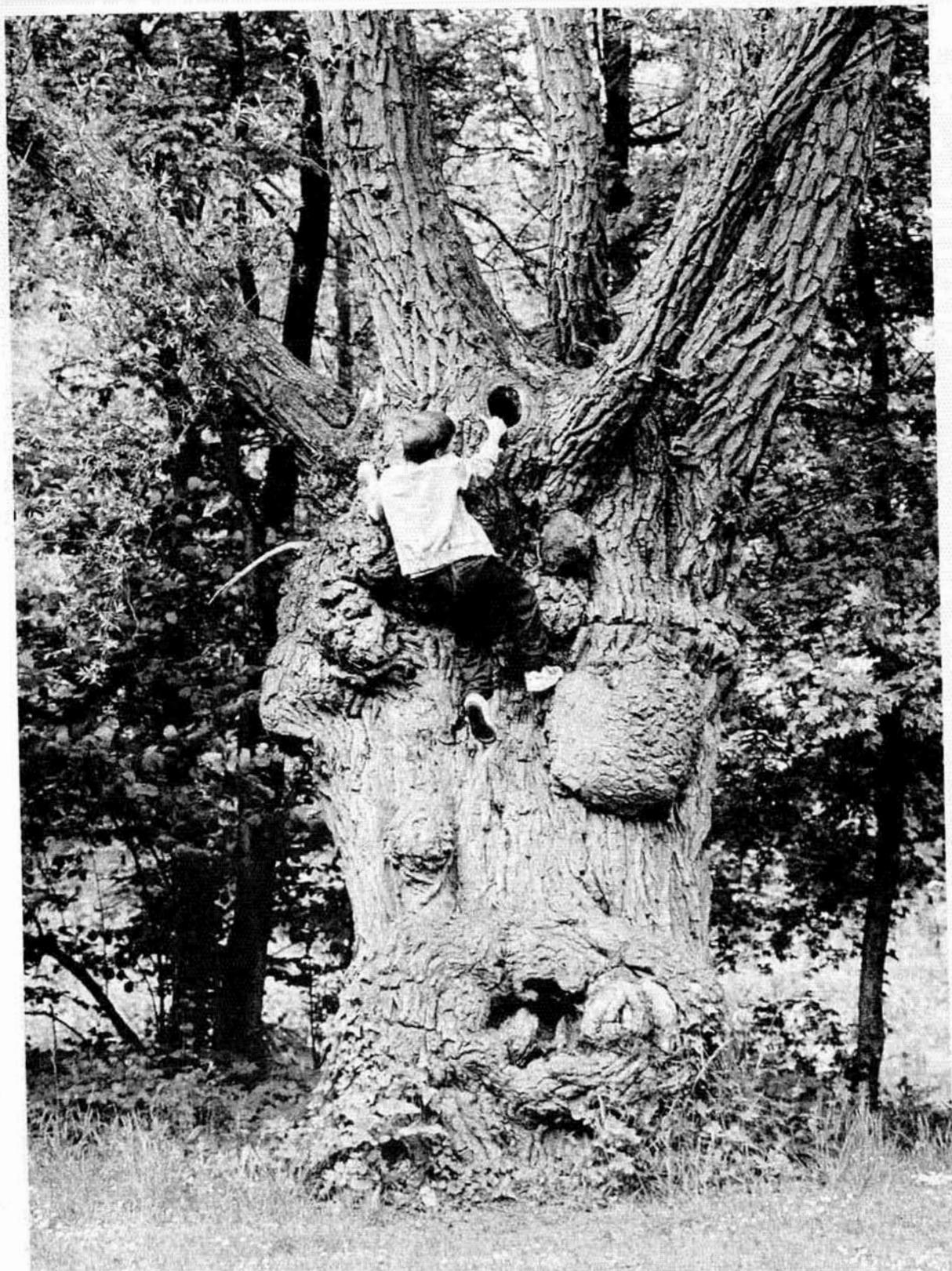
Mittlerer Rang der Freiheit
(11-30)

30	Portugal (19)
30	Papua New Guinea (20)
29	Italy (21)
29	Venezuela (22)
27	Ireland (23)
26	Spain (24)
26	Hong Kong (25)
26	Botswana (26)
25	Trinidad and Tobago (27)
*25	Argentina (28)
25	Jamaica (29)
24	Ecuador (30)
23	Senegal (31)
*21	Panama (32)
21	Dominican Rep. (33)
19	Israel (34)
*18	Brazil (35)
18	Bolivia (36)
16	Peru (37)
15	Mexico (38)
14	Korea, Rep. of (39)
14	Colombia (40)
14	Thailand (41)
14	India (42)
14	Sierra Leone (43)
13	Nigeria (44)
*13	Benin (45)
11	Singapore (46)
11	Sri Lanka (47)
11	Tunisia (48)
11	Egypt (49)
11	Ghana (50)

Niedriger Rang der Freiheit
(0-10)

*10	Poland (51)
*10	Paraguay (52)
*10	Philippines (53)
10	Tanzania, U. Rep. of (54)
9	Malaysia (55)
9	Zambia (56)
*9	Haiti (57)
8	Yugoslavia (58)
*8	Chile (59)
8	Kuwait (60)
*8	Algeria (61)
8	Zimbabwe (62)
8	Kenya (63)
8	Cameroon (64)
*7	Hungary (65)
7	Turkey (66)
7	Morocco (67)
7	Liberia (68)
*7	Bangladesh (69)
*6	German Dem. Rep. (70)
*6	Czechoslovakia (71)
6	Saudi Arabia (72)
6	Mozambique (73)
5	Cuba (74)
5	Syrian Arab Rep. (75)
5	Korea, Dem. Rep. of (76)
5	Indonesia (77)
5	Viet Nam (78)
*5	Pakistan (79)
5	Zaire (80)
*4	Bulgaria (81)
*3	USSR (82)
3	South Africa (83)
2	China (84)
2	Ethiopia (85)
*1	Romania (86)
1	Libyan Arab Jamahiriya (87)
0	Iraq (88)

Kinderspielplätze



Eine weitere Impression unseres Fotografen Achim Heinrichs (Tübingen) zum Thema Kinderspielplätze. Die Reihe, die wir in Heft 4(1990) eröffneten, wird fortgesetzt.

 Kommentar Kommentar Kommentar Kommentar

Bildung 2000: Dornröschenschlaf der Bildungspolitik?

Die bewegten Zeiten, in denen um bildungspolitische Fragen in öffentlichen Auseinandersetzungen und Landtagswahlkämpfen gestritten wurde, sind längst vorüber. Seit dem abrupten Abschwung der Bildungskonjunktur der frühen siebziger Jahre und der Auflösung des Deutschen Bildungsrates führt die Bildungspolitik ein Schattendasein. Daran hat auch die historische Entscheidung des Deutschen Bundestages wenig geändert, zum bisher ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Enquete-Kommission zu bildungspolitischen Fragen einzusetzen. Den Schlußbericht, den die Enquete-Kommission "Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000" unter dem Vorsitz von Eckart Kuhlwein im September 1990 nach fast dreijähriger Arbeit vorlegen konnte, stieß bislang weder in Politik und Öffentlichkeit, noch in Erziehungswissenschaft und Bildungspraxis auf nennenswerte Resonanz (hervorzuheben ist allenfalls die kritisch-distanzierte Auseinandersetzung des Arbeitskreises "Bildung 2002" mit dem Enquete-Bericht, vgl. Buchbesprechung in diesem Heft).

Dabei umriß die im Einsetzungsauftrag des Bundestages formulierte Tagesordnung einen Problemhorizont, angesichts dessen die Kommissionsarbeit höchste Aufmerksamkeit verdient gehabt hätte - trotz der Unzulänglichkeit der Antworten, die die Kommission letztlich zu geben vermochte. Denn die Bundestagsparteien hatten sich vorgenommen, nach bildungspolitischen Antworten auf die bevorstehenden technologischen Umwälzungen der Industriegesellschaft, auf den gesellschaftlichen Strukturwandel, die anwachsenden ökologischen Probleme und die zunehmende internationale Interdependenz zu suchen. Neben der besonderen Rolle, die dem Bildungswesen der Zukunft für das ge-

sellschaftspolitische Ziel der Geschlechtergleichstellung zukommen müsse, sollten schließlich auch die bildungspolitischen Konsequenzen aus der Schaffung des EG-Binnenmarktes eigens thematisiert werden.

Zu allen diesen Aspekten finden sich im Schlußbericht denn auch blumige Anmerkungen. Von einem Orientierungsrahmen für die zukünftige Bildungspolitik allerdings kann wohl kaum die Rede sein. Denn einerseits hat die vollständige Ausblendung des Bereichs der allgemeinbildenden Schulen die Auseinandersetzung mit den heikelsten bildungspolitischen Fragen von vorne herein ausgeschlossen. Auf Druck vor allem der unionsregierten Länder hatte die konservative Mehrheit im Bundestag die Begrenzung des Arbeitsauftrages der Enquete-Kommission auf jene Bildungsbereiche durchgesetzt, die in Bundeskompetenz stehen, also die Berufs- und Weiterbildung, sowie die Hochschulen. Daß die Länder keine Abstriche an ihrer Schulhoheit hinzunehmen gewillt sind mag ja seine guten Gründe haben - daß dem Bundestag allerdings die Legitimation abgesprochen wird, über grenzüberschreitende Herausforderungen für das Schulwesen nachzudenken, belegt den höchst provinziellen Charakter des bundesdeutschen Bildungsföderalismus. Immerhin hatten die Grünen und die SPD die Einsetzung dieser Enquete-Kommission zunächst gerade auf dem Hintergrund der breiten Schülerproteste der Jahre 1986 und 1987 beantragt. Die brisanten Problemen, die die Schüler auf die Straße getragen hatten, konnte nun im Enquete-Bericht nicht mehr zur Sprache kommen.

Die Reichweite der Empfehlungen bleibt aber auch aus einem zweiten formalen Grund höchst begrenzt: in kaum einer substantiellen Frage vermochten sich

konservativ-liberale und rot-grüne Kommissionsmitglieder auf eine gemeinsame Position zu einigen. Die Gemeinsamkeiten beschränken sich weitgehend auf allgemeine Leerformeln und konvergierende Auffassungen zum Arbeitsschwerpunkt "Bildung in Europa". In allen wesentlichen Bereichen ist der Schlußbericht konsequent zweigleisig angelegt und in eine (konservativ-liberale) Mehrheitsauffassung und (rot-grüne) Minderheitsauffassung geteilt. Nicht die Kontroverse an sich ist beklagenswert, als vielmehr die ihr zugrundeliegende strikte parteipolitische Polarisierung. Trotz der bildungspolitischen Flaute der letzten Jahre hält sich erstaunlich hartnäckig jene parteipolitisch-ideologische Konfrontation, in der sich die Bildungspolitik oftmals jenseits aller Sachfragen zu Beginn der siebziger Jahre zerrieb. Eine höchst dürftige Lernfähigkeit offenbart dabei vor allem die konservative Position, deren Mehrheitsauffassung im zentralen Abschnitt "Grundherausforderungen und Orientierungen für die zukünftige Bildungspolitik" scheinbar bruchlos an die gegenreformerischen "Mut zur Erziehung"-Appelle der siebziger Jahre anzuschließen vermag. Die Problemlage der Zukunft wird primär als ein Werte-Problem beschrieben - die Aufgabe von Erziehung angesichts eines verwirrenden Wertewandels ist es, "zu einer Stabilisierung der Wertlage" (S. 19) beizutragen. Immerhin kommen auch konservative Bildungspolitiker nicht umhin, die bislang von ihnen verteuftelten, aber nun vom wirtschaftlich-technologischen Wandel erzwungenen neuen Werte "wie Emanzipation, Gleichbehandlung, Kreativität, Ungebundenheit und Selbstverwirklichung" (ebd.) anzuerkennen und mit den alten Pflicht- und Akzeptanz-Werten zu versöhnen. Die soziale, wirtschaftliche und technologische Entwicklung schreitet voran, die Erziehung

Kommentar Kommentar Kommentar Leserbrief

soll, indem sie "Sinnorientierung" und "Selbstbeherrschung" vermittelt, dafür sorgen, daß der Mensch noch mitkommt...

Das Verhältnis zwischen Bildung und technologischem Strukturwandel wird demgegenüber in der Minderheitsauffassung differenzierter bestimmt. Hier wird die Reduzierung der Bildung z.B. durch das Konzept der Schlüsselqualifikationen auf die Lern- und Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden sozialen und beruflichen Bedingungen ebenso zurückgewiesen wie ein gegenüber gesellschaftlichem Wandel blindes neuhumanistisches Bildungsideal. Gesucht wird nach einer "verbindenden Bildungsidee", die sich auf die Prinzipien "Verständigungsfähigkeit", "Erkenntnisfähigkeit" und "Gestaltungsfähigkeit" stützt. Die Forderungen nach der Verankerung des Menschenrechts auf Bildung als Grundrecht in einer neuen deutschen Verfassung und zur Gleichstellung der Frau, die Überlegungen zur Neuverteilung der Lernzeiten auf das Leben, die Umrisse einer ökologisch orientierten Handlungskompetenz und die Folgerungen aus der Internationalisierung von Bildungswesen und Gesellschaft, eröffnen durchaus eine Reihe von bildungspolitischen Perspektiven über das Jahrzehnt hinaus, über die weiter nachzudenken lohnt.

In Mehrheits- wie in Minderheitsposition allerdings bleibt die pädagogische Herausforderung den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen nachgeordnet. Bildung wird als Instrument zur Bewältigung des sozialen Wandels bzw. zur Abfederung seiner Folgen verstanden. Die pädagogische Hybris der Bildungsreform-Ära ist auch bei den "Linken" verfloren. Davon, daß Bildungspolitik ein Hebel der Gesellschaftsreform sei, wie man seinerzeit erhoffte, ist heute nicht mehr die Rede. Dies kann wohl auch aus der Sicht staatstragender Parteien nicht mehr widerspruchsfrei formuliert werden. So aber kommt nicht in den Blick, welchen Beitrag Lern-, Erziehungs- und Bildungsprozesse für die Gestaltung unserer Zukunft - und nicht nur ihre bloße Bewältigung - leisten können und müssen.

Auch in einem anderen bildungspolitischen Positionspapier des vergangenen Jahres kommt diese eher fatalistische Einstellung zum Gang des sozialen und wissenschaftlich-technologischen Wan-

dels, die der Bildung nur noch den Rang eines nachträglichen Reparaturmechanismus einräumt, zum Ausdruck. Der damalige Bildungsminister Möllemann hatte im Januar 1990 eine Kommission von Experten unter Leitung von Hellmut Becker damit beauftragt, Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" in geeignete Bildungsmaßnahmen zu entwickeln. Der Ergebnisbericht "Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung" wurde im Juli 1990 vorgelegt. Zwar konnte von diesem Bericht aufgrund des eng umgrenzten Arbeitsauftrages und der höchst heterogenen Mitgliederstruktur gewiss kein Entwurf für eine ökologisch orientierte Bildungsreform erwartet werden, gleichwohl bleiben die formulierten Empfehlungen angesichts der dramatischen Problemlage erstaunlich blaß. Als erste Herausforderung an das Bildungssystem wird formuliert, Mensch und Natur als Einheit zu sehen. Interdisziplinäre Herangehensweise, fächerverbindendes Unterrichten, handlungsorientiertes Lernen, ökologische Fundierung der Lehrerbildung und ähnlich lauten die pragmatischen Empfehlungen der Kommission. Die Anleitung zur individuellen Verhaltensänderung steht dementsprechend im Mittelpunkt, auch wenn einleitend wenigstens darauf verwiesen wird, daß auch andere Konzeptionen der Umweltbildung denkbar wären, die z.B. die Bedeutung der politischen Entscheidungsebene oder eines kollektiven Bewußtseinswandels stärker betonen.

Bei allen Unzulänglichkeiten, die beiden bildungspolitischen Berichten anzurechnen sind, geht von ihnen doch ein positives Signal aus: an der Schwelle zum 21. Jahrhundert scheint die Bildungspolitik langsam aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen. Die Auseinandersetzung über die zukünftigen Aufgaben des Bildungssystems sollte allerdings nicht staatlich beauftragten Experten- und Politiker-Kommissionen vorbehalten bleiben. Alternative Bildungsräte auf den verschiedensten Ebenen und unter Partizipation der Lehrenden und Lernenden könnten dazu beitragen, die notwendige öffentliche Diskussion über die zukünftige Bildungspolitik wachzutrüben.

Leserbrief

Vielleicht schon heute einige Gedanken zum Thema. Ich las den Artikel von Vera Fünfstück (ZEP 1/91). Vieles, was die interviewten Jugendlichen aussagen, ist die krasse Wirklichkeit, in der wir leben. Ich persönlich finde, wir aus dem Osten werden für ziemlich dumm verkauft. Allerdings möchte ich auch beinahe denken, die Schuld liegt bis zu einem gewissen Grad auch bei uns selbst. Ich bin bestürzt über die Naivität, die hier herrscht; wie sich die Menschen von der Medienwelt beeinflussen lassen. Man ist dem scheinbar noch nicht so recht gewachsen. Das ist allerdings auch kein Wunder, bei der Medienflut, welche uns hier überschwemmt. Letztens weilte ich in Köln und staunte, welche gute Literatur in den Buchläden angeboten wird. Bei uns - nur Kitsch! Ja, man sollte die Dinge tatsächlich beim Namen nennen. Überhaupt scheint die "Kitschindustrie" bei uns einen reißenden Absatz zu haben. Meiner Meinung nach müßten die sogenannten Kosten der Einheit längst erbracht sein, betrachtet man die Umsatzsteigerung verschiedenster Firmen (westlicher Firmen, natürlich). Das Phänomen Werbung tut sein Bestes. Und das ist für mich besonders erschreckend. Denn ich habe den Eindruck, die Medienwelt dient in hohem Grade dazu, durch psychologisch ausgeklügelte Verfahrensweisen den Menschen so zu "erziehen", wie ihn die Mächtigen brauchen. Einkaufsfreudig, zunehmend materiell anspruchsvoll, um seine Existenz bzw. den Verlust seiner persönlichen Vorteile bangend, deshalb politisch anpassungsfähig und untätig. Denn letztendlich ist es ja doch der kleine Mann von der Straße, der durch seinen Konsum und seine Steuerabgaben den Weltmarkt aufrechterhält. Würde der Verbrauchermärkte nicht mehr funktionieren, es wäre der Zusammenbruch der "industrialisierten" Welt. Nicht umsonst werden die größten Bestrebungen unternommen, die Absatzmärkte bis in den letzten Winkel der Erde auszudehnen. Und deshalb (nur deshalb) müssen auch noch die letzten "Primitiven" "zivilisiert" werden. Obwohl ich jetzt etwas abschweifen mag, möchte ich ein konkretes Beispiel aus Laos, also meinem Spezialgebiet, einfügen. Im nachbarlichen Schwellenland Thailand, dessen Wirtschaft zu einem beachtlichen Teil in ausländischer Hand liegt, ist der Binnenmarkt erschlossen und weitgehend ausgefüllt. Also mußte man sich nach neuen Absatzmärkten umsehen. Man richtete seinen Blick also nach Norden, nach Laos. Die Laoten aber, ein sehr genügsames und materiell anspruchsloses Volk, welches

(Klaus Seitz)

Leserbrief

Rezension Rezension Rezension

nichts mehr wünschte, als Frieden und "sanuk" - Freude am Leben - zu haben, waren aber gar nicht an den modernen, fremdartigen Dingen aus Thailand interessiert. Also mußte man diesen "unzivilisierten Träumern" den europäischen Lebensstil - ganz nach dem Motto: weg von Sitten und Gebräuchen, auf in die Welt des Konsum! - erst einmal schmackhaft machen. Kernpunkt war dabei die Einführung einer neuen Ethik: "Hast du was, dann bist du was". In der grenznahen Hauptstadt wurden bzw. werden Fernsehapparate, Modekataloge, Jugendjournale usw. billig verkauft oder verschenkt, und schon nach kurzer Zeit stellt sich der Erfolg ein. Das bisher stolze Volk fühlt sich "arm". Wenn die Laoten wüßten, wie reich sie sind bzw. waren mit ihren herzlichen sozialen Beziehungen, ihrem unkomplizierten Leben ohne Streß und Ärger, ohne große Existenzsorgen usw. Diese eingebildete oder eingeredete "Armut" wollen die Laoten nun überwinden, indem sie ihren Tropenwald (momentan noch etwa 60 % der Landesfläche) verkaufen, ausländische Industrien ins Land lassen und absolute Billiglöhne akzeptieren oder ihre Kultur und Umwelt zugunsten des Tourismus zerrütten. Ich bin schockiert! Ich wollte an diesem Beispiel zeigen, was bei uns in Ostdeutschland in etwa genauso geschieht. Sicherlich nicht ganz so krass.

Der große chinesische Philosoph Laotse erkannte schon vor mehr als 2000 Jahren: "Mit Waffengewalt kann man ein Reich an sich reißen - mit Mitteln des Geistes gewinnt man die ganze Welt." Oh, wie wahr! Allerdings hatte er damals andere Ziele, als sie die Realität heute zeigt. Daß nämlich ein Großteil der Menschheit mit Hilfe von geistigen Mitteln zugunsten von wenigen ausgebeutet werden, ihrer Arbeits- und Lebenskraft beraubt werden, ihre Kultur, Moral und Ethik für materielle Werte aufgeben. Der Ost-West-Konflikt ist vielleicht ein Nord-Süd-Konflikt im Kleinen, allerdings schneiden wir Ostdeutschen dabei noch bedeutend besser ab als die übrigen zwei Drittel der Menschheit. Dies sollen einige erste Gedanken von mir gewesen sein und Sie sehen schon, für mich ist das Ost-West-Problem nicht ein "Kapitel für sich", sondern es mündet irgendwo auch immer in das globale Problem, welches eigentlich jeden in Ost und West zu denken geben sollte. Insofern bin ich genau Ihrer Meinung: Öffentlichkeit tut not. Jedoch frage ich mich, wie groß unsere Chancen sind, den Menschen hier Vernunft beizubringen. Nun, der Gang unserer Gesellschaft wird es uns zeigen!

Jana Raendchen (Berlin)

Hans-Joachim Maaz:

Der Gefühlsstau.

Ein Psychogramm der DDR. Argon Verlag, Berlin 1990, 244 Seiten.

Der Autor ist renommiert. Das Thema ist aktuell. Das Buch ist recht neu. All dies spricht für die Lektüre des Psychogramms des Therapeuten Hans-Joachim Maaz. Verständlich ist seine Sprache obendrein. Sein Ansatz ist fundiert. Und er erklärt nicht nur andere sondern - in einem Nachwort - auch sich selbst.

Selten habe ich Historie und Gegenwart so spannend beschrieben und interpretiert erlebt wie in diesem Buch - und das ganz ohne Dramaturgie, die Handlungsfäden ziehen könnte, um Langeweile vorzubeugen.

Hans-Joachim Maaz arbeitet die Vergangenheit der DDR seit 1945 auf und erlaubt sich dabei gelegentliche Rückgriffe in die gemeinsame deutsche Vergangenheit. Die errichtete Diktatur im real existierenden Sozialismus war für ihn der politische Ausdruck der seelischen Störung der neuen Machthaber, deren Einengung sich als ein System von Nötigungen über den Alltag der DDR-Bürger ergoß.

Doch die Opfer dieser Ergüsse von Nötigungen sind immer auch Täter. Wer würde dem widersprechen? Den Autor interessiert vor allem, wie es zu dem kollektiven Verhalten der "Unterdrückten" kam.

In der beschriebenen Gesellschaft hatten Individualität und eigener Wille keinen Platz, es galt sie zu hemmen und zu brechen. Was die staatliche Erziehung nicht vermochte und elterliche Erziehung nicht kompensierte, besorgten die Kinder im Umgang miteinander: Schadenfreude, Hohngelächter und Hänseleien waren die Gruppenantworten auf Normabweicher. Dieses ventilartige Abreagieren tabuisierter Aggressionen war obendrein eine ausgezeichnete Voraussetzung für die spätere zwanglose Eingliederung in systemimmanente Feind- und Haßprojektionen auf Schwule, Ausländer, Andersdenkende und Klassenfeinde.

Allein diese bisher sehr verkürzt dargestellten Fakten und Interpretationen profilieren das Buch nur geringfügig von gleichthemigen. Maaz wagt mehr. Er enthüllt die

oft glorifizierte Rolle der DDR V-Kirche als Schutzspenderin und Formierungshelferin, als eine die Schlupflöcher des Machtstaates stopfende Institution. Es sei ihr auch darum gegangen, das entstandene Vakuum religiöser Macht - es läßt sich durch Mitglieder- und Besucherzahlen der Gottesdienste belegen - durch ehrenwertes Protestpotential aufzufüllen. Hier reglementierte ein vermitteltes Gottesbild der übermenschlichen, alles wissenden und sehenden Autorität, die Phantasien und heimlichen inneren Widerstand unter Straft- und Schuldangst stellte. Nicht Handlung war die Antwort auf Fragen der Gläubigen, sondern der Hinweis auf die Kraft des Glaubens.

Die Menschen gerieten in innere und äußere Mangelzustände, die uns bekannt sind, jedoch oft von uns bagatellisiert werden. Wir finden sie als vereinzelte (damit aber nicht seltene) Symptome in unserer Gesellschaft (alte BRD). Als Bestandteil eines totalitären Systems sind sie für die Persönlichkeitsentwicklung des Menschen eine Katastrophe: kein freies Atmen (Umweltverschmutzung, Sauerstoffmangel); vernachlässigtes Stillsitzen; rigide Sauberkeitserziehung; unnatürlicher Lebensrhythmus der Kinder; sexualfeindliche Erziehung; kein freies und ungehindertes Denken und Fühlen; schwere Frustration der Bedürfnisse "Lieben" und "Geliebtwerden"; Kontakt-Haben, Verstanden-Sein, Dazu-Gehören nur bei Anpassung; Reglementierung spiritueller Bedürfnisse durch Staat und Kirche. Hinzu kamen die äußeren Mangelzustände der Unterversorgung mit Waren, des ständigen Organisierensmüssens und der kleinen Korruption der Beziehungen.

Von diesem inneren Elend abzulenken half das Lamentieren über die äußere Situation. Die inneren Wunden wurden mangels Kompensationsmöglichkeiten vertieft, der äußere Verfall wiederum beschleunigt. (In diesem Zusammenhang nutzt der Autor, der sich ansonsten damit sehr zurückhält, die Ausdrucksmöglichkeit seiner Skepsis gegenüber dem wesentlichen Konsumrausch und verweist auf dessen kompensatorische Funktion). Die DDR-Bürger waren ihrer Natürlichkeit entfrem-

Rezension Rezension Rezension Rezension Rezension



det, ihre Emotionen waren blockiert hinter einer Fassade der Freundlichkeit. Ist aber das Gefühl abgespalten, so fehlt dem Menschen eine wichtige Orientierungshilfe im Leben. Versorgungsmentalität ist Ausdruck der erfolgten Persönlichkeitsspaltung. Wie im "Ödipuskomplex" befangen erschien Maaz sein Land oftmals. Haß und kleinkindlicher Kampf gegen den "Vater" Staat auf der einen Seite, während auf der anderen Seite der "Mutter" Kirche gerne unter den "Rock" gekrochen wurde, den diese obendrein noch bereitwillig lüpfte. Wer könnte sich diesem einprägsamen Bild entziehen?

Doch nicht nur die gedankliche Klarheit und bildhafte Ausdrucksfähigkeit des Autors hielten mich während des Lesens, das ich "in einem Rutsch" genoß, in Bann. Es war seine für einen Laien wie mich provokative Zementierung des Entwicklungsstandes der ostdeutschen Menschen. "In der Sprache der analytischen Psychotherapie" ... "oral" und "anal" nennt er die Stufe. Das Wahlergebnis vom 18. März bestätigte die These der oralen Fixation (Hoffnung auf DM und Konsum, d.h. Hoffnung auf Linderung eines Mangelsyndroms). Deziert erklärt er in einem Kapitel "Zur Psychologie der Wende", warum die DDR-Bürger zur direkten Machtübernahme nicht fähig und zur Wahl der Initiatoren der "Revolution" nicht geneigt waren. Und nun wird von ihnen eine emotionale und kognitive Verarbeitung ihrer seit Generationen brachliegenden Vergangenheit erwartet, die sie überfordert und ängstigt. Die Folgen wie psychosomatische Erkrankungen, Kriminalität, Ausländerhaß usw. sind uns bekannt.

Doch die Autoritätsproblematik ist genauso eine westdeutsche wie eine ostdeutsche, und auf beiden Polen ist sie unbearbeitet. Nach dem 2. Weltkrieg zerfielen wir in zwei Staaten, denen jeweils Systeme und Feindbilder aufgezwungen wurden. Das gemeinsame unbewußte Leid, nämlich die deutsche Vergangenheit vor '45, - hier bedient sich Maaz des "Kollusionskonzeptes" in der Analyse der Paarbeziehungen von Jürg Willi- wird im deutsch-deutschen Verhältnis auf verschiedenen, meist gegensätzlichen Positionen ausgetragen oder abgewehrt. Die Pole dieser mich faszinierenden "Kollusions"-Wippe sind:

Wohlstandsrausch	--	Unterwerfung und Abhängigkeit;
Psychoathleten und Siegerpose	--	Hilflosigkeit und Versorgungsmentalität
herrschen	--	sich fügen

Der rauschartigen Katharsis folgten Scham und Beschämung. Mit der Scham einher gehen Gefühle, "einverbleibt", "vereinahmt", "ausverkauft" und "geschluckt und verdaut" worden zu sein. Die Chance, sich nach den Umarmungen ehrlich zu begegnen und Schmerz zu (er)leben, wurde vertan, stattdessen wurde von beiden Seiten das Geld dazwischengeschoben. Doch wären wir "Wessis" etwas entkrampfter und gemüthlicher, so der Autor, könnten die "Ossis", erwachsen(dem Bedürfnis und nicht Druck folgend, Aktivität und Kreativität entfalten. Ich denke, daß jeder "Wessi", den die Dominanz eines Mitmenschen hemmt oder hemmt, weiß, wovon die Rede ist. Doch der Prozeß braucht Zeit. Der alte Zwang, "sei unfrei" ist genauso schlimm wie der neue Zwang "sei frei". Eine schnelle Umstellung, mahnt Maaz, ist nur als neue Maske möglich.

Abschließend zeigt Maaz eine Fülle von Handlungsmöglichkeiten für Therapeuten und Mediziner auf. Doch auch für alle westdeutschen Entscheidungsträger ist das Psychogramm ein unersetzliches Handbuch. Lesen sie es und ändern sie nicht unverzüglich ihr Gebaren, so müßten bei künftigen TV-Statements über die Menschen in den "neuen Bundesländern" ihre schamroten Gesichter wie überreife Tomaten aus den Bildschirmen springen.

Deutschland - ein Entwicklungsland? Das Buch hilft beim Denken. Die aus ihm abzuleitende Antwort ist: ja! Aber das ganze Deutschland. Nicht nur die "Ossis" sind, wie beschrieben, anal fixiert, auch unsere Lieblingsbeschäftigungen sind Fressen,

Saufen, Konsumieren, und zwar möglichst pausenlos. Regress in unserer westdeutschen Entwicklung, oder haben auch wir diese Stufe nie überschritten? Das Psychogramm hält nicht nur "Ossis" einen Spiegel vor ihr Gesicht, sondern jedem einzelnen "Hochzivilisierten". Die Entfremdung von der eigenen Natürlichkeit finde ich auch im Beamtentum, das Spontaneität und Ehrlichkeit über Sanktionen und Kleingeist austreibt; der Ausdruck "wie unappetitlich" beim Anblick des Stillens eines mehr als drei Monate alten Säuglings in den Gesichtern von Mitmenschen ist mir bestens bekannt (nicht wegen der Schadstoffe in der Milch, sondern der Tabuisierung dieser uralten Form der gegenseitigen Lustbefriedigung); die Fähigkeit, Liebe zu nehmen und Liebe zu geben läßt spürbar nach; wer sich nicht anpaßt, wird auch in den alten Bundesländern sanktioniert - wir sind uns so nah, wir "Ossis" und "Wessis". Es sind nicht nur die verschiedenen Systeme, die uns mit ganz unterschiedlicher Rigidität Fassaden aufgezwungen haben, auf die wir nicht mehr glauben, verzichten zu können. Die meisten von uns sind (kommunikations-)arm und einsam geworden hinter diesen Fassaden - die Kluft zwischen Ost und West trennt, so wird durch eine Reflexion der Thesen des Autors offensichtlich - sehr viel mehr Gemeinsames als viele ahnten. Maaz hat Hoffnung, daß interne Mitteilungen unsere Befindlichkeiten ohne die sozialen Masken die Kluft schmälern werden. Mein etwas profaner Tip: Buch lesen, verstehen, lernen, weitergeben. Und darüber mit ganz vielen "Ossis" und "Wessis" reden ...

Barbara Toepfer

Wir kämpfen für

SAUBERE FLÜSSE!

Für Informationen über Greenpeace bitte 3,60 DM in Briefmarken beilegen!

GREENPEACE

Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11

Wir kämpfen für

WENIGER MÜLL!

Für Informationen über Greenpeace bitte 3,60 DM in Briefmarken beilegen!

GREENPEACE

Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11

Rezension Rezension Rezension Rezension Rezension

Marie-Theres Albert, Dolly Conto de Knoll, Norbert Epstein:

Die Deutsche Hochschule - Wege und Irrwege für ausländische Studierende;

Bausteine für ein Konzept zum Interkulturellen Lernen; Berlin; TUB-Dokumentation, Weiterbildung Heft 24, 1990.

Obleich der Ausbildung von Fachkräften aus Ländern der sogenannten "Dritten Welt" an bundesdeutschen Hochschulen eine hohe entwicklungspolitische Relevanz zugemessen wird, sind die Bemühungen um eine Effektivierung des Ausländerstudiums bislang weitgehend erfolglos geblieben. Es gibt viele Ursachen für diese unbefriedigende Bilanz: Die katastrophale Wohnsituation vieler Studierender, finanzielle Schwierigkeiten, permanente rassistische Diskriminierung durch die deutsche Bevölkerung - das alles sind Faktoren, die einen erfolgreichen Abschluß des Studiums erschweren. Ebenso hat es sich jedoch gezeigt, daß sowohl die normativen Verhaltenserwartungen des bundesrepublikanischen Alltags, als auch die Leistungsanforderungen an der Hochschule vielen ausländischen Studierenden Probleme bereiten.

Im vorliegenden Buch bemühen sich die Autorinnen, die Problematik des Kulturschocks transparent zu machen und Möglichkeiten einer pädagogischen Intervention zu erörtern. Der Hauptteil der Publikation stammt von Marie-Theres Albert. Ausgehend von grundlegenden theoretischen Überlegungen zur Konfrontation ausländischer Studierender mit fremden Lern- und Leistungsanforderungen, stellt sie ein Konzept vor, in dem sie Bausteine eines interkulturellen Lernprogramms entwickelt hat. Abgerundet wird ihr Beitrag mit dem Bericht über eine Lehrveranstaltung am Fachbereich 22 (Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften) der TU Berlin, in deren Rahmen das Konzept erstmalig in die Praxis umgesetzt wurde. Unter dem Titel "Situationsbeschreibungen und Analysen" sind dem konzeptionellen Teil zwei Beiträge anderer Autorinnen (Dolly Conto de Knoll und Norbert Epstein) vorangestellt, welche das Problem interkultureller Konfrontationen in der BRD aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten und die Grundlagen zum Konzept veranschaulichen und ergänzen.

Gerade durch den Bezug zum Interkultu-

rellen Lernen, den alle drei Autorinnen herstellen, dürfte das Buch nicht nur für die am Ausländerstudium interessierte Leserschaft, sondern auch für Menschen, die in anderen interkulturellen Zusammenhängen aktiv sind, von Bedeutung sein. Die Beiträge enthalten durchaus relevantes Material für den gesamten Themenkomplex der interkulturellen Kommunikation.

Dolly Conto de Knolls Artikel "Ständige Konfrontation mit der eigenen Kultur als Überlebensstrategie in der fremden Kultur" ist ein persönlicher Erfahrungsbericht. Die Kolumbianerin schildert anschaulich den Entwicklungsprozeß, den sie während ihres Studiums in Berlin vollzogen hat. Sie bezeichnet die schmerzhaft Auseinandersetzung mit der fremden Wirklichkeit und der eigenen Kultur als ihre zweite Sozialisation. Durch die Plastizität ihres Artikels erhalten auch deutsche Leserinnen eine Vorstellung, welche identitätsbedrohenden Prozesse Angehörige von Minoritätskulturen durchleben müssen, um sich in die fremde Gesellschaft zu integrieren. Gleichzeitig wird indirekt auf eine Möglichkeit von Integration hingewiesen, die weder mit Assimilation, noch mit der kämpferisch-romantischen Forderung nach Erhalt kultureller Identität gleichzusetzen ist. Die "zweite Sozialisation" der Autorin hat zu einer Entwicklung ihrer Identität geführt, die ihr in der fremden Gesellschaft Handlungsfähigkeit ermöglicht.

Daß in interkulturellen Kommunikationsprozessen auch Angehörige der Dominanzkultur nicht umhinkommen, sich mit ihrem Erbe auseinanderzusetzen, weist Norbert Epstein in seiner Analyse "Zum historischen Standort deutscher Studierender" nach. In einer weit ausholenden, historische, sozialpsychologische und philosophische Dimensionen mit einbeziehenden Betrachtung, untersucht er Denkstrukturen deutscher Studierender auf ihre immanenten herrschaftlichen und emanzipatorischen Traditionen. Sein Interesse bezieht sich auf die Wirkungsweisen historischer Erfahrungen im Denken und Handeln der

Gegenwart. Was exemplarisch an deutschen Studierenden aufgezeigt wird ist durchaus auf Deutsche in anderen interkulturellen Situationen übertragbar. Der Artikel enthält wichtige Überlegungen zu einem neuen Umfang, mit der als unangenehm empfundenen und verdrängten Herrschaftsgeschichte Europas.

Im anschließenden Hauptteil von Marie-Theres Albert werden zunächst die Grundannahmen bestehender Programme zum Ausländerstudium einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Qualität ihrer "Theoretischen Überlegungen zur Konzeption" liegt zweifellos darin, daß sie den eher "schwammigen" Begriff des Kulturschocks präzisiert: Sie umschreibt mit ihm das Spannungsverhältnis zwischen Lernereffahrungen, die Studierende in ihren Heimatländern gemacht haben, und fremden Leistungsanforderungen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Ebenso verwandelt sie häufig mystifizierte Begriffe wie kulturelle Identität und Ethnozentrismus in konkrete Kategorie, auf deren Basis die grundlegenden Thesen zu ihrer Konzeption nachvollziehbar sind. "Die Bausteine zum Interkulturellen Lernen" sind als Versuch zu verstehen, die dargelegten theoretischen Überlegungen und die sich daraus ergebenden Thesen pädagogisch und didaktisch aufzuarbeiten. Die Autorin setzt voraus, "daß sich ausländische Studierende in der Bundesrepublik stellen müssen und daß sie dies auch wollen" (S. 33). Demzufolge möchte sie in der Lehrveranstaltung "die Studierenden in einem vergleichenden Reflexionsprozeß von vorhandenen und neuen Erfahrungen befähigen, sich schneller und effektiver als bisher in dem Lern- und Leistungssystem der TU Berlin zurechtzufinden" (S. 39). In ihren Zielen und Methoden bezieht sich die Autorin auf ein von Ernest Jouhy entwickeltes Instrument der dialektischen Vernunft. Sie versucht, dieses erkenntnistheoretische Instrument in dem Sinne weiterzuentwickeln, daß es für die Studierenden zum akzeptablen Mittel wird, um die eigenen Emotionen einer rationalen Reflexion zu unterziehen. Im behutsamen Aufbau der Bausteine ist das Bemühen erkennbar, schon im Vorfeld mögliche emotionale Reaktionen der Studierenden zu antizipieren und sie in den Lernprozeß mit einzubeziehen.

Im abschließenden Bericht zum Seminar "Kulturspezifische Erfahrungen und interkulturelles Lernen" wird die Überprüfung der Konzeption in der Praxis dokumentiert. Die Autorin schildert den Verlauf einer drei Semester umfassenden Lehrveranstal-

Rezension Rezension Rezension Rezension Rezension

tung, wobei sie sowohl die Erkenntnisprozesse der Studierenden als auch ihre eigenen Lernerfahrungen anschaulich erläutert.

Für weitere Überlegungen zur Effektivierung des Ausländerstudiums sollten die

Bausteine von Marie-Therese Albert unbedingt Beachtung finden.

Als TU-Dokumentation ist das äußere Erscheinungsbild des vorliegenden Buches eher unscheinbar. Es bleibt zu hoffen, daß sich die eher unattraktive Aufmachung

nicht negativ auf die Verbreitung der Publikation auswirkt. Für die weitere Diskussion um das relativ junge Feld der interkulturellen Erziehung sind die Beiträge von hohem Wert. Es wäre bedauerlich, wenn sie nur innerhalb des beschränkten Kreises der TU-Berlin Beachtung fänden.

Dr. Kambiz Chawami

Arbeitskreis Bildung "2002"

In der deutschen Bildungsspirale

Kritisches und Alternatives zur Enquete-Kommission des Bundestages "Bildung 2000". Verlag Demokratie, Dialektik & Ästhetik, Köln 1991, 200 Seiten, DM 25.--

Anfang des Jahres 1988 wurde der Arbeitskreis "Bildung 2002" gegründet, um die Arbeit der im Dezember 1987 eingesetzten Enquete-Kommission "Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000" des Deutschen Bundestages kritisch zu begleiten. Schon damals zeichnete sich nämlich ab, wie der Herausgeber Wolfgang Rügemeier in seinem einleitenden Beitrag bemerkt, daß angesichts des beschränkten Arbeitsauftrages und der von den Oppositionsparteien eingegangenen Kompromisse von dieser bildungspolitischen Enquete-Kommission allenfalls "kümmerliche" Ergebnisse zu erwarten wären. Angesichts des Schlußberichtes der Kommission diagnostizieren die Autorinnen und Autoren des Arbeitskreises Bildung 2002 nun das "politische und pädagogische Versagen" der Kommission. In 15 Einzelbeiträgen wird der Schlußbericht unter je spezifischen Blickwinkeln kommentiert und mit alternativen pädagogischen und bildungspolitischen Perspektiven konfrontiert. Dabei kommen auch zahlreiche Aspekte und Bildungsbereiche zur Sprache, die im Enquete-Bericht vernachlässigt oder ausgeklammert wurden, so die "Arbeitslosigkeit als Problem und Gegenstand des Bildungssystems" (Bernd Schneider), die Zukunft der Hauptschule (Richard Benze), die Integration Behinderter im Kontext einer neuen integrativen Konzeption der Allgemeinbildung (Gerhard Duismann/Sylvia Budde) und die Herausforderung des Bildungswesens durch die Arbeitsmigration (Georg Auernheimer).

Eine der Wurzeln der Unzulänglichkeiten des Kommissionsberichtes arbeitet der Lehrer und Erziehungswissenschaftler Dieter Sinhart-Pallin in seinem Beitrag "Auf dem Weg der technologischen For-

mierung der Bildung" besonders klar heraus, indem er die in den Bericht eingehende Verhältnisbestimmung von Bildung und technisch-wissenschaftlichem Fortschritt rekonstruiert. Ausgangspunkt der Kommissionsarbeit war es ja gerade, bildungspolitische Antworten auf die Herausforderung des Bildungswesens durch den technologischen Strukturwandel und dessen soziale und ökologische Folgen zu entwerfen. Zwar kann der Autor zahlreiche Differenzen im Verständnis von Technik und Ökologie zwischen den konservativ-liberalen und rot-grünen Voten feststellen, letztlich aber sei in beiden Positionen gleichermaßen das Konzept "ökologischer Bildung" als ein "ideologisches Projekt" entworfen, insofern für "die Bestimmung von Bildung ... der Strukturwandel und nicht der Anspruch auf subjektive Selbstentfaltung" (S. 48) leitend sei. Demgegenüber wird eine "prospektive Technikdidaktik" gefordert, die den Strukturwandel selbst zum Gegenstand von Bildung macht und zur bewußten Gestaltung des technischen Fortschritts qualifiziert.

Der kritische Bildungsbegriff, der hier, im Anschluß an Heydorn, zum Ausdruck kommt, wird allerdings in verschiedenen Beiträgen dieses Sammelbandes allzu schroff vom Bildungsverständnis idealistischer Prägung abgegrenzt, insofern dieses die "Bildung zur Staatsgewalt" impliziere (so der Marburger Erziehungswissenschaftler Klaus Rehbein). Vor einem Bildungsbegriff, der auf den "assozierten Widerstand gegen die Mächte der Ausbeutung, Lebensbedrohung und Vereinzelung" zielt (S. 10) kann das biedere bildungspolitische Konzept der Enquete-Kommission freilich nicht bestehen. Während dort die bildungspolitischen Perspek-



tiven für das staatlich verfaßte Bildungswesen umrissen werden sollten, orientieren sich die Autoren des AK "Bildung 2002" an der Utopie eines entstaatlichten, entbürokratisierten, basis-demokratischen und selbstorganisierten Bildungswesens, in welchem beispielsweise auch "der Beamtenstatus der pädagogisch-professionell tätigen Subjekte" (S. 8) zwangsläufig obsolet würde. Daß gerade auch im Minderheitenvotum des Berichtes hoffnungsvolle Erwartungen in eine ökologisch orientierte Bildungsreform mit Hilfe des Staates und der parlamentarischen Legislative gesetzt werden, ist daher auch Anlaß für vereinzelte Seitenhiebe auf das Arrangement, das die rot-grüne Berichtscoalition mit "dem Staat" eingegangen ist. Abgesehen von diesen Schirmmützen, die am Kern der Problemlage einer Bildungspolitik für die Zukunft eher vorbei zielen, bietet dieser Band höchst anregende und provokante Gesichtspunkte für einen längst überfälligen Bildungsratschlag über die Zukunft der Bildung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Klaus Seit:

Nachrichten Informationen Nachrichten Informationen

Karl Kübel Preis

für beispielhafte Eltern-Kind-Initiativen

Der "Karl Kübel Preis für beispielhafte Eltern-Kind-Initiativen" wird nach der Entscheidung des Stiftungsrates der Karl Kübel-Stiftung in diesem Jahr vergeben an:

Treffpunkt Mütter und Väter e.V.; Kinderkriegen - Kinderhaben in Köln und Familieninitiative Radebeul e.V.; Radebeul bei Dresden.

Der mit insgesamt DM 100.000,00 dotierte Preis wird jährlich ausgeschrieben und vergeben für Aktivitäten, die zur Förderung des Kindes und der Familie dienen. Mit der Ausschreibung und Veröffentlichung der Preisträger will die Stiftung das zumeist ehrenamtliche Engagement in den Initiativen anerkennen, fördern und über die Medien bekanntmachen.

Aus 175 Bewerbungen wurden in diesem Jahr zwei Preisträger ausgewählt. Im vergangenen Jahr waren es drei Preisträger aus 121 Bewerbungen.

Die Entscheidung des Stiftungsrates der Karl Kübel-Stiftung für diese beiden Preisträger ist verbunden mit einer Zuwendung von je DM 50.000,00.

Unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Initiativen in den neuen Bundesländern wurde darüber hinaus entschieden, 6 weitere Bewerber mit insgesamt DM 25.000,00 finanziell zu fördern. Die Ausschreibung und Vergabe des Karl Kübel Preises wird - wie im letzten Jahr - in einer Dokumentation zusammengefaßt sein. Diese Dokumentation mit dem Titel "Von Familien getragen" stellt alle Bewerberinitiativen vor und in Portraits die beiden Preisträger, sowie die Redebeiträge anlässlich der Preisvergabe. Diese Dokumentation kann bei der Kübel-Stiftung GmbH, Darmstädter Straße 100, 6140 Bensheim, angefordert werden und kommt ab Anfang Januar zum Versand.

Schule und Dritte Welt

Der Dialog zwischen Entwicklungspolitikern und Bildungspolitikern leidet in der Bundesrepublik schon immer an einer fundamentalen Kommunikationsbarriere: er findet fast nie statt. Scheinbar unerschütterliche Kompetenzabgrenzungen zwischen Bund und Ländern stehen bis heute einem institutionalisierten Dialog im Wege. Jedenfalls ist es schon gut zwanzig Jahre her, daß sich die Kultusministerien der Länder und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ zuletzt gemeinsam über die Förderung des entwicklungspolitischen Unterrichts Gedanken gemacht hatten. Der damalige Bundeskanzler Brandt hatte 1972 einen Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer geschrieben, in dem die Regierungschefs gebeten wurden, darauf hinzuwirken, "daß die Fragen der Entwicklungsländer und der Entwicklungspolitik im Schulunterricht allgemein mehr Beachtung finden". Doch das daran anschließende erste Treffen zwischen dem BMZ-Minister und der Kultusministerkonferenz KMK blieb folgenlos. Zehn Jahre später, im September 1982, hätte dann das Gespräch zwischen Bildungspolitik und Entwicklungspolitik erneut gewagt werden sollen; der kurzfristige Bonner Regierungswechsel ließ jedoch das von Minister Offergeld anberaumte Treffen zwischen BMZ und KMK platzen. Nachfolger Warnke konnte zwar im Folgejahr bei der Berliner Plenarsitzung der KMK versprechen, jedoch gingen auch davon keinerlei Wirkungen aus. Der Kölner Kongreß "Der Nord-Süd-Konflikt - Bildungsauftrag für die Zukunft" (siehe ZEP 4/90) vom September des vergangenen Jahres könnte indes eine neue erfolversprechendere Phase der Zusammenarbeit einleiten. Der Kongreß selbst war vom BMZ und den Wirtschafts- und Kultusministerien der Länder gemeinsam unterstützt worden. Im Anschluß an die Auswertung des Kölner Kongresses, zu dem die Veranstalter unter Federführung des World University Service WUS eingeladen hatten, wurde von den Vertretern der mitwirkenden Nichtregierungsorganisationen, des BMZ und der Länder die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe "Nord-Süd-Bildungskongreß" beschlossen. (ks)

Blumenkampagne

Von März bis Mai diesen Jahres haben verschiedene entwicklungspolitische Organisationen, u.a. FIAN (Food First Information and Action Network), Brot für die Welt und terre des hommes in der Bundesrepublik und in Österreich eine Kampagne durchgeführt, die auch 1992 fortgeführt wird. VerbraucherInnen sollen am Beispiel Kolumbiens darüber aufgeklärt werden, unter welchen Bedingungen das Beispiel Kolumbiens darüber aufgeklärt werden, unter welchen Bedingungen das relativ neue Weltmarkt-Produkt "Blumen" in der Dritten Welt produziert wird. Materialien zur Kampagne sind erhältlich bei: FIAN, Overwegstraße 31, 4690 Herne. (ks)

Lehrerarbeitskreis
Brot für die Welt

Das evangelische Hilfswerk "Brot für die Welt" hat im April einen pädagogischen Arbeitskreis "Schule und Dritte Welt" ins Leben gerufen. Der Arbeitskreis, zu dem Lehrerinnen und Lehrer, sowie Praktiker in der Erwachsenen- und Jugendbildung eingeladen sind, möchte sich um die pädagogische Aufbereitung von Brot-Für-Die-Welt-Materialien bemühen und entwicklungspolitische Unterrichtshilfen und Curricula erarbeiten. Kontakt: Brot für die Welt, Berthold Burkhardt, Postfach 10 11 42, 7000 Stuttgart 10. (ks)

Golfkrieg im Unterricht

Der Verein für Friedenspädagogik Tübingen veröffentlichte Anfang April Materialien für die Behandlung des Golfkrieges". Die 32seitige Broschüre enthält kopierfähige Vorlagen zum Krieg am Golf, zur Rolle der Bundesrepublik und zum Engagement gegen den Krieg. Bezug für DM 7,- plus Versandkosten: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen. (ks)

Nachrichten Informationen Nachrichten Informationen

Entwicklungspolitischer Runder Tisch

Der zunächst noch unter den Vorzeichen des Umbruchs in der DDR gegründete Entwicklungspolitische Runde Tisch wird seine Arbeit fortsetzen und möchte sich dabei als Plattform für Fragen der Entwicklungspolitik und der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der gesamten Bundesrepublik etablieren. Der Runde Tisch soll künftig zweimal jährlich tagen. Informationen: Entwicklungspolitischer Runder Tisch, c/o Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg, Albrechtstraße 16, O-1040-Berlin. (ks)

Neue entwicklungspolitische Lobby

Mit der Auflösung des sogenannten "NRO-Netzwerkes" im vergangenen Jahr war auch der Versuch, die bundesdeutschen Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit zu einer koordinierten und gemeinsamen entwicklungspolitischen Lobbyarbeit zu gewinnen gescheitert. Im Februar diesen Jahres konnte nun aber in Bonn von ca. 100 Einzelpersonen aus entwicklungspolitischen Organisationen und Initiativen, sowie aus Wissenschaft und Publizistik eine neue Nord-Süd-politische Initiative "Germanwatch" gegründet werden, die das Ziel verfolgt, "politisch Einfluß zu nehmen auf alle entwicklungspolitisch relevanten Politikbereiche und -entscheidungen im Norden". In der Arbeitsplattform heißt es u.a.: "Gegenüber der Dominanz wirtschaftlicher Interessen gilt es, das Primat der Politik zu stärken bzw. durchsetzen." Germanwatch möchte sich auch darum bemühen, "durch handlungsorientierte Bewußtseinsbildung die Wahrnehmung globaler Entwicklungszusammenhänge zu fördern". Zum Vorsitzenden wurde Holger Baum gewählt. Kontakt: Holger Baum, Reifenbergstraße 26, 5300 Bonn 3. (ks)

Entwicklungstheorie wohin?

Für langfristige Terminkalender: Die Arbeitsgruppe Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt an der Universität Osnabrück plant für den 5. - 8. Oktober 1992 einen "Perspektivkongreß Dritte Welt", der unter dem Thema steht "Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik wohin?". Ausgangspunkt des interdisziplinären Colloquiums, zu dem ausdrücklich auch Pädagoginnen eingeladen sind, wird die tiefe Krise der Entwicklungstheorie und der Entwicklungspolitik sein. Es sei an der Zeit, so das Konzeptionspapier, über die Bedeutung gängiger Theorien Rechenschaft abzulegen und Konturen neuer entwicklungstheoretischer Fragestellungen für die Zukunft zu diskutieren. Mitdenker und Mitarbeiter bei der weiteren Planung und Konzeption des Kongresses, der anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Reihe "Colloquium Dritte Welt" stattfinden wird, sind erwünscht. Informationen: Arbeitsgruppe Sozialökonomie, Postfach 4469, 4500 Osnabrück. (ks)

Eine Welt für alle

Auch für den Mai 1992 planen zahlreiche europäische Fernsehanstalten erneut eine internationale Medienwoche unter dem Motto "Eine Welt für alle". Der Programmleiter des NDR, Rolf Seelmann-Eggebert, leitet die "One World Group of Broadcasters", die das Medienspektakel, das diesmal unter dem Schwerpunkt "Umwelt und Entwicklung" stehen soll, vorbereitet. Wie schon im Vorfeld der Eine Welt Woche im Mai 1990 wird auch diese Kampagne in der BRD wiederum von Entwicklungsorganisationen begleitet, mitgetragen und gestaltet, u.a. von Brot für die Welt, der Deutschen Welthungerhilfe, der Society for International Development SDI und dem World University Service WUS. Koordination des Eine-Welt-Projektes der Nichtregierungsorganisationen: Bruno Engel, Tieckstraße 7, 5000 Köln 30. (ks)

Kulturprogramm zu 500 Jahren Lateinamerika

Unter dem Titel 500 Jahre Einsamkeit bietet die Grupo Sal ein musikalisches Kulturprogramm zum Thema "Die Geschichte einer tödlichen Entdeckung" an. Informationen: Grupo Sal, Roberto Deimel, Im Keltergarten 8, 7400 Tübingen. (ks)

ABP sei Dank

Um schwerer finanzieller Bedrängnis zu entrinnen, hat sich die Zeitschrift für Entwicklungspädagogik in ihrem vierzehnten Jahr nun erstmals - erfolgreich - um Fremd-Zuschüsse bemüht. Wir danken dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Förderung des ZEP-Jahrgangs 1991. (ks)

Vorausschau auf die kommenden ZEP-Hefte

Das große ZEP-Symposium im Mai 1992 wirft seine langen Schatten voraus und verändert unsere ZEP-Planung. Heft 4/1991 wird nun den Themenschwerpunkt "Die Eine Welt als pädagogische Herausforderung" haben. Der ursprünglich dafür vorgesehene Schwerpunkt "Entwicklungspädagogik und Entwicklungspolitik in neuer Sicht" wird auf Heft 1/92 verschoben. Der Grund: Wir können dann dieses Heft gleichzeitig als Grundlage für das Symposium verwenden. Die weitere Jahresplanung für 1992 wird bei unserem Herbsttreffen 1991 gemacht werden. (akt)

Selbstorganisation und Chaos

- Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik in neuer Sicht -

2. Symposium vom 15.-17. Mai 1992 Burg Rieneck/Gemünden

Traditionelle Vorstellungen von Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik haben angesichts des Desasters dreier Entwicklungsdekaden ihre allgemeine Geltungskraft eingebüßt.

Angesichts der offensichtlichen Krise von entwicklungspolitischer und -pädagogischer Theorie und Praxis soll in dieser Tagung der Frage nachgegangen werden, ob neue Theorieangebote für das entwicklungsbezogene Denken in Politik und Pädagogik fruchtbar gemacht werden kön-

nen. "Selbstorganisation" - dieser Begriff im Titel steht stellvertretend für neuere interdisziplinäre Theorieofferten, wie: Theorie der autopoietischen Systeme, Synergetik, Chaostheorie, Systemtheorie und Allgemeine Evolutionstheorie.

Ziel der Veranstaltung soll es sein, diese Theorien auf unsere bisherigen Erfahrungen in Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik zu beziehen.

Programmübersicht:

PD Dr. M. Wöhlcke:

Forschungsinstitut für Internationale Politik
und Sicherheit der Stiftung
Wissenschaft und Politik, Eberhausen

Bilanz der Entwicklungspolitik der letzten 30 Jahre

A. Scheunpflug-Peetz, K. Seitz:
DFG-Forschungsprojekt

Bilanz der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der letzten 30 Jahre

Prof. Dr. mult. H. Haken

Institut für
Theoretische Physik und Synergetik
an der Universität Stuttgart

Synergetik als Beitrag für das Verständnis gesellschaftlicher
Änderungsprozesse in Politik und Pädagogik

Prof. Dr. A.K. Tremel

UdB Hamburg

Entwicklungspolitik und Entwicklungspädagogik in
evolutionstheoretischer Sicht

Als Moderatoren in den Arbeitsgruppen werden u.a. PD Dr. G. Orth, Prof. Dr. A. Datta mitarbeiten.

Ort der Veranstaltung:

Burg Rieneck im Spessart

Kosten für Tagung und Unterbringung:

70 DM im Doppelzimmer, 50 DM im Mehrbettzimmer.

Fahrtkosten 2. Klasse DB werden erstattet, vorbehaltlich der Gewährung eines Zuschusses durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Weitere Auskünfte und Anmeldung bei:

Prof. Dr. Tremel, Pappelallee 19, 2055 Dassendorf, Telefon: 040/65412803 oder 040/65413364

Veranstalter:

Zeitschrift für Entwicklungspädagogik (ZEP)
in Verbindung mit dem DFG-Forschungsprojekt

"Von der Dritten Welt-Pädagogik zur Entwicklungspädagogik - zur Geschichte eines Lernbereiches".

Anmeldeschluß:

3. Februar 1992